

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Clemens Burrichter

Wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit
zwischen beiden deutschen Staaten

Dietrich Staritz

DDR-Geschichte im deutsch-deutschen
Wissenschaftsdialog

Heinz Heitzer/Gerhard Lozek

Kritische Bemerkungen zur bundesdeutschen
DDR-Forschung

Uwe Ziegler

Die neue Sicht der DDR
zur „Systemauseinandersetzung“

B 34/89
18. August 1989

Clemens Burrichter, Dr. phil., geb. 1932; Direktor des Instituts für Gesellschaft und Wissenschaft an der Universität Erlangen-Nürnberg.

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg.) Wissenschaft und Entspannung — Beiträge vom XI. Erlanger Werkstattgespräch 1979; (Hrsg.) Ein kurzer Frühling der Philosophie — DDR-Philosophie in der ‚Aufbauphase‘, Paderborn 1984; (Hrsg.) Wissenschaftsforschung — Neue Probleme, neue Aufgaben, Erlangen 1985; (Mitherausgeber) Wirtschaftlich-technische Zusammenarbeit in den gegenwärtigen Ost-West-Beziehungen, Erlangen 1988.

Dietrich Staritz, Dr. rer. pol., geb. 1934; Professor; Geschäftsführender Leiter des Arbeitsbereichs Geschichte und Politik der DDR am Institut für Sozialwissenschaften der Universität Mannheim.

Veröffentlichungen u. a.: Sozialismus in einem halben Lande. Zur Programmatik und Politik der KPD/SED in der Phase der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in der DDR, Berlin (West) 1976; Die Gründung der DDR, München 1987²; Die KPD (1945–1956), in: Richard Stöss (Hrsg.), Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 2, Opladen 1984; Geschichte der DDR 1949–1985, Frankfurt/M. 1985; Zur Geschichte der DDR, in: Werner Weidenfeld/Hartmut Zimmermann (Hrsg.), Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949–1989, Bonn 1989.

Heinz Heitzer, Dr. phil., geb. 1928; Professor; 1970–1985 stellvertretender Direktor, seitdem Projektleiter am Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR; korrespondierendes Mitglied der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR.

Veröffentlichungen u. a.: (Mitautor) Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in acht Bänden, 1966; (Mitherausgeber und Autor) Grundriß der deutschen Geschichte, 1974, 1979; (Mitherausgeber und Autor) Unbewältigte Vergangenheit. Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung in der BRD, 1977³; (Mitautor) Geschichte der SED. Abriß, 1978; (Hrsg.) DDR-Geschichte in der Übergangsperiode (1945 bis 1961), 1987; DDR. Geschichtlicher Überblick, 1989⁵.

Gerhard Lozek, Dr. phil. habil., geb. 1923; Professor; 1965–1988 Forschungsbereichsleiter am Institut für Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED.

Veröffentlichungen u. a.: (Leiter des Herausgeberkollektivs und Autor) Unbewältigte Vergangenheit. Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung in der BRD, 1977³; (Mitherausgeber und Autor) Einführung in das Geschichtsstudium, 1979³; Illusionen und Tatsachen. Anachronistische BRD-Geschichtsschreibung über die DDR, 1980; (Leiter des Autorenkollektivs und Autor) Zeitalter im Widerstreit, 1982; (Leiter des Autorenkollektivs und Mitautor) Die Totalitarismus-Doktrin im Antikommunismus, 1985.

Uwe Ziegler, Dipl.-Pol., geb. 1944; 1978–1988 Leiter der Redaktion der Zeitschrift DDR REPORT; seit 1989 Leiter der Studiengruppe „Systemauseinandersetzung“ im Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Veröffentlichungen u. a.: Menschenrechte im Ost-West-Konflikt. Das Beispiel DDR, in: Wilhelm Bruns (Hrsg.), Die Ost-West-Beziehungen am Wendepunkt? Bilanz und Perspektiven, Bonn 1988; Abschied vom internationalen Klassenkampf? Wandel in der Haltung der DDR zur „Systemauseinandersetzung“, Bonn 1989.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann, Ralph Angermund, Dr. Heinz Ulrich Brinkmann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 5500 Trier, Tel. 06 51/46 04 186, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Bestellungen von gebundenen Bänden der Jahrgänge 1984, 1985, 1986, 1987 und 1988 zum Preis von DM 25,— pro Jahrgang (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen beiden deutschen Staaten

I. Hintergrund

Seit beim Besuch von Erich Honecker im September 1987 von den beiden deutschen Wissenschaftsministern — Heinz Riesenhuber und Herbert Weiz — das Abkommen über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit (fortan: WTZ-Abkommen) zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik unterzeichnet wurde, sind zwei Jahre vergangen. Bereits im Mai 1986 war das „Kulturabkommen“ unterzeichnet worden; dort hatten die Vertragspartner in Art. 2 vereinbart, „die Zusammenarbeit auf den Gebieten von Wissenschaft und Bildung . . .“ zu fördern. Diese beiden Vertragswerke regeln seither die verschiedensten Formen wissenschaftlicher Zusammenarbeit zwischen den beiden deutschen Gesellschaften. Eine Bestandsaufnahme und Erfahrungsbilanz als Basis für einen Ausblick auf die nächsten Jahre scheint angezeigt.

Zunächst ist daran zu erinnern, daß mit diesen Abkommen eine fast vierzigjährige widernatürliche Situation förmlich beendet wurde. Widernatürlich — weil ausgerechnet von der auf internationale Reputation bedachten SED, die stets auch die „Beziehungen zur BRD“ als international klassifiziert, der grenzüberschreitende Charakter der Wissenschaften im Hinblick auf unser Land stets ver- oder doch behindert wurde. Die rigorose Abgrenzungs- und Eingrenzungspolitik hat für mindestens eine Wissenschaftlergeneration eine „Funkstille“ erzeugt, die zwangsläufig eine deutliche Entfremdung zur Folge hatte. Andererseits gibt es hierzulande eine verbreitete Ignoranz gegenüber den Ergebnissen der Wissenschaft in der DDR. Beispielsweise könnte es sich der Verfasser einer sozialwissenschaftlichen Dissertation nicht erlauben, die themenrelevante angelsächsische Literatur zu übersehen; ungestraft für den Ausgang des Promotionsverfahrens kann er das allerdings mit der entsprechenden Fachliteratur aus der DDR tun. In der Regel kennen der Doktorvater und die Gutachter diese nicht einmal. Auch wenn man in jüngster Zeit aus Erhebungen zum Lehrangebot über die DDR an bundesdeutschen Hochschulen und Universitäten eine erfreuliche, wenn auch vorerst noch vorsichtige Trendwendung registrieren kann¹⁾, hat

sich die Situation durchaus noch nicht „normalisiert“.

Übersehen werden sollte in diesem Zusammenhang allerdings auch nicht, daß unterhalb der von der SED bisher praktizierten wissenschaftlichen Kontaktscheu die Fachdialoge und der Literaturaus-tausch zumindest punktuell stattfanden — aufgrund älterer und auf internationalen Konferenzen neu angeknüpfter persönlicher Verbindungen. Dies galt insbesondere für Kontakte in den Natur- und Technikwissenschaften²⁾, die wohl auch aufgrund des erwarteten ökonomierelevanten Know-how-Transfers von West nach Ost von der Politik stillschweigend toleriert wurden.

Auch wenn man diese „Rauschzone“ an den Rändern berücksichtigt, fand doch ein kontinuierlicher deutsch-deutscher Wissenschaftsdialog seit Jahren eigentlich nicht mehr statt. Ab- und Eingrenzungspolitik der SED (durchaus gegen die Dialoginteressen der Wissenschaftler) einerseits und andererseits eine ideologisch bedingte Ignoranz bei weiten Teilen der Wissenschaftler in der Bundesrepublik haben eine Situation geschaffen, die nicht so war, daß mit den durch das Kultur- und WTZ-Abkommen eröffneten Möglichkeiten der Informations- und Diskursverkehr zwischen den beiden deutschen „communities“ reibungslos und zügig in Gang kommen konnte.

Um die mit den staatlichen Abkommen eröffnete Startphase in den deutsch-deutschen Wissenschaftsbeziehungen richtig einschätzen zu können, muß gesehen werden:

— in welcher Verfassung die „Betroffenen“ — die Wissenschaftler in den beiden unterschiedlichen Gesellschaften — sich befanden und welche Einstellung (Interessen) sie hinsichtlich des deutsch-deutschen Wissenschaftsdialogs hatten und haben;

— daß mit den Abkommen insofern eine neue Situation entstanden ist, als Deutschlandpolitik mit den Folgeverträgen zum Grundlagenvertrag nun

¹⁾ Gesamtdeutsches Institut (Hrsg.), Dokumentation zur DDR- und Deutschlandforschung in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West). Reihe I: Verzeichnis der Hochschulveranstaltungen, Bonn 1986.

²⁾ Emil Schmickl/Otto Bayer/Hermann Staatz, Wissenschaftliche Zusammenarbeit mit sozialistischen Ländern, Frankfurt/M.—New York 1988, passim.

nicht mehr nur und allein von den dafür zuständigen Politikern gemacht wird, sondern auch und insbesondere von den Akteuren in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen. Die politischen Instanzen haben mit den Abkommen für dieses deutschlandpolitische Agieren die Möglichkeiten

eröffnet. Wie die Beziehungen der beiden deutschen Staaten und ganz besonders der beiden unterschiedlichen deutschen Gesellschaften sich in Zukunft gestalten, hängt wesentlich davon ab, was in diesen deutsch-deutschen Beziehungen in den nächsten Jahren geschieht und sich entwickelt.

II. Einige Rahmenbedingungen

Die Kooperation mit den Wissenschaften eines anderen Staates und einer anderen Gesellschaft bedarf bestimmter Ressourcen, ist also kostenträchtig. In einer Zeit, in der die Mittel für die Wissenschaften — und dies gilt dort wie hier — knapper werden, hängen Entscheidungen, ob man denn diese neuen „Kosten und Mühen“ auf sich nimmt, von einer Kosten-Nutzen-Rechnung ab, die in unserem Falle — hinsichtlich der deutsch-deutschen Wissenschaftskooperation — aus dem üblichen Rahmen fällt, weil ein zusätzlicher „artfremder“ Faktor hinzukommt.

Im Unterschied zur gängigen internationalen Wissenschaftskooperation, in der im wesentlichen auf die wissenschaftlichen sowie an- und eingebundene ökonomische und vielleicht auch kulturelle Interessen Bezug genommen wird, hat der deutsch-deutsche Wissenschaftsdialog auch und gerade eine deutschlandpolitische Dimension. Zumindest für die bundesrepublikanische Seite ist das gewollt.

Vor dem Hintergrund der Reformbewegungen in den Gesellschaften des „realen Sozialismus“ — die DDR eingeschlossen, auch wenn die offiziellen Verlautbarungen einem zynischen Dogmatismus frönen — ist der deutsch-deutsche Wissenschaftsdialog eine Chance zum Überdenken der Antagonismen, um diese gegebenenfalls zu relativieren. Denn schließlich geht es in den Reformdiskussionen zentral um die Frage nach der Stellung des Individuums in der zukünftigen Gesellschaft. Und in dem Maße, in dem auch in der DDR die Machtkonzeption eines parteizentrierten Kollektivismus zugunsten einer Theorie individueller Pluralität weiterentwickelt wird, relativiert sich dieser Antagonismus zwischen unseren Gesellschaften in Deutschland.

Die Wissenschaften — die Philosophie und Gesellschaftswissenschaften ebenso wie die Natur- und Technikwissenschaften, wenn sie kritisch-reflexiv sind — sind auch in der DDR an diesem „Wertewandel“ diskursiv beteiligt. Und der wissenschaftli-

che Dialog mit den Kollegen aus der DDR ist — ob man das nun will oder nicht — zumindest indirekte Teilnahme und Mitwirkung an diesem diskursiven Wertewandel. Das gilt wechselseitig — hier wie dort.

Damit wird nicht einer Einmischung „in die inneren Angelegenheiten der sozialistischen Staaten“ das Wort geredet, sondern den heutigen Gegebenheiten unserer Gesellschaften und ihrem interdependenten Verhältnis zueinander entsprochen. Durch die grenz- und systemübergreifenden Probleme der postindustriellen Gesellschaften muß der „Nachbar“ existentiell am Geschehen im anderen Lande interessiert sein. Nicht nur die ökologischen Themen, sondern auch die Reaktorsicherheit, die AIDS-Forschung, die Bio- und Gentechnologie und sogar die Denkmalpflege u. a. sind Forschungsfelder, in denen nicht nur je eigene, sondern auch gemeinsame Interessen bestehen. Insofern sind die Suche nach Lösungen und deren praktische Umsetzung wechselseitig bedeutsam. Die im Juli 1989 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR vereinbarte Zusammenarbeit zu Umweltproblemen macht deutlich, in welche Richtung gedacht und gemeinsam gehandelt werden muß.

Wenn z. B. aus der Bundesrepublik mehrere hundert Millionen DM in die DDR fließen, nimmt man auch Einfluß auf die „inneren Angelegenheiten“ — es sind aber eben nicht nur „innere“, sondern zugleich auch grenzüberschreitende Angelegenheiten, und das gilt für viele Probleme unserer postindustriellen Gesellschaften in Deutschland. Die Beziehungen zwischen uns werden heute und morgen von den neuartigen, systemübergreifenden und analogen Problemen geprägt. Da die gemeinsame Geschichte und Tradition eine günstige Voraussetzung für eine konstruktive Kooperation sind, kann auch eine dogmatische Ab- und Eingrenzungspolitik auf Dauer diese Zusammenarbeit nicht verhindern. Insbesondere auch deswegen nicht, weil in erster Linie die DDR in ökonomischer Hinsicht Nutznießer dieser Kooperation sein wird.

III. Gegenwärtiger Stand

Zwischen dem Kulturabkommen und dem WTZ-Abkommen bestehen wichtige Unterschiede. Im Kulturabkommen liegt das Schwergewicht auf dem Austausch von Wissenschaftlern und Nachwuchswissenschaftlern. Dort heißt es in Art. 2: „Die Abkommenspartner . . . fördern

1. Die Entsendung von Delegationen, Wissenschaftlern und Experten zum Zwecke des Erfahrungsaustausches, wissenschaftlicher Information und der Teilnahme an Kongressen und Konferenzen;
2. Den Austausch von Wissenschaftlern zu Vorlesungs-, Forschungs- und Studienaufenthalten;
3. Den Austausch von Studierenden, insbesondere postgradual Studierenden und jungen Wissenschaftlern zu Studienaufenthalten;
4. Den Austausch von Fachliteratur, Lehr- und Anschauungsmaterial sowie von Lehrmitteln.“

Dagegen wurde bei der Unterzeichnung des WTZ-Abkommens zugleich eine „Projektliste“ mit 27 Vorhaben von den Vertragspartnern vereinbart. Folgerichtig ist die institutionelle Anbindung der Kooperationsvorhaben hinsichtlich der Förderung und administrativen Betreuung unterschiedlich. Die über das WTZ-Abkommen vereinbarten Forschungsprojekte ressortieren beim Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) und werden durch das Büro für zwischenstaatliche Beziehungen (BzB) beim Institut für Gesellschaft und Wissenschaft (IGW) an der Universität Erlangen-Nürnberg betreut. Bis Mitte 1989 waren folgende Ergebnisse zu registrieren:

– Inzwischen sind 35 Einzelvereinbarungen zwischen Forschungseinrichtungen aus der Bundesrepublik und der DDR abgeschlossen worden. In diesen Dokumenten werden die Form, der Umfang und die Abwicklung der Kooperation für eine bestimmte Laufzeit geregelt. Deutliche disziplinäre Schwerpunkte bilden die medizinische Forschung mit acht, die Biotechnologie mit fünf und die Atomkernphysik mit vier Einzelvereinbarungen.

– Zur Präzisierung und Implementierung der einzelnen Projekte haben bisher über 200 Begegnungen stattgefunden, an denen mehr als 500 Wissenschaftler beteiligt waren.

– Es bleibt allerdings anzumerken, daß die Wissenschaftler aus der DDR häufiger zu uns kommen als umgekehrt. Diese deutliche Zurückhaltung bundesrepublikanischer Kollegen sollte auf ihre Ursachen hin untersucht werden, um einer weiteren Scherentwicklung rechtzeitig begegnen zu können.

In einem Zwischenbericht hat der Leiter des BzB, Günter Lauterbach, kürzlich festgestellt: „Die Zu-

sammenarbeit im Bereich Wissenschaft und Technik mit der DDR hat 1989 an Qualität gewonnen. Die Zeit des gegenseitigen Sich-Kennenlernens und Vorstellens der eigenen Forschungsarbeit und Forschungseinrichtungen ist – bis auf wenige Projekte, in denen erst lose Kontakte zwischen den Kooperationspartnern bestehen, im Wesentlichen abgeschlossen. Man hat damit begonnen, gemeinsame Forschungsprojekte zu definieren und arbeitsteilig bzw. gemeinsam in Angriff zu nehmen. Die neue Qualität zeigt sich insbesondere in der Zunahme der längerfristigen Gastforscheraufenthalte.“³⁾

Der über das Kulturabkommen geregelte Austausch von Wissenschaftlern wird von mehreren Institutionen betreut und gefördert:

– Das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (BMB) hat 1988 ca. 400 Wissenschaftlern eine Reise in die DDR ermöglicht und für etwa 250 Wissenschaftler aus der DDR den Aufenthalt bei uns finanziell unterstützt. Vergleiche mit den Vorjahreszahlen ergeben eine steigende Tendenz. Zu den vom BMB geförderten Kooperationsaktivitäten gehören auch die in Art. 12 des Kulturabkommens vereinbarten Arbeitspläne für die Bereiche Kultur, Bildung und Wissenschaft. Unter den für 1988/89 vorgesehenen 100 Vorhaben waren 21 wissenschaftliche Projekte mit einem deutlichen Übergewicht der Wirtschafts-, Rechts- und Sozialwissenschaften.

Dem *Deutschen Akademischen Austauschdienst* (DAAD) wurde der Austausch von Studenten und Nachwuchswissenschaftlern im Rahmen des Kulturabkommens übertragen. Folgende Kontingente sind vereinbart und werden von dieser Institution verwaltet:

– Die Bundesrepublik Deutschland stellt jährlich 200 Kurzaufenthalte bis zu einem Monat und 100 Aufenthalte bis zu sechs Monaten für Wissenschaftler und Studenten aus der DDR zur Verfügung.

– Die DDR stellt 100 Kurz- und 10 längerfristige Aufenthalte für Wissenschaftler und Studenten aus der Bundesrepublik Deutschland zur Verfügung.

Die Tabelle (S. 6) zeigt, welche Verteilung über die DAAD-Förderung zustande gekommen ist. Interessant ist die disziplinäre Verteilung: Während aus der Bundesrepublik Deutschland Nachwuchswissenschaftler und Studenten der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften besonders interessiert sind, in die DDR reisen zu können, rekrutieren sich die Gäste aus der DDR aus den Sprach- und Kulturwissenschaften und den mathematisch-naturwissenschaftlichen Disziplinen. Das statisti-

³⁾ Zwischenbericht des BzB für den BMFT vom 30. Juni 1989, S. 4 (liegt als Manuskript vor).

DAAD-Förderung im Austausch mit der DDR 1988

	Geförderte aus der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West)	Geförderte aus der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost)
Kurzaufenthalte (bis 30 Tage)	24	106
Studienaufenthalte (1–6 Monate)	5	20
Insgesamt	29	126
davon		
– Professoren/Promovierte	1	111
– Graduierte/wiss. Mitarbeiter	8	15
– Studenten	20	–
davon		
– Sprach- und Kulturwissenschaften	6	44
– Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	13	10
– Mathematik und Naturwissenschaften	1	45
– Human- und Veterinärmedizin	3	6
– Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	1	1
– Ingenieurwissenschaften	4	15
– Kunst, Musik, Sportwissenschaften	1	5

Quelle: Jahresbericht/Tätigkeitsbericht 1988, Deutscher Akademischer Austauschdienst, Bonn 1989, S. 33.

sche Material zeigt aber auch, daß die DDR noch keine Studenten in das Austauschprogramm einbezogen hat. Das mag vielerlei Gründe haben, die aber in absehbarer Zeit ausgeräumt werden sollten, denn nach Geist und Buchstaben des Abkommens soll gerade auch dem studentischen Nachwuchs eine Chance gegeben werden.

Die *Deutsche Forschungsgemeinschaft* (DFG) hat am 22. Dezember 1988 mit der Akademie der Wissenschaften der DDR eine „Vereinbarung“ getroffen⁴). Neben der Förderung gemeinsamer Forschungsprojekte können folgende Aktivitäten finanziell unterstützt werden:

- der Austausch wissenschaftlicher Informationen und Publikationen;
- gemeinsame wissenschaftliche Veranstaltungen;
- der Austausch von Wissenschaftlern zu kurz- und langfristigen Aufenthalten.

Für den Austausch von Wissenschaftlern zu langfristigen Aufenthalten (bis zu sechs Monaten) sind jährlich 25 Monate, für den Austausch zu kurzfristi-

gen Aufenthalten (bis zu vier Wochen) sind jährlich insgesamt 60 Wochen vorgesehen. Nach Auskunft der DFG lagen bis zur Jahresmitte nur wenige Anträge von Wissenschaftlern aus der Bundesrepublik vor. Sehr viel größer ist indessen das Interesse aus der DDR, als Gastwissenschaftler an Institute in die Bundesrepublik zu gehen. Bisher liegen der DFG bereits mehr als 40 Anträge auf Gastaufenthalte von Wissenschaftlern aus der DDR vor. Die bundesdeutschen Wissenschaftler sollten dagegen verstärkt auf die vorhandenen Möglichkeiten hingewiesen werden.

Die *Volkswagen-Stiftung* hat im Frühjahr 1989 eine begrüßenswerte Initiative „Förderung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen in der Deutschen Demokratischen Republik“ in ihr Programm aufgenommen⁵). Dieses Programm ist ausdrücklich als Ergänzung zu den staatlich geförderten Kooperationsaktivitäten auf der deutsch-deutschen Ebene gedacht. Erste Anträge sind bereits eingegangen. Es wäre zu wünschen, daß insbesondere aus dem Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften diese Möglichkeiten genutzt würden.

⁴) IGW-Report über Wissenschaft und Technologie, 3 (1989) 1, S. 138 ff.

⁵) IGW-Report über Wissenschaft und Technologie, 3 (1989) 2, S. 122 ff.

IV. Einige Einsichten

Eine internationale oder intersystemare Wissenschaftskooperation läßt sich auf verschiedene Weise begründen:

— Da ist das primär wissenschaftliche Interesse: Weil der Kollege in einem Institut eines anderen Landes interessante Arbeiten mit respektablem Niveau durchgeführt hat, ist es für die eigenen Arbeiten bedeutsam, mit ihm zu kooperieren. Bei der Beurteilung der deutsch-deutschen Wissenschaftsbeziehungen sollte diesbezüglich zwischen Natur- und Technikwissenschaften einschließlich der Schlüsseltechnologien und den Geistes- und Sozialwissenschaften (Gesellschaftswissenschaften) unterschieden werden.

Nicht für alle Forschungsvorhaben der Projektliste gilt, daß der Stand der Forschung in der DDR die bundesdeutschen Wissenschaftler zu investitions-trächtiger Kooperation hoch motiviert. Für die Natur- und Technikwissenschaften sind genaue Differenzierungen und Bewertungen nötig. Das Ergebnis korrespondiert dann nicht immer mit den Kooperationswünschen der DDR, die unter Umständen in den Bereichen kooperieren möchte, die für uns nicht interessant sind oder aus anderen Gründen ausgeklammert werden müssen. Dann gilt es, einen Motivationsausgleich auf anderer Ebene zu finden.

Für die Geistes- und Sozialwissenschaften zeichnet sich eine positive Tendenz ab. Wenn sie sich entsprechende Kenntnisse über ihre Disziplin in der DDR angeeignet haben — das ist allerdings noch die Ausnahme —, sind bundesdeutsche Wissenschaftler an einer Kooperation sehr interessiert. Selbst in den „ideologienahen“ Disziplinen und Fächern sind schon interessante Konferenzen durchgeführt worden, und es bahnen sich dort auch projektförmige Kooperationen an.

Das wird verständlich, wenn man weiß, daß — weniger spektakulär als in der Sowjetunion — auch in der DDR sehr bedeutsame Theoriediskussionen und auch -kontroversen von den Gesellschaftswissenschaftlern geführt werden. Psychologie, Historiographie, Soziologie und auch Philosophie sind durchaus interessante Kooperationsdisziplinen.

Es bleibt zu hoffen, daß das erfreuliche Interesse auf unserer Seite nicht durch politische Bedenken von seiten der DDR (die SED schätzt diese Wissenschaftskontakte immer noch als Gefahrenquelle ein) zurückgedrängt wird.

— Neben dem vornehmlich wissenschaftlichen Interesse ist das ökonomische oder produktionsorientierte Interesse für die WTZ zu nennen. Die Projektliste gibt dafür einige Beispiele. Sie zeigt aber auch, daß mit dieser Absicht vor allem von seiten der DDR Projektvorschläge gemacht werden. Das

ist legitim und entspricht durchaus den Erfahrungen internationaler und intersystemarer Wissenschaftskooperation. Der Interessenausgleich — in der Vertragssprache „zum beiderseitigen Nutzen“ — sollte dann durch eine ausgewogene Verteilung der Aktivitäten zwischen unterschiedlichen Interessen- und Motivationsebenen gewährleistet werden.

Das macht allerdings Schwierigkeiten, denn die DDR hat sich feste Quoten für den Wissenschaftlerverkehr vorgegeben. Das ist nicht nur politisches Kalkül, sondern auch den begrenzten Ressourcen geschuldet.

In der Realität entsteht dadurch allerdings — schon jetzt absehbar — eine Beeinträchtigung der Geistes- und Sozialwissenschaften zugunsten der ökonomierelevanten Natur- und Technikwissenschaften. Da sollte man frühzeitig gegensteuern.

— Schließlich sollte man als Motivationshintergrund für die Wissenschaftskooperation noch das deutschlandpolitische Moment berücksichtigen. Es kann und darf natürlich nicht dominieren, denn dann könnte die Wissenschaftskooperation leicht zur politischen Agitation degenerieren. Aber ausklammern kann man diese Motivationsebene nicht, und schließlich entspricht ein — neben wissenschaftlichen und ökonomischen Interessen mitwirkendes — politisches Motiv der von beiden Regierungen vertretenen Dialogpolitik.

Daß es in der Startphase der deutsch-deutschen Wissenschaftskooperation zu politischen und bürokratischen Problemen und Pannen kommen würde, war vorhersehbar. Man kann heute auch sagen, daß beide Seiten um eine Überwindung von Engpässen und Hindernissen bemüht sind. Einige weiterhin bestehende Hemmnisse sollen beispielhaft erwähnt werden:

— Aus bundesdeutscher Sicht sind die Einreisemodalitäten immer noch sehr zeitaufwendig und bürokratisch. Zumindest den Projektmitarbeitern sollten Dauervisa zugestanden werden. Aber auch der Grenzübertritt zu Konferenzbesuchen und Studienaufenthalten sollte erleichtert werden.

— Seitens der DDR sollte die Informationsbereitschaft über institutionelle und personelle Angelegenheiten in den Instituten und vor allem an den Universitäten deutlich ausgebaut werden. Insbesondere der Wissenschaftler- und Studentenaustausch kann sich nur positiv und expansiv entwickeln, wenn über das akademische Innenleben mehr bekannt wird, als das bisher der Fall ist.

— Schließlich muß gefordert werden, daß — insbesondere für den Bereich der Natur- und Technikwissenschaften — der Transfer von wissenschaftlichen Apparaten und Geräten aus der Bundesrepu-

blik Deutschland in die DDR nicht durch Sonderzölle belastet und damit verhindert wird. Wenn ein Institut in der DDR im Rahmen der gemeinsamen Projektforschung vom bundesrepublikanischen Partnerinstitut eine entsprechende apparative Hilfe bekommt und der Institutsleiter in der DDR aus seinem ohnehin knappen Valutakonto einen hohen Einfuhrzoll bezahlen muß, dann ist dies kontraproduktiv.

V. Bausteine einer Perspektive

In beiden deutschen Gesellschaften ist in den letzten Jahrzehnten eine Aufwertung der Wissenschaften erfolgt. Gemeint ist nicht eine Aufwertung im Bewußtsein und Ansehen der Bürger, sondern hinsichtlich der Leistungen von Wissenschaft und Technik für die Entwicklung der postindustriellen Gesellschaft. Wissenschaft ist — hier wie dort — neben Politik und Ökonomie zu einem „primären Teilsystem“ geworden. Die Bundesrepublik und die DDR setzen auf die Leistungssteigerung der Wissenschaften, um das angestrebte Wirtschaftswachstum zu ermöglichen. Darüber kann man geteilter Meinung sein. Faktum ist aber, daß die Politik in beiden Staaten dieses forschungspolitische Konzept — wie modifiziert auch immer — verfolgt. Eine Möglichkeit, die Leistungssteigerung des eigenen Wissenschaftssystems zu erreichen, ist die internationale und die intersystemare Kooperation. Insbesondere die DDR sieht die deutsch-deutsche WTZ unter diesem Vorzeichen.

Zur richtigen Einschätzung und Beurteilung der deutsch-deutschen Kooperation — auch im Sinne einer realistischen Perspektive — gehört es, das Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft, wie es sich heute darstellt, genauer zu untersuchen. Erst dann läßt sich sagen, was man eigentlich auf lange Sicht mit der WTZ bewirken will, denn die kurz- und mittelfristige Effektivitätssteigerung ist schließlich nur ein Teil der Auswirkungen, die diese Wissenschaftskooperation hervorbringt.

In der aktuellen Wissenschaftsforschung betrachtet man Wissenschaft und Technologie als eine gesellschaftliche Problemlösungsinstanz. Die modernen Schlüsseltechnologien — die energetische, die bio- und gentechnologische und informationelle — lösen im Umgang mit Natur und Gesellschaft Probleme. Aber auch die Geistes- und Sozialwissenschaften schaffen neues Wissen, das zur Bewältigung von sozialen, politischen und anderen Aufgaben genutzt wird. Insofern sind Probleme — gesellschaftliche oder auch wissenschaftliche — die Keimzelle des Neuen, das von der Wissenschaft erst zu finden ist.

In der Wissenschaftsforschung besteht Einvernehmen, daß die Wissenschaften nicht nur Probleme lösen helfen, sondern mit ihren Innovationen zu-

Viele Hemmnisse und Hürden sind bürokratischer Herkunft. Bisherige Erfahrungen berechtigen zu der Hoffnung, daß die Einsicht in die Notwendigkeit und Nützlichkeit der deutsch-deutschen Zusammenarbeit auch zur Beseitigung noch bestehender Probleme führen kann. Sie müssen nur — auch von den Betroffenen — den entsprechenden Instanzen bekannt gemacht werden.

gleich wieder neue und qualitativ neuartige Probleme und Problembündel schaffen. Jede praktisch gewordene Innovation ist die Geburtsstätte eines Problems. Diese eigentümliche Dialektik im Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft ist gegenüber den früheren Industriegesellschaften qualitativ neu. Und dies gilt für alle hochentwickelten, technologieorientierten Gesellschaften — also auch für die DDR.

Im technologischen Zeitalter wird das Handeln in diesen Gesellschaften durch die Innovationsleistungen vor allem der Naturwissenschaften und der Technologien problematisiert, weil mit diesen Innovationen neuartige Handlungsmöglichkeiten eröffnet werden. Um die Qualität dieser Probleme, ihre Neuartigkeit zu erkennen, muß man sich bewußt machen, daß die überkommenen, tradierten Normen und Werte — hier die liberaldemokratisch-pluralistischen, dort die zentralistisch-kollektivistischen — uns keine angemessene Orientierung zu Entscheidungen über die neuen Möglichkeiten mehr geben. Der Übergang in das Technologiezeitalter deutet sich als Orientierungskrise an. Der Ruf nach Orientierungswissen — hierzulande nachdrücklich an die Geistes- und Sozialwissenschaften gerichtet — entspricht durchaus einer richtigen Situationsanalyse. Und die Reformbemühungen in den sozialistischen Staaten sind vor diesem Problemhintergrund auch als Reaktion auf eine solche Orientierungskrise zu verstehen.

Die technologische Entwicklung unserer Gesellschaft, zunächst über einen mehr oder weniger forcierten wissenschaftlich-technischen Fortschritt ökonomisch ausgerichtet, ist inzwischen gesamtgesellschaftlich wirksam geworden und labilisiert unsere Norm- und Wertesysteme. Das gilt gleichermaßen für die Gesellschaften in Ost und West, für die Bundesrepublik wie für die DDR. Wenn aber die Gesellschaften in Ost und West mit ihrer zunehmenden Technologisierung einen tiefgreifenden Norm- und Wertwandel erfahren, dann trifft die Rede von der Koexistenz als Kennzeichnung ihrer Beziehungen zueinander einfach nicht mehr zu. Die Evolution der bundesrepublikanischen und die der DDR-Gesellschaft schafft dann eine Koevolution.

Zur Charakterisierung der gegenwärtigen Situation sei ein kurzer historischer Rückblick erlaubt: Als Marx die Produktionsverhältnisse der aufkommenden Industriegesellschaft im 19. Jahrhundert (am Beispiel Englands) analysierte und den Klassenantagonismus systematisch aufdeckte und theoretisch verortete, tat er dies anhand seines Konzepts einer „Politischen Ökonomie“ für das 20. Jahrhundert. Seine geniale Leistung war der theoretische Vorgriff auf das nächste Jahrhundert, denn er entwickelte dieses Theorem im Blick auf die eben erst embryonalen Ansätze der aufkommenden Industriegesellschaft.

Wissenschaft und Technologie haben insbesondere mit den Schlüsseltechnologien und den globalen Problemen in ihrem Gefolge neue gesellschaftliche Verhältnisse herbeigeführt. Diese sind bereits weiter ausgereift als die industriegesellschaftlichen Verhältnisse in der Zeit, als Marx seinen theoretischen Entwurf entwickelte. Wir haben heute aber weder einen bürgerlichen noch einen marxistischen Denker, der einen angemessenen Entwurf einer Theorie der Politischen Ökonomie des 21. Jahrhunderts zur Diskussion stellt.

In den unterschiedlichen Gesellschaften verstärken sich daher die Diskussionen und Kontroversen um Modifizierung und Weiterentwicklung ihres Orientierungswissens. In diesen öffentlichen Diskurs sind die Wissenschaften — insbesondere die Geistes- und Sozialwissenschaften — eingebunden und haben darin eine bestimmte Funktion zu erfüllen.

Wenn man vor diesem Hintergrund das Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander charakterisiert, dann muß man feststellen, daß wir aus einer Phase der „friedlichen Koexistenz“ hinüberwechseln in eine Phase der ideologischen Koevolution. Die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen den beiden deutschen Gesellschaften eignet sich in diesem politischen und gesellschaftlichen Kontext.

Die Theorie der „friedlichen Koexistenz“ war arrogant und aggressiv zugleich. Arrogant, weil jede Selbstkritik am eigenen System ausgeklammert wurde, und aggressiv weil man dem „Klassenfeind“ eigentlich keine Existenzberechtigung zugestanden hat — dies freilich alles unter der Voraussetzung, in der Systemauseinandersetzung keine kriegerischen Mittel zu verwenden.

Heute erleben wir einen ideologischen Aufbruch in den sozialistischen Staaten und Gesellschaften, ein ernsthaftes Bemühen um die Weiterentwicklung der Theorie des Sozialismus hin zu einer leistungsfähigen und demokratischen Gesellschaftsordnung.

Wir sehen natürlich auch die konservativen und reaktionären „Bremsen“. Die Vergangenheit hat gezeigt, daß sich die Schwächen und Mängel der gesellschaftlichen Praxis nicht allein durch den Glauben an den wissenschaftlich-technischen Fortschritt und die Einführung neuer Technologien aufheben lassen. Und es hat sich wohl bei den Reformern die Einsicht eingestellt, daß ein nur technokratisches Effektivieren der sozialistischen Gesellschaften die eigentlichen Probleme nicht beseitigt.

Eine Wissenschaftskooperation, die einer solchen Situation gerecht werden will, kann ebenfalls nicht technokratisch verkürzt angegangen werden. Wer wissenschaftliche Kooperation von der Sache und den Problemen her angemessen gestalten will, kann nicht die Energietechnologie, die Bio- und Gentechnologie oder die Informationstechnologie nur auf ihre naturwissenschaftlichen Fragestellungen reduzieren, aber die involvierten gesellschaftlichen Aspekte und Folgeprobleme abtrennen und als „innere Angelegenheiten“ des jeweiligen Partners immunisieren. Die in der intersystemaren wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit thematisierten Problemfelder sind in ihrer interdisziplinären Komplexität gemeinsam zu bearbeiten, denn nur so können für die systemübergreifenden Probleme komplementäre und kompatible Lösungen gefunden werden. Es zählt aber insbesondere auch zu dieser Problemlösung, daß die ordnungspolitische Theoriediskussion mitgeführt wird.

Natürlich sind dies sensible Themen. Daher wäre es eine Belastung gewesen, sie schon in der Startphase der deutsch-deutschen WTZ angemessen einzubeziehen. Auf Dauer kann man sie jedoch nicht ausklammern. So gesehen treten wir in eine neue Epoche der Systemauseinandersetzung. Es geht nicht darum, den anderen zu missionieren und zu agitieren, sondern ihn in seinem Bemühen um einen theoretischen Entwurf seiner Gesellschaft für das 21. Jahrhundert kritisch-konstruktiv zu begleiten. Die Systemauseinandersetzung wird diskursiv, und die Wissenschaften haben in diesem Zusammenhang eine tragende Rolle. Sie werden dieser neuen Situation nur dann gerecht, wenn die Technologen gesellschaftstheoretisch sensibilisiert handeln und wenn die Gesellschaftswissenschaftler sich mit der naturwissenschaftlichen Problemmaterie so vertraut machen, daß sie den ordnungspolitischen Diskurs auf einer konkreten Grundlage führen können. Dann erst wird die Systemauseinandersetzung als ideologische Koevolution ein für die Zukunft verantwortungsbewußtes Handeln.

DDR-Geschichte im deutsch-deutschen Wissenschaftsdialog

Ein Dialog über Forschungen zur DDR in beiden deutschen Staaten, der sich nicht auf vordergründige Selbstrechtfertigungen beschränken will, sondern auf Gedankenaustausch und gemeinsamen Erkenntnisfortschritt zielt, sollte mit einer Bestandsaufnahme und einer klärenden Kontroverse beginnen. Daher bin ich Ihnen dankbar, daß Sie meinem Vorschlag zugestimmt haben, Ihnen meine Einwände zu Ihrer Kritik an der DDR-Forschung in der Bundesrepublik vorzutragen.

Nun wäre es sicher unangebracht, aus der schnellen Verständigung über dieses Verfahren allzu optimistische Schlüsse zu ziehen – etwa der Art, daß schon bald eine konsensfähige, thematisch-inhaltliche Kooperation von Zeitgeschichtlern aus beiden deutschen Staaten zu erwarten sei. Dazu braucht es wohl noch Zeit; weniger wahrscheinlich für Gespräche über die gemeinsame Vorgeschichte, schon mehr, wenn die Jahre zwischen Kriegsende und der Staatenbildung zur Debatte stehen, und noch mehr vermutlich dann, wenn nur die Geschichte der

DDR diskutiert werden soll. Hier sind noch immer unterschiedliche Betroffenheiten im Spiel. Sie haben eine mittlerweile so lange Tradition, daß es wohl auch künftig schwierig sein wird, zu Annäherungen zu gelangen. Zudem sind die Sichtweisen mit der historischen Legitimation der deutschen Staaten verwoben und können endgültig erst durch weniger beladene Deutungsmuster ersetzt werden, wenn sich in beiden deutschen Gesellschaften eine jeweils eigene, kollektive Identität ausbilden sollte. Doch gleich, ob es dazu kommt oder nicht: Sicher werden sich Zugänge und Fragestellungen auf beiden Seiten weiter ausdifferenzieren, wird „Parteilichkeit“ hüben wie drüben nüchterner verstanden werden. Und dabei ist nicht von vornherein auszuschließen, daß einmal gemeinsame Forschungsinteressen erkannt und womöglich auch gemeinsam angegangen werden. Doch bis dahin wird es noch manchen – hoffentlich produktiven – Streit geben. Und damit bin ich bei meinem Thema: bei meiner Wahrnehmung Ihrer Deutung unserer Arbeit.

I. Vom Nutzen der Etiketten

Zunächst bedürfen die Pronomina „Ihre“ und „unsere“ sowie das Substantiv „Arbeit“ der Erläuterung. „Ihre“ Wahrnehmung meint nicht nur die der interessierten Historiker, sondern auch anderer Gesellschaftswissenschaftler der DDR. „Unser“ bezieht sich auf die höchst pluralistische bundesdeutsche DDR-Forschung und insbesondere auf jene Wissenschaftler, die sich der DDR-Gesellschaft mit zeitgeschichtlichen Fragestellungen annähern. „Arbeit“ meint Forschung in einer *scientific community*, die über nur wenige Institutionen ver-

fügt, deren Angehörige auch deshalb nur selten einen sicheren Arbeitsplatz haben, deren Tätigkeit also allenfalls intellektuell, kaum hingegen institutionell vermittelt ist¹⁾. „Arbeit“ meint aber auch eine Forschungsrichtung, die im Kalten Krieg entstand, in hohem Maße politisiert war und mit diesem ‚Muttermal‘ zu leben hat – ebenso unbequem wie wahrscheinlich auch die „Imperialismus“-For-

Der Text folgt dem geringfügig überarbeiteten und erweiterten Manuskript eines Referats, das auf Einladung des Instituts für Wirtschaftsgeschichte, Bereich Sozialismus, und des Zentralinstituts für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften der DDR dort am 9. Dezember 1988 gehalten wurde. Damit war die Absicht verbunden, einen deutsch-deutschen Wissenschaftsdialog, auch über die DDR-Forschung in Gang zu bringen, nachdem bereits auf mehreren Workshops von Zeitgeschichtlern aus beiden Staaten Fragen der deutschen Nachkriegsentwicklung diskutiert wurden. Der folgende Beitrag von Heinz Heitzer und Gerhard Lozek greift dieses Anliegen auf.

¹⁾ Vgl. zur Geschichte der DDR-Forschung: Gert-Joachim Glaebner, *Sozialistische Systeme. Einführung in die Kommunismus- und DDR-Forschung*, Opladen 1982; Volker Gransow, *Konzeptionelle Wandlungen der Kommunismusforschung*, Frankfurt/M. 1980; vgl. zum Status quo: Alexander Fischer, *Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung*, in: *Deutschland Archiv*, 20 (1987) 10, S. 1052 ff., und Rüdiger Thomas, *Reflexionen zur DDR- und vergleichenden Deutschlandforschung*, in: ebd., S. 1058 ff. Über die institutionellen Rahmenbedingungen informiert das letzte Verzeichnis der Projekte zur DDR- und Deutschlandforschung (Dokumentationen zur DDR- und Deutschlandforschung in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West), Reihe II – Forschungsvorhaben, Projektverzeichnis, bearb. von Ernst Lang, hrsg. vom Gesamtdeutschen Institut – Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben, Bonn 1987 (als Manuskript vervielfältigt).

schung der DDR. „Arbeit“ meint zudem nur in Ausnahmefällen Forschung im Auftrage des Staates, der Bundes- oder Länderorgane. Die Mehrzahl der Projekte wird vielmehr selbst gewählt, unterliegt im Regelfall kritischer wissenschaftlicher Begutachtung und bedarf der Unterstützung durch öffentliche Einrichtungen der Forschungsförderung. Beispielsweise wurde das Mannheimer Projekt zur Erforschung der DDR-Geschichte zunächst von der Stiftung Volkswagenwerk finanziert²⁾, was DDR-Kollegen³⁾ irrtümlich vermuten ließ, die „Konzerne“ seien an derlei besonders interessiert.

Und „Arbeit“ meint schließlich auch die zumindest sporadische Debatte zwischen Vertretern unterschiedlicher methodischer Ansätze, etwa zwischen der immanent-kritischen und der komparativen Richtung, zwischen differierenden weltanschaulich-theoretischen Orientierungen oder deutschlandpolitischen Zielsetzungen⁴⁾. Die erwähnten Muttermale erinnern also beileibe nicht nur an die Entstehungsgeschichte dieser Forschungsrichtung, sie verweisen vielmehr auf höchst Gegenwärtiges: etwa auf die Befriedigung der einen, die nach dem Regierungswechsel im Herbst 1982 eine Wende in der Deutschlandpolitik befürchtet, und die Enttäuschung der anderen, die eben diese erhofft hatten. Wir haben es also mit einem breiten Spektrum unterschiedlich wissenschaftlicher Hinsichten wie analytischer Methoden und mit einer Vielzahl konkurrierender politischer Präferenzen zu tun — und beides wird dazu noch beeinflusst durch die spezifi-

schen Werthaltungen von politisch und sozial unterschiedlich geprägten mittlerweile drei Wissenschaftler-Generationen.

Dies mag pauschalisierend „bürgerlich“ nennen, wer zur Selbstvergewisserung den Antagonismus oder doch die Spannung einer Bipolarität braucht; die es ihm gestattet, die andere Seite, also den eigenen Standort, mit einem Exklusiv-Label, etwa „marxistisch“, zu versehen. Erkenntnistheoretisch bringt eine solche Kategorisierung — so scheint es jedenfalls mir — nicht eben viel. Sie bestätigt allenfalls das ohnehin Gewußte, das Faktum nämlich, daß Wissenschaftler in der Bundesrepublik, gleich welcher Disziplin, mehrheitlich tatsächlich aus nichtproletarischen Milieus stammen, aus den Mittelschichten oder — wie Sie sagen — aus dem „Kleinbürgertum“. Ansonsten aber verstellt das Etikett „bürgerliche“ Wissenschaft den Blick auf Triebkräfte und Trends von Wandlungsprozessen — zumal dann, wenn man wirklich glauben sollte, was vor einigen Jahren noch in der DDR zu lesen war, daß „bürgerliche“ Wissenschaftler in nachgerade klassischer Tragik zur Erkenntnisunfähigkeit verurteilt seien, aufgrund ihrer „Klassenposition“ und der durch sie bedingten „Erkenntnisstranken“⁵⁾.

Doch diese Deutung stammt noch aus der Zeit vor der Wende zum Dialog, und auch damals gab es in der DDR im übrigen schon Stimmen, die „bürgerliche“ Wissenschaft durchaus für fähig hielten, zu „Vernunft und Rationalität“ zu gelangen, und damit auch in der Lage sahen, „den Sozialismus so zu untersuchen und darzustellen, wie er wirklich ist, ohne zu beschönigen und ohne zu verzerren“⁶⁾. Ein erstes Moment meiner Kritik an Ihrer Wahrnehmung unserer Arbeit ist damit genannt: die Polarisierung mit Hilfe einer Kategorie, die eine differenzierte Wahrnehmung verhindert. Dies mag Ihnen für die Innenwirkung Ihres mit uns geführten literarischen Disputs im Sinne einer Abgrenzung erforderlich erscheinen, der Dialog über Grenzen hinweg wird so allerdings erschwert.

²⁾ Sie gab ihre Unterstützung im Rahmen ihres 1978 eingerichteten, demnächst auslaufenden Förderungsschwerpunktes „Deutschland nach 1945 — Entstehung und Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland und der DDR“, durch den die empirische, quellenmäßig gesicherte Erforschung der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung in beiden Gesellschaften erleichtert werden soll.

³⁾ Heinz Heitzer, Ziele und Methoden der bürgerlichen DDR-Forschung, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 23 (1981) 5, S. 658.

⁴⁾ Vgl. dazu neben den in Anm. 1 aufgeführten Arbeiten die Diskussion in: Deutschland Archiv, 6 (1973) 5–10, 8 (1975) 10–12, 9 (1976) 1–6. Indirekt ist diese Diskussion auch in den Beiträgen zu den mittlerweile 22 Tagungen zum Stand der DDR-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland (bis 1979 als Sonderhefte des Deutschland Archivs, seit 1980 in der Edition Deutschland Archiv publiziert) bzw. in den Referaten auf den Tagungen der Gesellschaft für Deutschlandforschung (Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung, Bde. 1–26, Heidelberg 1980 ff. [Bde. 1–73 und Berlin [West] 1984 ff.]) enthalten.

⁵⁾ Herbert Meißner, Neue Tendenzen der bürgerlichen Sozialismus-Kritik, in: Wirtschaftswissenschaft, 30 (1982) 3, S. 336 ff.

⁶⁾ Eberhard Fromm, DDRologie. — Zerrspiegel der Wirklichkeit, in: Horizont, 15 (1982) 2, S. 8 f.

II. Zum Umgang mit der Vielfalt

Eine zweite Anmerkung gilt Ihrer Neigung, sich die Organisation der DDR-Forschung in der Bundesrepublik ähnlich zu denken wie die Struktur der (im übrigen personell weit besser ausgestatteten) Westforschung in Ihrem Staat. So wurde in der Vergangenheit von „Formen der Koordinierung (und) Ausrichtung“ geschrieben und im „Deutschland Archiv“ so etwas wie ein „zentrales Publikationsorgan“⁷⁾ der DDR-Forschung in der Bundesrepublik gesehen. Zwar haben Sie seither registrieren können, daß Bemühungen der „Gesellschaft für Deutschlandforschung“ um ein verbindlicheres Konzept der DDR-Forschung gescheitert sind und vielleicht auch durch eigenen Augenschein erkannt, daß jeder (wie auch immer geartete) Formierungsversuch bei den unterschiedlich motivierten und finanzierten Forscherindividuen rasch auf Widerstände stieß.

Dennoch aber meine ich, immer wieder Hinweise darauf zu finden, daß Sie die Existenz von „Leitinstitutionen“ unterstellen oder doch von „Leitlinien“ für die Forschung auszugehen scheinen. Ich lese dies speziell dann mit Beklommenheit, wenn mir selbst eine solche Rolle zugeschrieben wird. Das wird etwa in bezug auf mein 1979 gehaltenes Referat über „Formen und Wandlungen der Austragung innerer Konflikte in der DDR“ konstatiert, und

Hannelore Schlönvoigt schrieb noch 1987: „Bereits auf der XII. DDR-Forschertagung in der BRD im Jahre 1979 orientierte D. Staritz darauf, die Entwicklung des Sozialismus als Ablösung verschiedener ‚Konfliktphasen‘ darzustellen und bei der Untersuchung seiner Entwicklung in den 80er Jahren entsprechende ‚Konfliktfelder‘ herauszuarbeiten.“ Dies erscheine „immer mehr Vertretern der ‚Sozialismuskritik‘“ als eine Methode, die es erlaube, „das Totalitarismus-Konzept als Prämisse beizubehalten“⁸⁾. Ich sehe hier einmal vom offenkundigen Mißverstehen meines Beitrages von 1979 ab. Nach meinem Eindruck hat diese Autorin den Text ebenso flüchtig gelesen wie andere DDR-Kollegen, die sich die Suche nach Konflikten in der DDR verboten und sich dabei nicht die Mühe machten, den von mir verwendeten Konflikt-Begriff vor dem Hintergrund der in der DDR geführten Widerspruch-Diskussion zu bedenken. Wichtiger als dies aber ist mir das Verb „orientieren“, auf das im Deutsch der DDR ja nicht notwendig ein „an“ folgt, das vielmehr immer dann ein „auf“ nach sich zieht, wenn Normatives gemeint ist oder Autoritatives signalisiert werden soll. Und liest man Hannelore Schlönvoigt so, dann wird man sagen dürfen, sie unterstelle einzelnen eine Leitlinienkompetenz und gehe von dadurch geprägten Strukturen der Forschung aus.

III. Die Selbstgewißheit der Monopolisten

Mein dritter Kritikpunkt zielt auf etwas Grundsätzlicheres: auf die in vielen kritischen Stellungnahmen von DDR-Kollegen zur bundesdeutschen DDR-Forschung erkennbare Neigung, im deutsch-deutschen Umgang ein Monopol der DDR-Wissenschaften für den Marxismus und Marxismus-Leninismus zu behaupten und aus ihm den Anspruch herzuleiten, allein für dessen gewissermaßen „richtige“ Interpretation zuständig zu sein. So wahr es natürlich ist, daß das an Marx oder Lenin geschulte Denken in der DDR eine andere Rolle spielt als in der Bundesrepublik, so falsch scheint es mir doch, der anderen Seite die wissenschaftliche Kompetenz für die Arbeit mit diesen Theorien a priori abzu-

sprechen und damit zentrale Fragen aus der ernsthaften dialogischen Auseinandersetzung herauszunehmen.

Mit dieser Bemerkung möchte ich keine fundierte Theorie-Debatte über Marx und den Marxismus anmahnen, vielmehr darauf aufmerksam machen, daß es aus meiner Sicht natürlich völlig legitim ist, die ihrem Anspruch nach theoriegeleitete Gesellschaftspolitik der SED kritisch auf ihre theoretischen Prämissen zu befragen oder das Demokratie-Konzept und die Staatsauffassung, ja selbst die Rolle der SED als Avantgarde einer solchen Prüfung zu unterziehen. Daß dies zu anderen Ergebnissen führen mag, als sie die DDR-Gesellschaftswissenschaften vertreten, liegt auf der Hand. Dies aber als Störversuche „des Gegners“ abzutun, als „böswillige Ignoranz“ oder als Versuch, die DDR auf mögliche Schwachstellen „abzuklopfen“⁹⁾, wäre nur dann gerechtfertigt, wenn der DDR-Forschung tatsächlich ein einheitliches „Diversionskonzept“ zugrunde läge und sie wirklich (und dann wohl kon-

⁷⁾ H. Heitzer (Anm. 3).

⁸⁾ Hannelore Schlönvoigt, Zur Auseinandersetzung mit gegenwärtigen antikommunistischen ideologischen Angriffen auf den Charakter und die Wirkungsweise des politischen Systems der DDR, in: Thematische Information und Dokumentation, hrsg. von der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Reihe A, Heft 64, Berlin (Ost) 1987, S. 26 ff., hier S. 30; vgl. auch die 1986 unter demselben Titel von H. Schlönvoigt der ZK-Akademie vorgelegte Dissertation, S. 58.

⁹⁾ Vgl. H. Heitzer (Anm. 3).

servativer als die gegenwärtige Politik) an Konzepten der fünfziger Jahre festhielte.

Im übrigen scheint mir die Behauptung verbindlicher theoretischer Aussagen zur Gesellschaftspolitik oder zum politischen System gerade in Anbetracht der gegenwärtig auch in der DDR wissenschaftsintern geführten lebhaften Diskussion um das Konzept der „entwickelten sozialistischen Gesellschaft“ oder die Effektivierung von Organisationen, Institutionen und Verfahren fragwürdig. Wenn z. B. Ihre Gesellschaftswissenschaftler seit Beginn der achtziger Jahre intensiver als zuvor „Innovationsfähigkeit nicht nur in der Ökonomie, sondern auch in der Politik“¹⁰⁾ anmahnen, dann zeigt dies doch an, daß auch Sie hier noch ungelöste Probleme sehen. Und anerkannt wird bei Ihnen auch, daß dies nicht nur für die Innenpolitik gilt, daß vielmehr das Spannungsverhältnis von ökonomischer Dynamik, politischen Strukturen, Rechtsnormen und politischer Stabilität im Innern auch die Außenwirkung der DDR, ihre Position im „Systemwettbewerb“ beeinflusst, etwa wenn es heißt: „Wie Demokratie und Menschenrechte im Sozialismus verwirklicht werden“, habe großen „Einfluß darauf, ob das politische Vertrauen in den Ost-West-Beziehungen wachsen kann“, oder angemerkt wird, daß die „Friedenspolitik des Sozialismus, vor allem der Sowjetunion“, deshalb eine „solche internationale Wirksamkeit erreichen“ konnte, weil sie mit einer „dynamischen inneren politischen Entwicklung verbunden“ sei¹¹⁾.

Vor diesem Hintergrund scheint es mir schließlich immer weniger plausibel, wenn einerseits der

DDR-Forschung der fatale Hang nachgesagt wird, unentwegt „Pluralismus-Konzepte“ zu empfehlen, wenn man andererseits doch selbst nach Wegen sucht, den „Demokratiertyp der weiteren Entwicklung des Sozialismus“ zu bestimmen, dabei prognostiziert: „Er wird . . . die Entfaltung der spezifischen Interessen und Positionen der sozialen Gruppierungen und der Elemente des politischen Systems zum Inhalt haben und dies mit der Stärkung der gesamtgesellschaftlichen Interessen auf neue Weise vereinen“ – und wenn zu der neuen Weise auch der „Meinungsstreit“ und die Formen seiner „öffentlichen Austragung“ gerechnet werden¹²⁾.

Natürlich verkenne ich nicht, daß diese Diskussionen nicht auf einen Pluralismus gemäß dem herrschenden Werteverständnis der Bundesrepublik zielen. Aber haben denn die bundesdeutschen DDR-Interpreten dieses Modell der DDR wirklich empfohlen? Hat die Mehrzahl nicht vielmehr auf die reale soziale Pluralität der DDR verwiesen und sich Gedanken darüber gemacht, ob oder wie diese vom gegenwärtigen politischen System berücksichtigt wird? Um Mißverständnissen vorzubeugen: Anmerkungen wie diese wollen weder eine ost-westliche Identität des Problembewußtseins noch gar eine solche der Interessen behaupten, diese gibt es allenfalls in Ansätzen. Ihr Fehlen aber darf nicht bedeuten, allen Interpreten auf der anderen Seite „liquidatorische“ Absichten zu unterstellen – auch jenen nicht, die lange Zeit an ihren Wiedervereinigungsvorstellungen festhielten, nun aber, wie andere vor ihnen, die Politik des Nebeneinander und der Nachbarschaft als ihre deutsche Möglichkeit erkannt haben.

IV. Dialog- oder Bündnispartner?

Nun mag erscheinen, als seien manche meiner Kritikpunkte überholt, gewissermaßen Streit von gestern. So jedenfalls ließe sich die Intensität deuten, mit der unsere Arbeiten seit Mitte der achtziger Jahre differenzierter gewürdigt, Fronten und „Fraktionen“ neu gesichtet und insgesamt ein eher kollegialer Ton gesucht wird. Daß dies der Dialogpolitik der DDR folgt und seinen Hintergrund im Bemühen um eine „Koalition der Vernunft“ hat, also insgesamt dem neuen Nachdenken über die Friedensproblematik und den mit der SPD verabredeten Prinzipien für eine „Kultur des politischen Streits“ geschuldet ist, braucht uns nicht zu beirren;

es kann uns im Gegenteil sogar sicherer machen, denn Hinweise von Politikern auf die „Verantwortungsgemeinschaft“ oder „Sicherheitspartnerschaft“ der beiden deutschen Staaten können ja wohl nicht als bloß taktische Manöver abgetan werden.

Dennoch bewirkt der Zusammenhang von erstrebter Dialogpolitik und freundlicherem Wissenschaftsdialog bei jenen, die von Ihnen nun sachlicher rezensiert werden, insbesondere dann Irritationen, wenn sie lesen, was in den „Leitlinien“ des Problemrates „Ideologische Auseinandersetzung“ über „Ideologische(n) Klassenkampf im neuen Ab-

¹⁰⁾ Uwe-Jens Heuer/Rolf Schönefeld, Aktuelle Probleme der Entfaltung der sozialistischen Demokratie als Hauptentwicklungsrichtung der Staatsmacht in sozialistischen Ländern Europas, in: Informationsbulletin Wissenschaftlicher Kommunismus, hrsg. von der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, 11 (1985) 3, S. 4 ff., hier S. 6.

¹¹⁾ Frank Berg, Einige Bemerkungen zur Demokratie- und Menschenrechtsfrage in der Auseinandersetzung der Systeme, in: Informationsbulletin Wissenschaftlicher Kommunismus, 14 (1988) 2.1, S. 60 ff., hier S. 61.

¹²⁾ Ebd.; vgl. auch den Bericht über das Akademie-Colloquium „Stabilität politischer Systeme“ am 5. Mai 1986, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 35 (1987) 4, S. 352 ff.

schnitt der Systemauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus“ vom Mai 1986 steht. Dort heißt es, daß sich auch in der ideologischen Auseinandersetzung „mit Brisanz“ die Frage nach dem „Hauptfeind“ stelle. Er wird jetzt in der Gruppe „extrem-konservativer Ideologen“ gesehen, und gegen sie soll der Hauptstoß geführt werden. Beim Blick auf die anderen hingegen wird empfohlen, immer nach „gemeinsamen Interessen“ zu fragen und Möglichkeiten des „Dialogs“ zu suchen, weil Sie „an nichts weniger interessiert“ seien als daran, „die oftmals bei Liberalen und reformistischen Kräften vorhandenen ‚Berührungängste‘ zu verhärten und diese in das Lager der extremsten Antikommunisten zu treiben“¹³).

Angenehmer, weil nicht so vordergründig taktisch formuliert, liest sich das Statement von Rolf Reißig aus dem Jahre 1987 zur „Kultur des Dialogs“, weil hier von der „Respektierung der Identität des anderen“, also des Dialogpartners, die Rede ist, und die Postulate „Sachlichkeit“ und „Vertrauensbildung“ so auf einem festeren Fundament zu stehen scheinen¹⁴). Dennoch bleibt das Unbehagen, vor allem als Objekt bündnispolitischer Erwägungen bewertet zu werden und nicht als Autor, der selbstverständlich zunächst für seine Gesellschaft, aber natürlich auch immer in der Erwartung schreibt, mit den Kollegen des „auszuforschenden Landes“ – wie es Heinz Heitzer früher formulierte¹⁵) – in einen Sachdialog zu kommen.

Was mich betroffen macht, betrifft auch andere. Etwa Hermann Weber, der womöglich ebenfalls bündnispolitischem Nutzen zuliebe – wenn auch „mit großen Abstrichen“ und als „Rechtsaußen“ gewissermaßen¹⁶) – jetzt der „liberalen Richtung“ zugerechnet wird, obwohl ihm doch noch vor kurzem „pathologischer Antikommunismus“¹⁷) be-

scheinigt wurde, und er mithin zu denen gehörte, die als nicht dialogfähig galten. Wirkliche Lernprozesse oder doch Kalkül? Doch wie es auch sei – zunächst einmal bietet beides eine Chance, auch wenn wir – natürlich mit Interesse – lesen, daß die „Differenziertheit und Widersprüchlichkeit“ dessen, was Sie bürgerliche Ideologie nennen, Ihnen „neue Möglichkeiten“ eröffne, „die Meinungsverschiedenheiten im gegnerischen Lager noch wirksamer im Interesse der Friedenssicherung nutzen“¹⁸).

Immerhin aber scheint es in der DDR nun möglich, in einer westlichen Charakterisierung der DDR als „sozialistische Industriegesellschaft“ „rationale Momente“ zu entdecken und anzuerkennen, daß „nicht alle Widersprüche“, die wir in Ihrer Entwicklung sehen, nur „scheinbare oder konstruierte“ sind, und daß Sie dies „als Herausforderung . . . sehen, der Widerspruchsdiagnostik in der Geschichte der DDR . . . besser gerecht zu werden“¹⁹). Insgesamt kann ich Heinz Heitzer und Gerhard Lozek natürlich nur zustimmen, wenn sie meinen, daß die „bisherige Auffassung, die bürgerliche DDR-Forschung hätte nur eine strategische und eine ideologische, aber keine Erkenntnisfunktion“, der Überprüfung bedürfe²⁰) und generell besser von „Gegnern“ statt von „Feinden“ gesprochen werden sollte²¹). Daß auch eine neue Sicht auf die von Ihnen „konservativ“ genannte Richtung sich durchzusetzen beginnt, zeigen Anlage und Argumentationsweise des Beitrages von Stefan Löffler²²), der sich ebenfalls sachlicher als es früher geschah, mit so charakterisierten bundesdeutschen Autoren auseinandersetzt. Seine kritische Durchsicht vor allem ihrer forschungspolitischen Statements (ihre neueren Forschungsergebnisse wurden von ihm kaum herangezogen) zeigt aber auch, wie schwer es selbst einem auf den Nachweis von Konservatismus errichteten DDR-Wissenschaftler fällt, in den „Gegnern“ von heute noch die alten Feinde wiederzuerkennen. So kommt er u. a. zu dem Schluß: „Immer mehr setzt sich auch unter den Konservativen die Erkenntnis durch, daß eine militante Politik gegen-

¹³) Zit. nach Informationsbulletin Wissenschaftlicher Kommunismus, 12 (1986) 3.1, S. 65 ff.

¹⁴) Zit. nach der Zusammenfassung des Referats von Rolf Reißig, Aktuelle Probleme der Gestaltung der Politik der friedlichen Koexistenz und des Dialogs, in: Informationsbulletin Wissenschaftlicher Sozialismus, 13 (1987) 3, S. 55.

¹⁵) H. Heitzer (Anm. 3).

¹⁶) So Heinz Heitzer, Zur liberal-sozialreformistischen Grundrichtung der DDR-Forschung in der BRD, in: Entwicklungstendenzen der zeitgeschichtlichen DDR-Forschung in der BRD und anderen imperialistischen Ländern seit Anfang der 80er Jahre, hrsg. von der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED (Thematische Information und Dokumentation, Reihe B, Nr. 71), Berlin (Ost) 1988, S. 18 ff., hier S. 19.

¹⁷) Vgl. Heinz Heitzer, zu: Hermann Weber (Hrsg.), DDR. Dokumente zur Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik 1945–1985, München 1986, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 35 (1987) 6, S. 573. Auch Siegfried Propok sprach noch Ende 1986 davon, daß sich Hermann Webers „Bilanz der DDR-Geschichte“ (Geschichte der DDR, München 1985), „lückenlos in das gegenwärtige Wunschenken militant-aggressiver Kräfte ein(füge)“. Vgl. Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 35 (1986) 12, S. 1122 f.

¹⁸) Zit. nach Gerhard Lozek, Strategische und methodologische Aspekte einer differenzierten Analyse und Kritik der DDR-Forschung, in: Entwicklungstendenzen der zeitgeschichtlichen DDR-Forschung in der BRD und anderen imperialistischen Ländern seit Anfang der 80er Jahre (Anm. 16), S. 7 ff., hier S. 7. In diese Richtung zielen wohl auch die Anmerkungen von Heinz Heitzer und Gerhard Lozek in diesem Heft zu den unterschiedlichen Akzentsetzungen in Hermann Webers und meinen Arbeiten zur DDR-Geschichte. Unklar bleibt mir allerdings, ob auch sie als Beiträge zur Friedenssicherung gelten sollen.

¹⁹) Zit. nach H. Heitzer, in: ebd., S. 28.

²⁰) Ebd., S. 31.

²¹) Vgl. Gerhard Lozek (Anm. 18), S. 13.

²²) Stefan Löffler, Zur konservativen Grundrichtung der DDR-Forschung in der BRD, in: Entwicklungstendenzen der zeitgeschichtlichen DDR-Forschung (Anm. 16), S. 34 ff.

über den sozialistischen Staaten schon in der Vergangenheit keine Erfolge gebracht hat und unter den heutigen Bedingungen erst recht ein ungeeignetes Mittel der Systemauseinandersetzung darstellt.“ Er sieht bei einigen sogar „Anknüpfungspunkte im Ringen um Partner für den Dialog zur Sicherung des Friedens . . .“²³⁾.

V. Voraussetzungen und Probleme eines Dialogs über die DDR-Geschichte

Eine Schwierigkeit des Dialogs über DDR-Geschichte liegt sicherlich in der Ungleichheit der Forschungsvoraussetzungen. So lange bei Ihnen für Zeitgeschichtler aus der Bundesrepublik — anders als bei uns den Kollegen aus der DDR — der Zugang zu den Archiven nahezu unmöglich ist, haben es Historiker aus der DDR leicht, die bundesdeutschen Kollegen des Irrtums — des böswilligen gar — zu bezichtigen. Vielleicht deutet sich jetzt ein Wandel an: Inzwischen können einzelne bei Ihnen gelegentlich auch Archivalien zur DDR-Geschichte einsehen, und es wäre wünschenswert, wenn sich diese Möglichkeiten wesentlich erweiterten. So lange dies aber nicht geschieht, werden wir in mancher Hinsicht auf die Informationen oder Dokumente angewiesen bleiben, die Sie publizieren. Und da keineswegs alle derart materialträchtig sind wie etwa die Arbeit von Günter Benser²⁴⁾ über die KPD im Jahre 1945, die wirtschaftshistorischen Untersuchungen Jörg Roeslers²⁵⁾, die Studien Siegfried Prokops über den Übergang von den fünfziger zu den sechziger Jahren²⁶⁾, der Aufsatz Heinz Heitzers über die Strategie-Diskussionen der SED-Führung 1948/49²⁷⁾ oder so anregend wie die Skizze Rolf Badstüblers über Erbe und Tradition in der DDR-Geschichte²⁸⁾, kann von einer nennenswerten Auffüllung unserer Quellendefizite natürlich noch nicht die Rede sein. Eine Vielzahl von DDR-

Soweit meine Anmerkungen zur Wirkung der Dialog-Politik auf die Formen der wissenschaftlichen Kommunikation zwischen Ihnen und DDR-Forschern in der Bundesrepublik. Was die Inhalte der Kommunikation anbelangt, so sind sie jenseits der jeweiligen wechselseitigen Wahrnehmung wohl nur schrittweise kooperationsfähig zu formulieren.

Publikationen zur DDR-Geschichte — die populären voran — fordert denn auch nicht zum Nachdenken, allenfalls zum Widerspruch heraus.

Nun weiß ich nicht, wie Sie mit dem ja wohl auch auf Sie gezielten Vorwurf Jürgen Kuczynskis²⁹⁾ leben, daß künftige Historiker bei einer Rekonstruktion der DDR-Gegenwart besser auf die Belletristik des Landes als auf seine gesellschaftswissenschaftliche Literatur zurückgreifen sollten. Selbst wenn ich von Ihnen höre, der Vorwurf treffe auch seinen Autor, scheint mir der Hinweis doch nicht falsch; denn auch ich konsultiere, wenn ich über die fünfziger Jahre mehr erfahren möchte, etwa Erwin Strittmatters „Wundertäter“³⁰⁾, neuerdings aber auch gern Literatur- und Kulturwissenschaftler wie Werner Mittenzwei³¹⁾, Horst Haase³²⁾ oder Ingeborg Münz-Koenen³³⁾, und ebenfalls Memoiren wie etwa die von Herbert Sandberg³⁴⁾ oder Erwin Geschonnek³⁵⁾, oder Biographien, etwa die über Ernst Busch³⁶⁾. Hier wird der kulturelle wie politische Gehalt dieser Jahre deutlicher als in den meisten der Gesamtdarstellungen oder Spezialmonographien zur Zeitgeschichte.

Woher das kommt, was Kuczynski die „Neigung zur Schönfärberei“³⁷⁾ nennt, kann ich im einzelnen nicht beurteilen. Nach meinem Eindruck hat es auch damit zu tun, daß sich zu viele der führenden Zeitgeschichtler der DDR an der Ausarbeitung der

²³⁾ Ebd., S. 43 und S. 45.

²⁴⁾ Günter Benser, Die KPD im Jahre der Befreiung. Vorbereitung und Aufbau der legalen Massenpartei (Jahreswende 1944/45 bis Herbst 1945), Berlin (Ost) 1985.

²⁵⁾ Siehe u. a. Jörg Roesler, Von der Generalperspektive zum Neuen ökonomischen System. Wirtschaftspolitische Weichenstellungen in der DDR Ende der 50er/Anfang der 60er Jahre, in: Mannheimer Berichte aus Forschung und Lehre, hrsg. vom Rektor der Universität Mannheim, (1988) 33, S. 9 ff.

²⁶⁾ Siegfried Prokop, Übergang zum Sozialismus in der DDR. Entwicklungslinien und Probleme der Geschichte der DDR in der Endphase der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus und beim umfassenden Aufbau des Sozialismus (1958—1963), Berlin (Ost) 1986.

²⁷⁾ Heinz Heitzer, Zur weiteren Ausarbeitung der Strategie und Politik der SED 1948/49. Diskussionen über den Charakter der gesellschaftlichen Verhältnisse in der sowjetischen Besatzungszone und über den Weg zum Sozialismus, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 36 (1988) 3, S. 195 ff.

²⁸⁾ Rolf Badstübner, Die Geschichte der DDR unter dem Aspekt von Erbe und Tradition, in: ebd., 33 (1985) 4, S. 338 ff.

²⁹⁾ Vgl. Jürgen Kuczynski, Strittmatters „Wundertäter“, Bd. 3, in: ders., Jahre mit Büchern, Berlin-Weimar 1986, S. 166.

³⁰⁾ Erwin Strittmatter, Der Wundertäter, Roman, 3 Bde., Berlin (Ost) 1957—1980.

³¹⁾ Werner Mittenzwei, Das Leben des Bertolt Brecht oder Der Umgang mit den Welträtseln, 2 Bde, Berlin (Ost) 1986.

³²⁾ Autorenkollektiv (unter Leitung von Horst Haase), Die SED und das kulturelle Erbe. Orientierungen, Errungenschaften, Probleme, Berlin (Ost) 1986.

³³⁾ Autorenkollektiv (unter Leitung von Ingeborg Münz-Koenen), Literarisches Leben in der DDR 1945—1960. Literaturkonzepte und Leseprogramme, Berlin (Ost) 1980.

³⁴⁾ Herbert Sandberg, Spiegel eines Lebens. Erinnerungen, Aufsätze, Notizen und Anekdoten, Berlin (Ost) 1988.

³⁵⁾ Erwin Geschonnek, Meine unruhigen Jahre, Berlin (Ost) 1986.

³⁶⁾ Ludwig Hoffmann/Karl Siebig, Ernst Busch. Eine Biographie in Texten, Bildern und Dokumenten, Berlin (Ost) 1987.

³⁷⁾ Vgl. Anm. 29.

Konzeptionen für die großen, eher repräsentativen Überblicke zur Geschichte der SED, der Massenorganisationen oder bestimmter Politikbereiche beteiligt und sich durch dieses Engagement manches Ergebnis von Detail-Untersuchungen selbst vorgegeben haben³⁸). Offizielle Darstellungen dieser Art, denen Sie ja eine bedeutende politische Bedeutung zusprechen, und die die Funktion haben, die Geschichte der Sieger und des Sieges nachzuzeichnen, sind allerdings nur bedingt gute Ratgeber für Untersuchungen, die die „Widerspruchsdialektik“ berücksichtigen wollen.

Anders gesagt: Das Statement Willi Stoph's zum 40. Jahrestag der Befreiung, in dem er das „Volk“ der DDR explizit zu den „Siegern der Geschichte“³⁹) zählte, kann natürlich keine erkenntnistheoretische Vorgabe für Vorhaben sein, die Rolf Badstübner in seinem schon erwähnten konzeptionellen Beitrag zu Erbe und Tradition in der DDR-Geschichte skizzierte: für Untersuchungen, in denen nach historischen Brüchen und Kontinui-

täten gefragt und z. B. geprüft werden soll, was denn nach 1945 mit den NSDAP-Mitgliedern geschah, von denen es in der SBZ/DDR nach Berechnungen Badstübners etwa vier Millionen gab, oder gar mit den ungezählten anderen Anhängern der NS-„Volksgemeinschaft“, die er nicht erwähnte bzw. mit den seither im „Klassenkampf“ Unterlegenen. Wenn Sie daran festhalten, daß die DDR-Geschichte aus der Perspektive des Sieges zu schreiben sei, wird die Dramatik der Konflikte des historischen Augenblicks nicht zum Vorschein kommen, und das, was Sie „Geschichtspropaganda“ nennen, dürfte es angesichts des sozial tradierten — mit dem offiziellen nicht unbedingt identischen — Geschichtsbildes weiterhin schwer haben. Daß die Tendenzen zur Harmonisierung der DDR-Vergangenheit bei uns den Eindruck erwecken, auf diese Weise solle eher ver- als aufgedeckt werden, darf Sie nicht überraschen, zumal in den bei uns verfügbaren Quellen — in dem, was „Flüchtlingsberichte“ oder ähnlich heißt — natürlich vor allem der Konflikt bzw. der Antagonismus aufscheinen.

VI. Weiße und graue „Flecke“

Dieses Aus-der-Perspektive-des-Sieges-Schreiben ist es wohl auch, was Ihnen von uns den Vorwurf einträgt, Sie duldeten „weiße Flecke“ in der historiographischen Landschaft. Nun weiß jeder, der einmal antike Landkarten angeschaut hat, daß diese weißen Flecke dort manchmal mit dem Eintrag versehen sind: „hic sunt leones“; Löwen, wilde Bestien also, ein Eintrag, der auf lauerner Gefahren aufmerksam machen sollte⁴⁰). Immerhin können Sie zu Recht darauf verweisen, daß Sie einen Teil dieser Flecke — um im Bilde zu bleiben — wenigstens schraffiert haben. Das gilt für einige deutsche Opfer der Stalinschen Säuberungen in der

Sowjetunion⁴¹) und nach dem Kriege⁴²) ebenso wie für wenige der nach 1945 im Streit um den richtigen politischen Weg Unterlegenen⁴³). Doch diese

³⁸) Vgl. Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Abriß, Berlin (Ost) 1978; Geschichte des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin (Ost) 1982; Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Berlin (Ost) 1982; Geschichte der Außenpolitik der DDR, Berlin (Ost) 1984; weniger repräsentativ: Entwicklung des Arbeiter- und Bauernstaates der DDR 1949–1961 (Autorenkollektiv unter Leitung von Siegfried Wietstruk), Berlin (Ost) 1987.

³⁹) Zit. nach Willi Stoph, DDR an der Seite der UdSSR gehört zu den Siegern der Geschichte, in: Neuer Weg, 40 (1985) 6, S. 211 ff., hier S. 215.

⁴⁰) I. Münz-Koenen (Anm. 33), S. 20 f., hat die Gefahren, die aus einer „abstrakt gefaßten Kontinuität“ und der mit ihr notwendig verbundenen Glättung historischer Verläufe resultieren, mit Blick auf die Geschichte der frühen DDR-Literatur so beschrieben: „Kontinuitäten, die auf eine nachträgliche Korrektur der Geschichte hinauslaufen, stehen in bedenklicher Nähe zur Verdrängung historischer Erfahrungen, und dies bedeutet letztlich Bruch mit der eigenen Vergangenheit. Die unerledigten Posten verbleiben in der Negativbilanz der Geschichte.“

⁴¹) Zum unbefriedigenden Stand der Rehabilitierungen vgl. Hermann Weber, „Weiße Flecken“ in der Geschichte. Die KPD-Opfer der Stalinschen Säuberungen und ihre Rehabilitation, Frankfurt/M. 1989.

⁴²) Vgl. die nach dem XX. Parteitag der KPdSU erfolgte Rehabilitation des 1953 im Zusammenhang mit dem Slansky-Prozeß aus der SED-Führung ausgeschlossenen Franz Dahlem und die mit dem gleichen Beschluß des SED-ZK aufgehobenen Parteistrafen, die nach dem 17. Juni 1953 gegen Anton Ackermann, Hans Jendretzky und Elli Schmidt ausgesprochen worden waren (Kommuniqué der 28. Tagung des ZK vom 29. Juli 1956, in: Dokumente der SED, Bd. VI, Berlin [Ost] 1958, S. 138 ff.). Mit diesem Beschluß wurde zugleich die Beschuldigungen fallengelassen, die 1950 im Zusammenhang mit der „Noel-Field-Affäre“ (vgl. Erklärung des ZK und der Zentralen Parteikontrollkommission zu den Verbindungen ehemaliger deutscher politischer Emigranten zu dem Leiter des Unitarian Service Committee, Noel H. Field, in: Dokumente der SED, Bd. III, Berlin [Ost] 1952, S. 197 ff.) gegen etliche SED-Funktionäre erhoben worden waren. Ihre öffentliche Rehabilitation war damit allerdings nicht verbunden.

⁴³) Vgl. etwa die Würdigung des 1948 wegen seines Aufsatzes „Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus?“ aus dem Jahre 1946 angegriffenen und zur Selbstkritik genötigten Anton Ackermann bei Günter Benser, Probleme der Strategie und Taktik der marxistischen deutschen Arbeiterparteien in der Periode der antifaschistisch-demokratischen Umwälzungen (1945–1949), Diss. phil. am Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, 1964, S. 112 ff., oder neuerdings die Auszeichnung des früheren Leiters des Aufbau-Verlages, Walter Janka (1957 im Zusammenhang mit der „Harich-Gruppe“ zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt) mit dem Vaterländischen Verdienstorden in Gold (Neues Deutschland vom 27. April 1989).

Schraffuren erinnern — wie jetzt die Erwähnung von zehn Stalin-Opfern aus der KPD-Führung in den Thesen zum 70. Jahrestag der KPD-Gründung⁴⁴) — mehr an Eintragungen von Amtsjuristen, die mit gehörigem zeitlichen Abstand bedauerliche Irrtümer einräumen, weniger an Versuche von Sozialwissenschaftlern, die nach den Gründen des Irrtums forschen und dabei doch (recht eigentlich) auch gehalten wären, nach ihren politischen wie sozialen, also kulturellen Folgen zu fragen. Der Literaturwissenschaftler Hans Kaufmann registrierte Anfang der siebziger Jahre einmal eine „wachsende Souveränität über unsere Verhältnisse“⁴⁵). In Ihrer Geschichtsschreibung zur DDR wünschte ich mir mehr davon.

Nun werden Sie mir entgegenhalten, daß Parteilichkeit ein Merkmal auch der bundesdeutschen Historiographie sei, und dieser Vorhalt trifft für manche bundesdeutsche Studie zur DDR-Geschichte sicherlich auch zu. Die Diskussion über die Geschichte der Bundesrepublik hingegen ist durchaus kontrovers. Neben Arbeiten eher affirmativen Charakters steht eine Vielzahl kritischer Auseinandersetzungen — und das geht offenbar auf die anders geartete „Souveränität über die Verhältnisse“ zurück. Dennoch gibt es natürlich auch bei uns gar nicht oder weniger intensiv Erforschtes.

Einen gewissermaßen „grauen“ Fleck sehe ich z. B. in der Analyse der deutschlandpolitischen Entwicklungen der vierziger und der fünfziger Jahre. Zwar hat sich — aufgrund der vergleichsweise hervorragenden Quellenlage — die Zeitgeschichtsschreibung weithin darauf verständigt, daß in der Adenauer-Ära die Westintegration der Bundesrepublik Vorrang vor der propagierten Wiedervereinigungspolitik hatte und daß die Unumkehrbarkeit der Entscheidung für die deutsche Zweistaatlichkeit bereits auf die frühen fünfziger, wenn nicht schon auf die vierziger Jahre zu datieren sei. Da sich die Forschung aber auf die internationalen Bezüge dieses Spannungsverhältnisses konzentrierte, auf den Ost-West-Konflikt und seine jeweilige Ausprägung, geriet dessen deutsch-deutsche Komponente häufig aus dem Blick.

⁴⁴) Vgl. Einheit, 43 (1988) 7, S. 586 ff.

⁴⁵) Hans Kaufmann, Versuch über das Erbe, Leipzig 1984, S. 4.

Auch wenn dies angesichts der Bedeutung der internationalen Politik für die deutsche Frage sachlich gerechtfertigt sein mag, erscheint mir die Vernachlässigung ihres nationalen Aspekts doch als ein Mangel, zumal die spezifischen Interessen und das politische Agieren der DDR (gegenüber der Bundesrepublik wie im eigenen Bündniszusammenhang) auf diese Weise unterbelichtet blieben. Dieser (natürlich auch quellenbedingte) Forschungsstand vernachlässigt deshalb häufig, was in Ihrer Deutung der Teilungsgeschichte angesichts der bis dahin vollzogenen Eigenentwicklung der deutschen Staaten mit dem Terminus „Schlüsseljahr 1955“ vielleicht überbetont wird, gleichwohl aber nicht ignoriert werden sollte: die Frage nach den bis dahin womöglich vorhandenen Alternativen zur Integration der deutschen Staaten in die Bündnisysteme des Westens wie des Ostens.

Hier liegt, so scheint mir, ein Feld, das — in welcher Form auch immer — kooperativ bearbeitet werden könnte: sei es in der kritischen Diskussion von Forschungsergebnissen, sei es in gemeinsamen, gegebenenfalls kontrovers bleibenden Publikationen. Daß dies jedoch nur möglich ist, wenn wir uns gegenseitig für lernfähig halten, uns nicht ausschließlich unter taktischen Aspekten wahrnehmen, dennoch auf blauäugigen Optimismus verzichten, vielmehr die unterschiedlichen Zusammenhänge, in denen wir arbeiten, respektieren — also insgesamt nüchtern miteinander umgehen (was ja nicht so unfreundlich ausfallen muß wie Ihr Grenzregime) — all das liegt auf der Hand. Es wären dies Prinzipien einer Partnerschaft, die sich der Verantwortung auch der Wissenschaftler für den Umgang mit Geschichte bewußt sein will.

Die Kultur eines Streits entspricht der Strittigkeit seiner Gegenstände. Wir haben es mit der Geschichte zu tun. Das ist nicht eben wenig, doch es ist von geringerer aktueller Brisanz als der Streit der Systeme um die Lösung gegenwärtiger oder zukünftiger politisch-sozialer Probleme. Dieser Unterschied läßt sich nutzen. So besteht Anlaß zur Hoffnung auf eine Kooperation, auch weil es möglich war, diese Überlegungen in der DDR vorzutragen und zu diskutieren.

Kritische Bemerkungen zur bundesdeutschen DDR-Forschung

Auf der XX. DDR-Forschertagung im Juni 1987 resümierte Alexander Fischer als Hauptreferent zum Thema „Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung“: „Erich Honecker und sein Politbüro sind ihren Weg ‚zur weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR‘ auch ohne die Ratschläge westdeutscher DDR-Forscher gegangen, und hierzulande läßt sich eine Grundhaltung bedingungsloser Konfrontation angesichts der Absicht der Bundesregierung, ‚die Beziehungen zwischen den beiden Staaten in Deutschland in einem guten, offenen Klima weiterzuentwickeln‘, sowie der bemerkenswerten Kooperation

in ideologischen Fragen zwischen SPD und SED nicht mehr aufrechterhalten.“¹⁾

Für die Vergangenheit wird damit eingeräumt, daß „eine Grundhaltung bedingungsloser Konfrontation“ dominierte. Letzteres gilt gewiß nicht für alle DDR-Forscher, aber Grundtendenzen des Forschungszweiges werden damit zweifellos zutreffend charakterisiert. Die Zukunft wird zeigen müssen, ob die Einsichten Fischers auch von den konservativen Führungskräften der „Gesellschaft für Deutschlandforschung“ geteilt werden und diese zur Aufgabe überholter Positionen veranlassen.

I. Historische und gegenwärtige Bewertung der bundesdeutschen DDR-Forschung

Die Etablierung und die Entwicklung der bundesdeutschen DDR-Forschung verliefen von Anfang an sehr widersprüchlich²⁾. Im Unterschied zu Dietrich Staritz sind wir nicht der Meinung, daß die DDR-Forschung in der Bundesrepublik als eine Begleiterscheinung des kalten Krieges schon in den fünfziger Jahren entstanden ist. Zwar gab es eine Beschäftigung mit der DDR von ihrer Gründung an, doch war die DDR, wie Wilhelm Bleek zutreffend feststellte, „in den Augen der bundesrepublikanischen Gründergeneration ein flüchtiges und irrelevantes Gebilde ohne Zukunftsaussichten . . . Mit einem so unbedeutenden ‚Phänomen‘ und temporären ‚Gebilde‘ . . . brauchte sich die Wissenschaft nicht zu beschäftigen, zumal sie als Politik- und Sozialwissenschaft in der Bundesrepublik erst im Entstehen . . . war.“³⁾ Bleek führt einige Beispiele von „Gegenüberstellungen“ zwischen DDR und BRD an und zieht daraus den Schluß: „Gemeinsam ist allen diesen Beispielen . . . , daß man

bei ihnen an den ‚Verhältnissen im Osten‘ eigentlich nicht interessiert ist. Diese werden vielmehr nur herangezogen, um einen Gegensatz zur Bundesrepublik zu manifestieren und die Verhältnisse im Westen auf diese Weise zu legitimieren. Die gesellschaftliche und politische Realität der DDR wird zur Negativfolie für die positiv verstandene und verklärte Ordnung der Bundesrepublik.“⁴⁾ Die damals erschienenen Arbeiten seien „zumeist geprägt von der deutschlandpolitischen Konzeption der Bundesregierung unter Konrad Adenauer, die eine Wiedervereinigung Gesamtdeutschlands durch Anschluß der Ostzone an die Bundesrepublik zum Ziel hatte“⁵⁾.

Erst als sich dieses Ziel als unrealisierbar erwiesen hatte und maßgebende politische Kräfte der BRD im Zeichen der „neuen Ostpolitik“ nach veränderten Konzepten suchten, konstituierte sich die bundesdeutsche DDR-Forschung als Wissenschaftsdisziplin. Zu den ersten Autoren, deren Arbeiten „die Akzeptierung der DDR als Erkenntnisgegenstand sui generis“⁶⁾ beinhalteten, gehörten Ernst Deuerlein, Ernst Richert und insbesondere Peter Christian Ludz. Als „Geburtsdatum“ der bundesdeutschen DDR-Forschung könnte das Jahr 1967 mit der ersten DDR-Forschertagung in Tutzing gelten.

Zu diesem Zeitpunkt wurde in Bonn als zählbares Erbe des kalten Krieges noch die Hallstein-Doktrin praktiziert. Die Inauguration der Spezialdisziplin

¹⁾ A. Fischer, Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung, in: Deutschland Archiv, 20 (1987) 10, S. 1056. Den Bezug auf die Vereinbarung von SPD und SED hat Fischer nachträglich in die veröffentlichte Fassung seines Referates eingefügt.

²⁾ Für die Zeit bis 1980 aus DDR-Sicht vgl. G. Lozek, Illusionen und Tatsachen, Berlin 1980; für später vgl. Entwicklungstendenzen der zeitgeschichtlichen DDR-Forschung in der BRD und anderen imperialistischen Ländern seit Anfang der 80er Jahre (Thematische Information und Dokumentation, hrsg. von der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Heft 71, Reihe B), Berlin 1988.

³⁾ W. Bleek, Die Entwicklung des zwischenstaatlichen Systemvergleichs im Spannungsfeld von Politik und Wissenschaft, in: G. Gutmann/S. Mampel (Hrsg.), Probleme systemvergleichender Betrachtung, Berlin (W) 1986, S. 20.

⁴⁾ Ebd., S. 23.

⁵⁾ Ebd., S. 20.

⁶⁾ Ebd., S. 25.

DDR-Forschung verstieß gegen jenes Dogma und bedeutete schon eine gewisse Anerkennung der Eigenständigkeit und dauerhaften Existenz der DDR. „Die Wissenschaftler in der Bundesrepublik waren mit dieser Anerkennung der DDR Vorreiter der deutschlandpolitischen Entwicklung.“⁷⁾ Ihre Haltung war auch eine Reaktion auf die in jener Zeit sichtbaren ersten Anzeichen einer internationalen Entspannung.

Andererseits konnten sich die Begründer der neuen Disziplin nicht völlig vom Geist des kalten Krieges lösen. Ihre „Ratschläge“ an die DDR zielten vielfach auf eine Einmischung in deren innere Angelegenheiten und implizierten eine langfristige „Erosion“ des Sozialismus, seine „Transformation“ in Richtung auf den Kapitalismus. Dies hatte zwangsläufig eine betont negative Haltung der Gesellschaftswissenschaftler der DDR gegenüber dem neuen Forschungszweig zur Folge.

Bei der kritischen Beurteilung der bundesdeutschen DDR-Forschung aus heutiger Sicht sei zunächst unsere grundsätzliche Position als marxistisch-leninistische Gesellschaftswissenschaftler – in unserem Falle als Historiker – gegenüber dieser Wissenschaftsdisziplin umrissen.

Erstens betrachten wir eine gründliche, mit wissenschaftlichen Mitteln und Methoden betriebene Beschäftigung mit dem Geschehen im Nachbarlande als normal und auch begrüßenswert, wenn sie dazu beiträgt, wahrheitsgetreues Wissen, wahrheitsgetreue Informationen im eigenen Lande zu verbreiten. Uns scheint, daß in dieser Hinsicht nicht nur ein starkes Interesse bei vielen Bürgern der Bundesrepublik besteht, sondern auch ein allgemeiner Nachholbedarf. Das Hauptkriterium, das für die konkrete Beurteilung der Untersuchungsergebnisse, Aussagen und Publikationen der DDR-Forschung anzulegen ist, kann demnach nur deren Realitäts- und Wahrheitsgehalt sein. Wie in allen Gesellschaftswissenschaften erlangt auch in der wechselseitigen Länderforschung das Streben nach historischer und gegenwärtiger Wahrheitsfindung⁸⁾ im Interesse eines dauerhaft friedlichen Zusam-

7) Ebd.

8) In Korrektur früherer Auffassungen und im Interesse eines konstruktiven Wissenschaftsdialogs akzeptieren die Autoren das in den nichtmarxistischen Sozialwissenschaften dominierende Prinzip der Intersubjektivität als Hauptkriterium wissenschaftlicher Verifikation. Zugleich übersehen sie nicht seine begrenzte Zuverlässigkeit, die wissenschaftsgeschichtlich darin sichtbar wird, daß nicht wenige Entdeckungen und Erkenntnisfortschritte in den Natur- und Gesellschaftswissenschaften von einzelnen Gelehrten erzielt und zunächst nur von einer Minderheit anerkannt wurden; es bedurfte oft langer Zeit und Auseinandersetzung, bis sie in der allgemeinen Wissenschaftsentwicklung intersubjektiv akzeptiert wurden. Es genügt, an Galilei, Kopernikus, Marx, Max Weber und Einstein zu erinnern. Erkenntnistheoretisch liegt die Begegnung des genannten Kriteriums darin begründet, daß es in der Sphäre des Subjektiven angesiedelt ist und wissenschaftliche Ergebnisse nicht primär an den Kriterien wahrheitsgetreuer Widerspiegelung der untersuchten Wirklichkeit beurteilt.

menlebens der Menschen und Völker einen höheren Stellenwert als je zuvor.

Zweitens berücksichtigen wir, daß nichtmarxistische Wissenschaftler in der BRD und anderen westlichen Ländern – von Ausnahmen abgesehen – das Geschehen in der DDR von einem den realen Sozialismus kritisch-ablehnenden Standpunkt aus untersuchen und bewerten. Sie sind in der Regel von der Überlegenheit der „westlichen Gesellschaften“ im Systemwettbewerb überzeugt, sie betrachten die sozialistische Gesellschaftsordnung nicht als erstrebenswerte historische Alternative. Darin liegt letztlich der politische, geistige und auch wissenschaftliche Gegensatz zwischen Marxisten und Nichtmarxisten begründet. Beide Standpunkte sind unvereinbar. Sie sind Ausdruck weltanschaulicher und gesellschaftspolitischer Gegensätze und einer daraus resultierenden Gegnerschaft. Die geistige und politische Auseinandersetzung bleibt deshalb unvermeidlich.

Drittens muß nach unserer Überzeugung Gegnerschaft nicht zwangsläufig zur Feindschaft führen. Die Wirkungen und Resultate der unvermeidlichen Auseinandersetzung werden maßgeblich von der Art und Weise des Streits beeinflusst. Hier kann *cum grano salis* jene Herangehensweise gelten, wie sie in der eingangs angesprochenen Vereinbarung von SED und SPD zu den „Grundregeln einer Kultur des politischen Streits“ näher bestimmt wird: „Diese Kultur des politischen Streits muß auf einer realistischen Analyse der Möglichkeiten beider Seiten beruhen, die gesellschaftliche Gegensätze klar zum Ausdruck bringen, sie nicht auf die Beziehungen zwischen Staaten übertragen . . . Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen im anderen System sollte auf nachprüfbareren Tatsachen beruhen. Sie sollte getragen sein von dem Versuch, sich gegenseitig in die Logik der anderen Seite hineinzuwenden, freilich nicht um deren Absichten stets gutzuheißen, sondern um die Zusammenhänge ihres Handelns zu verstehen.“⁹⁾ Wir sehen eine methodologische wie inhaltliche Korrespondenz mit diesen „Grundregeln“, wenn z. B. Dietrich Staritz die Geschichte der DDR vom Standpunkt einer „stehenden Distanz“¹⁰⁾ aus darzustellen bemüht ist, einer Distanz, die zugleich uneingeschränkt die Sicherheitspartnerschaft zwischen den beiden deutschen Staaten bejaht.

Viertens impliziert ein solches Herangehen, daß man den im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung entstandenen politischen und territorialen Status quo akzeptiert, die andere Seite, ihre Souveränität, ihre Grenzen respektiert und sich nicht das Ziel setzt, von außen auf einen Systemwandel hinzuwirken oder gar den anderen Staat gesellschaftlich und politisch zu beseitigen.

⁹⁾ Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit, in: Neues Deutschland vom 29. August 1987, S. 3.

¹⁰⁾ D. Staritz, Geschichte der DDR 1949–1985, Frankfurt/M. 1985, S. 9.

gen. Ob es gefällt oder nicht: Die Existenz von zwei voneinander unabhängigen und souveränen deutschen Staaten ist heute ein Grundelement des Gleichgewichts für Frieden und Sicherheit in Europa. In der DDR stellt niemand die Existenz der BRD in Frage, man muß umgekehrt ähnliches erwarten. Das ist jedoch nicht der Fall, wenn bei-

spielsweise Detlef Kühn, Präsident des Gesamtdeutschen Instituts, Bonn, dazu auffordert, „den Status quo konsequent in Frage zu stellen“¹¹⁾, und auf der 10. Tagung der „Gesellschaft für Deutschlandforschung“ im Jahre 1988 unvermindert vom „Offenhalten der deutschen Frage“¹²⁾ die Rede war.

II. Über die Gegenstandsbestimmung der DDR-Forschung und den Stellenwert der systemimmanenten Methode

Das theoretische wie praktische und damit auch methodologische Kardinalproblem auf bundesdeutscher Seite betrifft das angenommene Gegenstandsverständnis der DDR-Forschung, das letztlich von den Auffassungen über den gesellschaftlichen, insbesondere politischen und nationalen Status der DDR geprägt wird. Dazu sind sehr kontroverse Standpunkte zu beobachten. Das Meinungsspektrum reicht von antiquierten Vorstellungen einer „Wiedervereinigungsforschung“ über eine recht unterschiedlich begriffene „Deutschlandforschung“ bis hin zur Kennzeichnung der DDR-Forschung als Teil einer „vergleichenden Systemforschung“.

Eine kombinierte Variante, die bemerkenswerte realistische Elemente enthält, stellte Wilhelm Bleek mit der Unterscheidung von vier Säulen der „Deutschlandforschung“ zur Diskussion: als spezifische DDR-Forschung, als ebenso eigenständige Bundesrepublik-Forschung, als Vergleichsforschung – faktisch im Sinne eines Systemvergleichs – zwischen BRD und DDR sowie als Erforschung der „Deutschlandpolitik“ unter dem „gemeinsamen Leitaspekt der ‚deutschen Frage‘“¹³⁾. Die drei erstgenannten Säulen entsprechen zweifellos der realen Situation auf deutschem Boden. Der zuletzt angeführte Aspekt steht aber im Widerspruch dazu. Nach einer „innerdeutschen Handlungs- und Wirkungsebene der Deutschlandpolitik“¹⁴⁾ suchen zu wollen, ist nicht nur illusionär, sondern auch politisch höchst fragwürdig, weil das – gewollt oder nicht – Wasser auf die Mühlen derer leitet, die eine so interpretierte „deutsche Frage“ mit nationalistischen Ambitionen verknüpfen. Wenn im internationalen Sprachgebrauch in West und Ost heute noch von der „deutschen Frage“ gesprochen wird, geht es um eine ganz andere Bezugsebene, nämlich um die Frage nach dem Verhalten und der besonderen Verantwortung der beiden deutschen Staaten für die Friedenssicherung in Europa.

11) D. Kühn, Für eine aktive Wiedervereinigungspolitik, in: Deutschland Archiv, 20 (1987) 6, S. 596.

12) Vgl. K. Leciejewski, Europäische Integration und deutsche Frage. Zehnte wissenschaftliche Arbeitstagung der Gesellschaft für Deutschlandforschung, in: Deutschland Archiv, 21 (1988) 5, S. 536f.

13) W. Bleek, Plädoyer für eine ganze Deutschlandforschung, in: Deutschland Archiv, 19 (1986) 2, bes. S. 137.

14) Ebd., S. 141.

Die spezifische Aufeinanderbezogenheit von BRD und DDR, um die es Bleek im Grunde geht – und die für Nachbarländer, die aus einer gemeinsamen geschichtlichen Vergangenheit kommen, nichts Ungewöhnliches darstellt – ist ohnehin mit der Vergleichsforschung zwischen beiden Staaten und Gesellschaften zu erfassen. Das entspräche auch der von ihm vorgenommenen Unterscheidung von „nichtdeckungsgleichen deutschen Identitäten“, „der deutschen Identität in der Bundesrepublik sowie der deutschen Identität in der DDR“¹⁵⁾. Diese Sicht liegt den Auffassungen der DDR-Gesellschaftswissenschaftler gar nicht so fern, die die Herausbildung und weitere Ausprägung unterschiedlicher Identitäten als Ausdruck sich vollziehender eigenständiger staatlicher und gesellschaftlicher Entwicklungen in beiden deutschen Staaten ansehen, welche sich auch auf die nationale Ebene auswirken¹⁶⁾. Von dieser Seite her erschließen sich auch Spezifika der DDR-Entwicklung gegenüber anderen sozialistischen Ländern.

Das Gegenstandsverständnis der DDR-Forschung beeinflusst naturgemäß in entscheidender Weise deren Methodologie. Dies betrifft in erster Linie die gesellschaftlichen Kriterien, die an die Forschung und Darstellung anzulegen sind. Seit den Anfängen des Forschungszweiges bis heute ist der zentrale Streitpunkt unter den bundesdeutschen DDR-Forschern die Frage, ob die DDR-Wirklichkeit primär mit „westlichen“, also von außen übertragenen Maßstäben zu erfassen und zu beurteilen oder aus ihren Eigenheiten, ihrer Systemspezifik heraus zu erklären sei.

Die Konsequenz der erstgenannten Vorgehensweise ist, daß zumeist ein DDR-Bild entsteht und vermittelt wird, das – wie in den Arbeiten der fünfziger Jahre – eine bloße „Negativfolie“ der Bundesrepublik darstellt. Daß ein solches mit wissenschaftlichen Ansprüchen und mit den Realitäten unvereinbares Herangehen keineswegs nur der Vergangenheit angehört, bezeugte der Aufruf von Frau Minister Dorothee Wilms an die DDR-Forscher, den „Systemvergleich“ mit dem anderen

15) Ebd., S. 137.

16) Vgl. A. Kosing, Nation in Geschichte und Gegenwart, Berlin 1976; J. Hofmann, Ein neues Deutschland soll es sein. Zur Frage der Nation in der Geschichte der DDR und der Politik der SED, Berlin 1989.

deutschen Staat vorzunehmen, um die „grundlegenden Vorzüge eines parlamentarischen Systems, einer freien und pluralistischen Gesellschaft“ zu verdeutlichen: „Dieser Vergleich hat sich dabei an den Wertentscheidungen des Grundgesetzes zu orientieren. Ein ‚funktionalistischer‘ Systemvergleich ist als alleiniges Unterscheidungsmerkmal völlig unzulänglich und bedeutet eine Gefahr für die politische Bildungsarbeit.“¹⁷⁾ Für jene DDR-Forscher, die diesem Aufruf Folge zu leisten gewillt sind, sprach Eberhard Schütt-Wetschky, als er das Grundgesetz der BRD als „übergeordneten Vergleichsmaßstab“ und als „allein (!) menschengerecht“¹⁸⁾ anbot. Eben dies bezeichnen wir als „Orientierungen“ auf eine politisch-strategische und ideologische Funktion der bundesdeutschen DDR-Forschung, die der Wahrheitsfindung und dem produktiven Dialog widersprechen.

Das methodologische Kernstück jener Sozialwissenschaftler, welche die DDR von ihrer gesellschaftlichen Eigenart her zu begreifen suchen und in diesem Sinne eine vergleichende Systemforschung betreiben, bildet dagegen die systemimmanente Methode. Sie wurde in den siebziger Jahren namentlich von Peter Christian Ludz entwickelt, der wesentlichen Anteil an der theoretischen und methodologischen Profilierung des Forschungszweiges hatte. Nach seiner Interpretation sollten die sozialistische Gesellschaft und ihr Staat in der DDR „aus ihren eigenen Bedingungen und Wirkungsweisen, aus ihren strukturellen und funktionellen Zusammenhängen heraus“ begriffen werden; abzulehnen sei „eine naiv-unhistorische, unreflektierte ‚westliche Sicht‘ als Maßstab für die Beurteilung der DDR-Wirklichkeit“¹⁹⁾. Dieses Vorgehen führte nicht zuletzt zu einem Abbau bzw. einer Zurücknahme des militant antikommunistischen Totalitarismus-Klischees gegenüber der DDR²⁰⁾.

Die realistischen Elemente dieser Methode zu erkennen und die mit ihr erzielten Untersuchungsergebnisse differenziert einzuschätzen, wurde den Gesellschaftswissenschaftlern der DDR eine Zeit-

¹⁷⁾ D. Wilms, Stellenwert und Inhalte der Deutschlandpolitik in der politischen Bildung, in: Deutschland Archiv, 20 (1987) 9, S. 928.

¹⁸⁾ E. Schütt-Wetschky, Vergleich Bundesrepublik Deutschland – Deutsche Demokratische Republik. Zur Kritik der systemimmanenten Methode, in: Deutschland Archiv, 21 (1988) 7, S. 758.

¹⁹⁾ P. Ch. Ludz, Die DDR zwischen Ost und West, München 1977, S. 28 f.

²⁰⁾ Vgl. V. Gransow, Konzeptionelle Wandlungen der Kommunismus-Forschung. Vom Totalitarismus zur Immanenz, Frankfurt/M.–New York 1980. In jüngerer Zeit ist dies charakteristisch für viele Studien in dem von W. Weidenfeld und H. Zimmermann herausgegebenen Sammelband: Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949–1989, München 1989. Da uns dieser Band erst während des Schreibens des vorliegenden Beitrages zugänglich geworden ist, behalten wir uns vor, zu einem späteren Zeitpunkt ausführlicher darauf einzugehen.

lang dadurch erschwert, daß manche Kommunismus-Forscher in westlichen Ländern – wie etwa Zbigniew Brzezinski in den USA – ihre Prognosen über den Untergang des realen Sozialismus mit dieser Methode bzw. ähnlich gelagerten Vorgehensweisen in Verbindung brachten. Da die Anwendung vernünftiger Methoden für fragwürdige politische Zielsetzungen niemals auszuschließen ist, beachten wir seit Anfang der achtziger Jahre die wissenschaftlichen und politischen Konsequenzen des mit Hilfe der systemimmanenten Methode gewonnenen Wissens sorgfältiger.

Im Grunde genommen praktiziert die marxistisch-leninistische West- und Imperialismusforschung der DDR und anderer sozialistischer Länder auch das Prinzip der Systemimmanenz, wenn sie das Geschehen in den kapitalistischen Ländern von den jeweils historisch gewachsenen konkreten Bedingungen und Strukturen jener Gesellschaften her untersucht und beurteilt. Insofern könnte man die systemimmanente Methode als einen gemeinsamen Nenner für den Systemvergleich ansehen. Das stellt keinesfalls gegensätzliche Standpunkte und Wertmaßstäbe zur Disposition, ermöglicht jedoch, übereinstimmende oder sich annähernde Standpunkte besonders hinsichtlich der Friedenssicherung und der Respektierung der anderen Staats- und Gesellschaftsordnung zu erkennen und im beiderseitigen Interesse zu berücksichtigen.

Ein solides Kriterium für die Bewertung von theoretischen und methodologischen Leitvorstellungen der bundesdeutschen DDR-Forschung scheint uns darin zu bestehen, sie auch selbst an ihrem Anspruch zu messen. Wenn die DDR nach der systemimmanenten Methode „aus ihren eigenen Bedingungen und Wirkungsweisen heraus“ (Peter Christian Ludz) begriffen werden soll, erfordert das, sie als gesellschaftlichen Organismus in der Einheit und der Wechselwirkung aller seiner entscheidenden Bestandteile zu sehen, als Organismus, der sich auf Grund ihm eigener Bedingungen und Mechanismen entwickelt, als gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang folglich, der sich ganz wesentlich von dem der BRD unterscheidet. Das geschieht jedoch zumeist nur in Ansätzen, so daß zwischen Anspruch und Realität keine Deckungsgleichheit besteht.

Auch bleiben wesentliche Bereiche des Vergleichs von Ziel und Wirklichkeit in der Regel ausgespart. So gehörte das Bekenntnis zum Antifaschismus zu den Zielen aller auf dem Gebiet der DDR – wie auch der BRD – nach 1945 an die Öffentlichkeit tretenden politischen Parteien. Die für die historische Legitimation beider deutscher Staaten außerordentlich wichtige Frage nach dem Verhältnis zwischen den ersten antifaschistischen Programmen und der Realität spielt jedoch in entsprechenden Untersuchungen der bundesdeutschen DDR-Forschung oder der „vergleichenden Deutschlandforschung“ kaum eine Rolle.

III. Analytische Konzepte

Die Verfechter der systemimmanenten Methode verzichten keineswegs gänzlich auf einen systemübergreifenden Maßstab. Sie sehen diesen zumeist in der — mit modernisierungstheoretischen Auffassungen kombinierten — Lehre von der Industriegesellschaft. Das ermöglicht unseres Erachtens durchaus eine ganzheitliche Sicht, die eine Reihe nicht unwesentlicher Zusammenhänge und Entwicklungstendenzen erfaßt, vornehmlich im gesellschaftlichen Basisbereich hinsichtlich der wirtschaftlich-materiellen Prozesse. Dem Prinzip der Systemimmanenz widerspricht es jedoch, wenn als Bewertungsmaßstab für die historische Kulmination der „modernen Industriegesellschaft“ und für Modernität überhaupt die sozialökonomischen und politischen Verhältnisse in den westlichen Industrieländern — letztlich wiederum von außen stammende Attribute — an die „kommunistisch regierte Industriegesellschaft“ angelegt werden und diese in der Regel als eine deformierte, bestenfalls unterentwickelte Variante dieser Gesellschaft hingestellt wird. Was nichtmarxistische Kritiker dieser Konzepte schon vor Jahren treffend feststellten, gilt noch heute: „Modernisierung wird also mit ‚Westernisierung‘ gleichgesetzt. Politische Systeme gelten (als) um so entwickelter, je mehr sie sich den politischen Strukturen, Organisationsformen, Prozeduren und Wertsystemen dieser ‚modernen‘ Gesellschaften annähern.“²¹⁾ Die entscheidende Grenze des Konzepts der Industriegesellschaft liegt darin begründet, daß es die ökonomischen und sozialen Grundstrukturen, die für die Existenz und Evolution der sozialistischen Gesellschaft konstitutiv sind, nicht erfaßt.

Über die Formen und Inhalte der politischen Machtausübung und über das Demokratieverständnis gibt es naturgemäß die gravierendsten und letztlich unüberbrückbaren Gegensätze zwischen Marxisten und Nichtmarxisten. Dies gilt auch für unsere Stellung zur bundesdeutschen DDR-Forschung, speziell zu den vorherrschenden Auffassungen über das politische System in der DDR, das im Zentrum jeder Gesellschaftsbetrachtung steht. Wir halten es für völlig verfehlt und den Tatsachen widersprechend, wenn das politische System in der Regel als historisch rückständig, starr und unfähig zu einer effektiven Bewältigung der im Zeitalter der wissenschaftlich-technischen Revolution auftretenden Probleme hingestellt wird. Wir sind der Meinung, daß vor allem ein Grundelement dieses Systems, die gesellschaftliche Rolle der marxistisch-leninistischen Partei, zumeist im Sinne des Totalitarismus-Schemas diffamiert oder ignoriert, in jedem Falle weitgehend fehlinterpretiert wird. Die vierzigjährige Entwicklung der DDR beweist jedoch, daß Herausbildung und Ausgestaltung des Gesell-

schaftsystems der DDR ohne das Wirken der SED nicht denkbar sind. Diesen Sachverhalt anzuerkennen, bedeutet weder ihn zu billigen — was von denen, die auf dem Boden der Staats- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik stehen, nicht zu verlangen ist — noch auf den kritischen Vergleich von Programmatik und Realität, Ziel und Erreichtem zu verzichten.

Ein Bild von der SED, das besonders grelle Farben aufweist, zeichnet nach wie vor Hermann Weber. Er behauptet: „Das wichtigste Ziel der Partei bleibt es, ihre Hegemonie abzusichern.“²²⁾ Das wichtigste Ziel? Machtsicherung um ihrer selbst willen, als Selbst- und Endzweck? Ist es wirklich so schwer einzusehen, daß das wichtigste Ziel der SED die Realisierung ihrer sozialistischen Gesellschaftsstrategie ist und daß dafür, wie die Erfahrungen anderer sozialistischer Länder — positive wie negative — bezeugen, die führende Rolle der Partei eine Voraussetzung, also ein Mittel zum Zweck ist? Weber aber erhebt das Mittel zum Zweck, für ihn sind Fortschritte in den Lebensbedingungen der Bevölkerung, die auch er nicht gänzlich bestreitet, nur taktische Konzessionen, nur schmückendes Beiwerk, für ihn „reduziert (!) . . . sich“ der ganze Sozialismus in der DDR „faktisch auf die Allmacht der Partei“²³⁾. Ziel solcher Einstellungen kann doch letztlich nur sein, die marxistisch-leninistische Partei als führende gesellschaftliche Kraft in der DDR auszuschalten. Das aber berührt die Grundlagen der Gesellschafts- und Staatsordnung in der DDR. Deshalb werden wir auch in Zukunft solche Versuche kompromißlos zurückweisen.

Insgesamt ist nach wie vor für die meisten bundesdeutschen DDR-Forscher charakteristisch, daß sie den sozialistischen Überbau der ökonomischen und sozialen Basis entgegenstellen und einen unaufheb- baren Widerspruch zwischen beiden deklarieren. Die Zustandsschilderung, wie sie Gert-Joachim Glaebner 1982 generell für die westliche Kommunismus- und DDR-Forschung vornahm hat an Aktualität kaum etwas eingebüßt: „Das Manko der bisherigen analytischen Konzepte ist nicht, daß ihnen bestimmte Wertvorstellungen zugrunde liegen, sondern daß diese entweder geleugnet oder für sakrosankt erklärt, vor allem aber nur zu oft einer kritischen Überprüfung entzogen werden. Von der Richtigkeit der eigenen Kategorien und Begriffe überzeugt, macht man sich nur selten die Mühe, zu fragen, ob diese überhaupt für die Analyse eines Gesellschaftssystems taugen, das nach ganz anderen Regeln und Gesetzmäßigkeiten funktioniert als das eigene, gleichwohl mit ähnlichen Problemen zu tun hat. Hier offenbart sich das ganze Dilemma einer politischen Wissenschaft, die nur in Ausnahmefällen bereit ist, die eigenen nicht-

²¹⁾ D. Nohlen/F. Nuscheler, Entwicklungstheorien und Entwicklungsbegriff, in: Handbuch der Dritten Welt, Bd. I, Hamburg 1974, S. 18 f.

²²⁾ H. Weber, Die DDR 1945—1986, München 1988, S. 98.

²³⁾ Ebd., S. 99.

wissenschaftlichen und wissenschaftlichen Vor-Urteile und Urteile immer erneut in Frage zu stellen und gegebenenfalls über Bord zu werfen. Nur zu oft steht das Gesamturteil über die Systeme sowjetischen Typs bereits vorher fest, die Analyse dient nur noch seiner Bestätigung.“²⁴) Seit der Verstärkung der Erneuerungsprozesse in den sozialistischen Ländern haben diese Tendenzen eher noch zugenommen.

Dessenungeachtet übersehen wir keinesfalls Entwicklungen, die in eine andere Richtung weisen. Vom Prinzip der „verstehenden Distanz“ in der Geschichtsschreibung war schon die Rede; aufschlußreiche Überlegungen enthält auch der Versuch von Glaeßner, „eine empirisch fundierte und theoretisch reflektierte politische Soziologie des ‚realen Sozialismus‘ zu entwickeln“²⁵), die die sozialistische Gesellschaft als „eine unter anderen

Formen der Organisation hochentwickelter industrieller Gesellschaften . . . und nicht als Abirrung vom rechten Weg der kapitalistischen Tugend“ wertet²⁶). Solche Vorgehensweisen korrespondieren nicht zufällig mit der Grundüberlegung, DDR-Forschung als „Friedensforschung“²⁷) zu betreiben und auf diese Weise eine „Vermittlerrolle im Entspannungsprozeß“²⁸) auszuüben. Auch der zum konservativen Spektrum zählende Politikwissenschaftler Eckhard Jesse sah sich zu der Warnung veranlaßt: „Behutsam sollte man auch mit dem Wort von der ‚Offenheit der deutschen Frage‘ umgehen.“²⁹) Diese Einsichten, in der ersten Hälfte der achtziger Jahre in der Hochzeit der Reaganischen Konfrontationspolitik ausgesprochen, haben nicht unwesentlich dazu beigetragen, daß in der DDR gründlicher über die westdeutsche DDR-Forschung nachgedacht und diese differenzierter beurteilt wird.

IV. Das Geschichtsbild von der DDR

In den meisten größeren Arbeiten der bundesdeutschen DDR-Forschung spielt der historische Bezug eine wichtige Rolle. Das Verständnis der Geschichte der DDR wird zunehmend für unverzichtbar gehalten, um gegenwärtige und zukünftige Entwicklungstendenzen beurteilen zu können. Ausdruck dafür ist auch die vom Arbeitsbereich „Geschichte und Politik der DDR“ an der Universität Mannheim vorbereitete umfangreiche Geschichte der DDR mit jeweils sechs Darstellungs- und Dokumentenbänden. Als Historiker interessiert uns dieser hohe Stellenwert der Geschichte in der bundesdeutschen DDR-Forschung natürlich ganz besonders.

Die Geschichte der DDR als Geschichte einer erfolgreichen Revolution zu verstehen, der ersten erfolgreichen auf deutschem Boden überhaupt, wird man von nichtmarxistischen Historikern schwerlich erwarten können. Diskutabel zwischen Marxisten und Wissenschaftlern anderer Provenienz ist jedoch ein solches Gesamtbild von der Geschichte der DDR, wie es insbesondere Dietrich Staritz in sei-

nem 1985 erschienenen Überblick gezeichnet hat³⁰).

Staritz sieht in der Geschichte der DDR eine in mehreren Etappen vollzogene gesamtgesellschaftliche Umwälzung, die — bei Rückschlägen, Dissonanzen und manchem Nichterreichten — im ganzen in aufsteigender Linie verlief. Erst unlängst schrieb Staritz: „Revolutionsgeschichte ist DDR-Geschichte natürlich allemal. Weithin ‚von oben‘ in Gang gesetzt . . . , führte die Umwälzung zu einem so tiefgreifenden sozialen Wandel, daß von der schroffsten Zäsur in der deutschen Sozialgeschichte seit Mitte des 19. Jahrhunderts gesprochen werden kann: Nach 1945 blieb im Osten Deutschlands nur wenig, wie es war.“³¹) Der Autor läßt keinen Zweifel daran, daß diese Umwälzung und ihre Resultate seinen Vorstellungen und Überzeugungen nicht entsprechen, ist jedoch bemüht, sie in ihrer Eigenart zu begreifen.

Obwohl Staritz dem Machtproblem aus seiner Sicht große Aufmerksamkeit widmet, stellt sich ihm DDR-Geschichte vor allem als Versuch dar, ein bestimmtes, aus mehreren Quellen gespeistes Gesellschaftsmodell zu realisieren, wobei freilich Ziele und Wirklichkeit, Anspruch und Realität nach seiner Ansicht oft weit auseinanderklaffen. Dem Anliegen, die DDR als eigenständiges Gesellschaftssystem zu begreifen, grundsätzlich unterschieden von dem im anderen deutschen Staat, entspricht die Absicht, sich bei der Darstellung der DDR-Geschichte auf die „wechselnde Stoßrichtung der politischen Zielsetzungen, auf die Wirkungsmechanismen und sozial-ökonomischen Determinanten poli-

²⁴) G.-J. Glaeßner, Sozialistische Systeme. Einführung in die Kommunismus- und DDR-Forschung, Opladen 1982, S. 276.

²⁵) Ebd., S. 204.

²⁶) Ders., Die Mühen der Ebene. DDR-Forschung in der Bundesrepublik, in: Deutschland Archiv, 21 (1988) 3, S. 274.

²⁷) V. Gransow, Alles Anders — Vom doppelten Zerbröseln der Kommunismusforschung, in: Deutschland Archiv, 15 (1982) 4, S. 390.

²⁸) D. Staritz/M. Koch, Vermittlerrolle im Entspannungsprozeß?, in: ebd., S. 370 ff.

²⁹) E. Jesse (Hrsg.), Bundesrepublik Deutschland und Deutsche Demokratische Republik. Die beiden deutschen Staaten im Vergleich, Berlin (W) 1985⁴, S. 448. In den meisten Beiträgen dieses Bandes wird jedoch die DDR nach „westlichen Wertmaßstäben“ beurteilt.

³⁰) Vgl. D. Staritz (Anm. 10).

³¹) D. Staritz, Zur Geschichte der DDR, in: W. Weidenfeld/H. Zimmermann (Hrsg.), Deutschland-Handbuch (Anm. 20), S. 71.

tischen und gesellschaftlichen Handelns“³²⁾ zu konzentrieren. Wir werten Staritz' Versuch, ungeachtet vieler auch grundsätzlicher Einwände, insbesondere gegen die Darstellung und Wertung des politischen Systems, als die bisher fundierteste und am stärksten um Realitätsnähe bemühte Synthese der DDR-Geschichte in der nichtmarxistischen Geschichtsschreibung überhaupt.

Ein — trotz Übereinstimmung mit Staritz in einer Reihe von Fragen — anderes Gesamtbild von der Geschichte der DDR, das nach unserer Meinung kaum Ansatzpunkte für einen produktiven Dialog bietet, zeichnet Hermann Weber. Bei ihm erscheint DDR-Geschichte, wie er 1988 zusammenfassend schrieb, als ständige Abfolge von „Schwankungen zwischen harter und weicher Politik“, als „Kreislauf, der vom Spannungsverhältnis zwischen Stabilität und Instabilität gekennzeichnet ist“³³⁾, und dies werde sich auch in Zukunft so fortsetzen. Keine Aufwärtsentwicklung also, sondern ein ständiger „Kreislauf“, der — wie Weber an anderer Stelle bemerkte — „sowohl Ansätze für Stabilität als auch Schwächen der DDR erkennen“³⁴⁾ lasse. Wir meinen, daß DDR-Geschichte auf diese Weise in ein grobes Schema gepreßt wird, das den Realitäten nicht entspricht.

In einigen wiederholt publizierten Sätzen, denen sicher konzeptionelle Bedeutung zuzusprechen ist, hat Weber sein Gesamtbild gleichsam auf den Begriff gebracht. Er schrieb: „Eine Betrachtung der Gesamtgeschichte der DDR läßt zwei grundsätzlich verschiedene Etappen erkennen, in denen Ideologie, Realität und Motivation unterschiedlichen Stellenwert besaßen. Bis 1961 bestimmten ideologische Normen und programmatische Zielsetzungen vorrangig die Politik: Umgestaltung der Herrschaftsstrukturen und der Gesellschaft nach den Prinzipien des ‚Marxismus-Leninismus‘ in der konkreten Ausformung des sowjetischen Modells. 1961 war dieser Prozeß im wesentlichen abgeschlossen. Seither wirkt die veränderte gesellschaftliche Wirklichkeit — vor allem der Widerspruch zwischen moderner Industriegesellschaft und veralteten Herrschafts- und Leitungsmethoden — stärker auf die Politik ein. Die ‚Sachzwänge‘ bewirken Veränderungen der Politik und selbst der Ideologie.“³⁵⁾

Dieses „Gesamtbild“ reflektiert zwar die beiden Hauptetappen der DDR-Geschichte, von uns als Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus und als Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft charakterisiert, doch ist die Inhaltsbestimmung dieser Etappen unseres Erachtens unhaltbar. Vor allem entspricht sie, theoretisch ausgedrückt, nicht der tatsächlichen Wechselbeziehung zwischen subjektiven Faktoren und objekti-

ven Bedingungen. Man muß nicht Marxist sein, um anzuerkennen, daß Geschichte immer von Menschen „gemacht“ wird, niemals im „luftleeren Raum“, sondern stets im Rahmen und auf der Grundlage vorgefundener objektiver Bedingungen, die mehr oder weniger genau erkannt und beachtet werden. Das gilt natürlich auch für die Übergangsperiode wie für die nachfolgende Entwicklungs- etappe der DDR.

Zweifelloos wurde die Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Übergangsperiode entscheidend von den „ideologischen Normen und programmatischen Zielsetzungen“ der deutschen Kommunisten mitbestimmt. Aber gab es denn in dieser Zeit keine objektiven Bedingungen — bei Weber ungenau „Sachzwänge“ genannt —, die berücksichtigt werden mußten und die die Politik stark beeinflussten? Waren das keine „Sachzwänge“: die Notwendigkeit, die Kriegsfolgen zu überwinden, die krassen volkswirtschaftlichen Disproportionen zu mindern, Millionen Umsiedlern Arbeit, Brot und ein Dach über den Kopf zu geben, sich des kalten Krieges zu erwehren, neue Leitungskräfte für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft heranzubilden — und das mit einer Bevölkerung, die in ihrer Mehrheit buchstäblich bis zum bitteren Ende den Nazis gefolgt war? Wie wurden KPD, SED und ihre Verbündeten all diesen „Zwängen“ in ihrer Politik gerecht? Wie verknüpften sie dies mit ihren weiterführenden Zielsetzungen? Statt diesen echten und schwierigen Fragen nachzugehen, bringt Weber den komplexen Sachverhalt auf die dürre Formel: „Umgestaltung der Herrschaftsstrukturen und der Gesellschaft nach den Prinzipien des ‚Marxismus-Leninismus‘ in der konkreten Ausformung des sowjetischen Modells“.

Was dieses „Modell“ betrifft, so sind die DDR-Historiker wahrlich die letzten, die den Einfluß der Sowjetunion und ihrer Erfahrungen bei den gesellschaftlichen Umgestaltungen in der DDR gering schätzen. Aber waren denn Arbeiter- und Bauernmacht statt Sowjetmacht, Mehrparteien- statt Einparteiensystem, Einbeziehung von Unternehmern, Gewerbetreibenden, Handwerkern und Einzelhändlern bei Anwendung vorwiegend ökonomischer Mittel statt einer „zweiten Welle“ der Nationalisierung (nach der Entmachtung der Monopole) eine Kopie des „sowjetischen Modells“? War das nicht bei allem Suchen nach den zweckentsprechenden Formen und Methoden und auch manchen Fehlern und Unzulänglichkeiten im ganzen eine eigenständige und konstruktive Politik, die auch den spezifischen Bedingungen und nicht zuletzt Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung entsprach? Wir meinen, daß sich hinter Webers Schema nur das alte Klischee von der „Sowjetisierung“ verbirgt, das der DDR-Wirklichkeit ebenso wenig gerecht wird, wie ein Klischee von der „Amerikanisierung Westdeutschlands“ der Entwicklung im anderen deutschen Staat entspräche.

1961 war nach Auffassung Webers und anderer Autoren in der DDR eine „moderne Industrieges-

³²⁾ D. Staritz (Anm. 10), S. 7.

³³⁾ H. Weber (Anm. 22), S. 104.

³⁴⁾ Ders., Geschichte der DDR, in: DDR Handbuch, Bd. 1, Köln 1985³, S. 544.

³⁵⁾ Ders., DDR. Grundriß der Geschichte 1945—1981, Hannover 1982², S. 11.

sellschaft“ entstanden, eine Gesellschaft also, die der in der BRD gleicht oder mindestens ähnlich ist. Das schlägt jeder Logik ins Gesicht: Die „Umgestaltung der Herrschaftsstrukturen und der Gesellschaft (!) nach den Prinzipien des ‚Marxismus-Leninismus‘ in der konkreten Ausformung des sowjetischen Modells“ brachte eine „moderne Industriegesellschaft“ hervor!? Hätte nicht das logische Resultat eine „Sowjetgesellschaft“ sein müssen? Und: Gab es denn tatsächlich von nun an im Unterschied zur vorangegangenen Periode nur noch oder vorwiegend „Sachzwänge“, die die Politik und selbst die Ideologie bestimmten? Wurde nicht schon im Vorfeld des VI. Parteitag der SED (1963) damit

begonnen, gestützt auf den Marxismus-Leninismus und bisherige Erfahrungen, einen theoretischen Vorlauf für die neue Entwicklungsetappe zu schaffen? Stellt die insbesondere seit dem VIII. Parteitag (1971) ausgearbeitete Gesellschaftsstrategie, die in entsprechenden Arbeiten der bundesdeutschen DDR-Forschung meist nur unzulänglich reflektiert oder fehlinterpretiert, wenn nicht gänzlich ignoriert wird, denn kein programmatisch-theoretisches Konzept dar, das die Politik der SED und ihrer Verbündeten bestimmt? Dietrich Staritz kam da der Realität wesentlich näher, als er von der DDR als von „einem ja noch immer theorieverpflichteten . . . politischen System“³⁶⁾ sprach.

V. Fragen der Periodisierung

Ein Gesamtbild von der Geschichte der DDR ergibt sich auch aus der in historischen Synthesen üblichen Periodisierung. Bemerkenswert und dem Disput unstreitig förderlich ist zunächst die weitgehende Übereinstimmung der wichtigsten Zäsuren in marxistischen Darstellungen und in solchen anderer Provenienz. Über die gravierenden Einschnitte in der Entwicklung der DDR, die – so auch in der vorbereiteten „Geschichte der DDR“ in sechs Bänden – durch die Jahreszahlen 1945, 1949, 1961 und 1971 markiert sind, gibt es keine Meinungsverschiedenheiten, wenn wir von der zum Teil unterschiedlichen Begründung und Wertung der Zäsuren absehen. Vielleicht sind trotz Staritz' Bedenken auch die Differenzen über das Jahr 1955 nicht unüberwindlich. Daß die Zugehörigkeit zur NATO für die BRD, die zum Warschauer Vertrag für die DDR und beides sowohl für die innere Entwicklung der zwei deutschen Staaten als auch für ihr Verhältnis zueinander von gravierender Bedeutung waren, ist doch wohl kaum zu bestreiten. Christoph Kleßmann klassifiziert sogar – unter außenpolitischem Aspekt – „das Jahr 1955 als Epochenjahr“³⁷⁾.

Unverständlich ist uns, warum es Gert-Joachim Glaebner für „problematisch (hält), wenn sich die westdeutschen Zeitgeschichtler und politischen Wissenschaftler auf eine Periodisierung einlassen (!), die grosso modo der der DDR gleicht, wengleich zum Teil mit anderen Bezeichnungen“³⁸⁾. Profilierungs- und Abgrenzungszwang um jeden Preis, wo doch Realitätskriterien für die Wissenschaft der Maßstab sein sollten? Glaebners abstrakter Gegenvorschlag, „eine Vernetzung von dis-

ziplinären Periodisierungen und übergreifenden Fragestellungen zustande zu bekommen“³⁹⁾, hat sich jedenfalls nicht als weiterführend erwiesen.

Glaebner verweist jedoch zu Recht auf die unterschiedliche Inhaltsbestimmung der einzelnen Geschichtsperioden in marxistischen und nichtmarxistischen Darstellungen. Hier liegt in der Tat das eigentliche Problem, über das es Übereinstimmung nicht geben wird. Wir sehen in der Periodisierung der DDR-Geschichte einen Reflex jener Prozesse, Ereignisse und Zusammenhänge, die wir als Herausbildung, Entwicklung und Ausgestaltung des sozialistischen Gesellschaftssystems auf deutschem Boden verstehen und in denen bestimmte Gesetzmäßigkeiten zum Ausdruck kommen. Dafür haben wir gute Gründe, können aber nicht hoffen, daß unsere politischen und weltanschaulichen Kontrahenten dies ebenso sehen, sondern müssen berücksichtigen, daß sie Periodisierungsfragen einen eher pragmatischen Rang beimessen. Aber erwarten kann man, daß auch ihre vorgeschlagene und praktizierte Periodisierung in sich schlüssig ist und bestimmte Kriterien erkennen läßt.

Dies war auf jeden Fall ein Anliegen von Dietrich Staritz, der 1979 ein Periodisierungsmodell vorschlug, „das von charakteristischen Konfliktstrukturen ausgeht: 1. ‚Revolution von oben‘ 1945 bis 1954, 2. allmähliche Transformation 1954 bis 1961, 3. seit 1961 Entwicklung der DDR-Gesellschaft auf ihren nun eigenen, d. h. in der Umbruchphase geschaffenen sozialstrukturellen und politischen Grundlagen“⁴⁰⁾. Obwohl mancher Begriff Fragen aufwirft – „Revolution von oben“ sagt z. B. nichts über den Inhalt der Umgestaltung aus und läßt die Wechselbeziehung von „oben“ und „unten“, von zentraler Leitung und Massenaktivität, außer acht; eine allmähliche Umwandlung („Transformation“)

³⁶⁾ D. Staritz, „. . . wie die Luft zum Leben“. Tendenzen des Wandels im politischen System der DDR, in: G.-J. Glaebner (Hrsg.), Die DDR in der Ära Honecker. Politik – Kultur – Gesellschaft, Opladen 1988, S. 297.

³⁷⁾ Ch. Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955, Bonn 1982, S. 13.

³⁸⁾ G.-J. Glaebner, Schwierigkeiten beim Schreiben der Geschichte der DDR. Anmerkungen zum Problem der Periodisierung, in: Deutschland Archiv, 17 (1984) 6, S. 644.

³⁹⁾ Ebd., S. 649.

⁴⁰⁾ D. Staritz, Formen und Wandlungen innerer Konflikte in der DDR, in: Deutschland Archiv, Sonderheft 1979, S. 93.

gab es nicht nur von 1954 bis 1961 —, halten wir dies für einen Versuch, der inneren Dynamik der Entwicklung der DDR gerecht zu werden.

Dieser inneren Dynamik widersprechen jedoch unseres Erachtens Vorschläge, die — der „Kreislauftheorie“ Hermann Webers folgend — die DDR ständig „zwischen Krise und Stabilität“ sehen wollen. In seinem „Grundriß der DDR-Geschichte“ von 1982 stellte Weber die DDR in den Jahren 1976–1981 unter diese Überschrift⁴¹⁾. In der Ausgabe von 1988 kehrte er die Begriffe um und dehnte seine Deutung weiter aus: „Die DDR zwischen Stabilität und Krise 1971–1986“⁴²⁾. Dietrich Staritz wiederum sieht in seinem Buch die DDR in den Jahren 1953–1961 „Zwischen Krise und Konsolidierung“⁴³⁾ und verwendet im Unterschied zu dem inflationären Gebrauch des Krisenbegriffs bei Weber und anderen Autoren diesen für die Entwicklung seit 1961 nur sehr vorsichtig.

Die DDR wie Hermann Weber seit dem Beginn der siebziger Jahre ständig „zwischen Krise und Stabili-

tät“ (oder umgekehrt) sehen zu wollen, scheint uns symptomatisch zu sein für ein Herangehen, das von vorgefaßten Urteilen (um nicht zu sagen: Wunschvorstellungen) statt von den Realitäten ausgeht. In der Regel ersetzt hier die bloße Behauptung die subtile Analyse, und man sucht sogar vergebens eine Antwort auf die Frage, was unter „Krise“ eigentlich zu verstehen ist. Sicher gab es auch bei der Ausgestaltung der neuen Gesellschaftsordnung in der DDR schwierige Probleme, Rückschläge und Diskontinuitäten, und nicht alle Ziele wurden erreicht, aber eine (international gar nicht so häufig zu beobachtende) Kontinuität in der Entwicklung wesentlicher Bereiche des gesellschaftlichen Lebens — keinesfalls das ständige Pendeln „zwischen Stabilität und Krise“ — war eindeutig dominierend. Unseres Erachtens versperrt sich die bundesdeutsche DDR-Forschung selbst den Blick für die Realitäten im anderen deutschen Staat, wenn sie an Einschätzungen festhält, die sich schon wiederholt als irrig erwiesen haben. Zur Geschichtsschreibung sollte doch auch gehören, aus Fehlprognosen zu lernen.

VI. Schwerpunkte der historischen DDR-Forschung

Die historische DDR-Forschung in der Bundesrepublik hat sich bisher auf das erste Nachkriegsjahrzehnt konzentriert — in dieser Zeit erfolgten, wie besonders Christoph Kleßmann unterstrichen hat, tatsächlich entscheidende „Weichenstellungen“ — und hat sich, ebenso wie die Geschichtsschreibung der DDR, sehr stark spezialisiert. Der Tag ist vielleicht nicht mehr fern, da von einem Spezialzweig der Geschichtsschreibung (wir hoffen: nicht einer wie auch immer gearteten Politikwissenschaft) gesprochen werden kann. Thematische Schwerpunkte bilden die Wirtschaft, das politische System, besonders die SED und die anderen Parteien, die Massenorganisationen und die Volksvertretungen sowie die sozialen Verhältnisse, das Bildungswesen und der Sport, die Wissenschaften, Kultur und Lebensweise, die Kirchen und die Außenpolitik. Zunehmendes Gewicht erlangen Regionaluntersuchungen.

Ungeachtet konträrer Standpunkte zu marxistischen Darstellungen in grundsätzlichen Fragen vermitteln viele Spezialarbeiten solide Fakten, die Einblick in wichtige Ereignisse, Prozesse und Zusammenhänge geben und die dem besseren Kennenlernen des sozialistischen deutschen Staates dienlich sein können. Das gilt, um nur auf einige Beispiele aus den achtziger Jahren zu verweisen, für Arbeiten zur Geschichte der Außenpolitik der

DDR⁴⁴⁾, zum Bildungssystem⁴⁵⁾ und Gesundheitswesen⁴⁶⁾, zur Sozialgeschichte⁴⁷⁾ sowie zur Stellung der katholischen Kirche⁴⁸⁾ und der Juden in der DDR⁴⁹⁾. Diese und ähnliche Arbeiten erfüllen zweifellos auch eine Erkenntnisfunktion.

Ebensowenig soll aber verschwiegen werden, daß wir den Realitätsgehalt auch in historischen Darstellungen über das politische System, besonders über die SED, nach wie vor am geringsten veranschlagen. Ähnliches gilt für Arbeiten über die „Deutschlandpolitik“ der DDR und der BRD, deren Aussagen sich kaum von früheren Darstellungen, die vom Geist der Konfrontation geprägt waren, unterscheiden⁵⁰⁾. Nicht wenige aktuelle Analysen im „Deutschland Archiv“ und anderen Orga-

⁴¹⁾ H. Weber (Anm. 35), S. 123.

⁴²⁾ Ders., Die DDR 1945–1986 (Anm. 22), S. 77.

⁴³⁾ D. Staritz (Anm. 10), S. 87.

⁴⁴⁾ W. Bruns, Die Außenpolitik der DDR, Berlin (W) 1985.

⁴⁵⁾ O. Anweiler u. a., Bildungssysteme in Europa, Weinheim 1980; siehe auch den Beitrag desselben Autors über Bildung und Wissenschaft in der DDR, in: Deutschland-Handbuch (Anm. 20), S. 370–388; D. Waterkamp, Handbuch zum Bildungswesen der DDR, Berlin (W) 1987.

⁴⁶⁾ H. Mück, Die rechtliche Entwicklung des Arzt-Patienten-Verhältnisses in der DDR, Köln 1982.

⁴⁷⁾ K. Belwe, Sozialstruktur und gesellschaftlicher Wandel in der DDR, in: Deutschland-Handbuch (Anm. 20), S. 125–143.

⁴⁸⁾ M. Höllen, Die katholische Kirche in der DDR, in: ebd., S. 174–184.

⁴⁹⁾ L. Mertens, Juden in der DDR. Eine schwindende Minderheit, in: Deutschland Archiv, 19 (1986) 11.

⁵⁰⁾ Charakteristisch dafür sind unseres Erachtens die Beiträge von Ch. Hacke und J. Kuppe, in: Deutschland-Handbuch (Anm. 20), S. 535–567.

nen lassen ebenfalls die „verstehende Distanz“, um die sich Dietrich Staritz und andere Autoren bemühen, vermissen. Solche Arbeiten bestätigen nicht zuletzt, daß die bundesdeutsche DDR-Forschung auch weiterhin eng mit der Politik verbunden ist und eine strategische und ideologische Funktion ausübt, auch wenn dies in oft ganz unterschiedlicher Weise sich äußert und nicht jedem Autor immer voll bewußt sein mag.

Was einzelne Ereignisse der DDR-Geschichte betrifft, so nehmen zwei in bundesdeutschen Darstellungen besonders breiten Raum ein (in für einen breiten Leserkreis bestimmten Publikationen reduziert sich DDR-Geschichte nahezu auf diese): der 17. Juni 1953 und der 13. August 1961. Es liegt auf der Hand, daß bei diesen politisch so relevanten und emotionsgeladenen Themen, ähnlich wie bei der Geschichte des politischen Systems, die Kontroversen und unvereinbaren Standpunkte zwischen marxistischen und nichtmarxistischen Historikern vorherrschen. Auch in der Zukunft wird das bei der Bewertung dieser Ereignisse und ihrer Ursachen (weniger vielleicht ihrer Folgen) die Regel sein. Dies schließt eine Versachlichung der Auseinandersetzung auch über solche Themen nicht aus.

In diesem Zusammenhang würden es die Historiker der DDR begrüßen, wenn bundesdeutsche Publikationen zur Geschichte der DDR, speziell über die genannten Jahre, nicht wie bisher die BRD fast völlig ausblenden würden⁵¹⁾, so daß der Eindruck erweckt wird, als hätte sich diese gegenüber der DDR geradezu unbeteiligt und neutral verhalten.

Niemand, der eine Wiederkehr des kalten Krieges verhindern will, kann daran interessiert sein, daß jemals in Vergessenheit gerät, wie die Bundesrepublik lange Zeit alle ihr zu Gebote stehenden Mittel angewandt hat, um die DDR baldmöglichst wieder auszulöschen. Wir meinen, daß gerade die Auswertung bundesdeutscher Archive vieles über die gewollte und gezielte Einflußnahme der BRD auf die DDR in den Jahren des kalten Krieges zutage fördern kann.

Es war unsere Absicht, uns zu einigen Fragen der bundesdeutschen DDR-Forschung, insbesondere ihres historischen Zweigs zu äußern. Unser Ziel konnte nicht sein, auf alle Fragen einzugehen, die Dietrich Staritz in seinem Beitrag berührt hat. Aber eines wollten wir auf jeden Fall verdeutlichen: Nötig und möglich ist der Dialog, der die Auseinandersetzung unvermeidlich einschließt.

⁵¹⁾ H. Weber geht in seiner Darstellung der Ereignisse um den 17. Juni 1953 mit keinem einzigen Wort auf die damaligen Aktivitäten der BRD ein. Im Vorfeld des 13. August 1961 erwähnt er lediglich die Kündigung des „Interzonenhandelsabkommens“ durch die Bundesregierung im September 1960. Siehe H. Weber, DDR. Grundriß der Geschichte (Anm. 35), S. 46f., S. 74; ders., Die DDR 1945—1986 (Anm. 22), S. 37—39, S. 53—55. D. Staritz verweist zwar auf die Rolle des RIAS am 16./17. Juni 1953 und ebenfalls auf den Beschluß der Bundesregierung vom September 1960, läßt aber alle anderen Formen und die Folgen des kalten Krieges gegen die DDR außer acht. Siehe D. Staritz, Geschichte der DDR (Anm. 10), S. 78—86, S. 131—138. Nicht wesentlich anders ist die Darstellung dieser Ereignisse in den drei Ausgaben des repräsentativen „DDR Handbuch“.

Die neue Sicht der DDR zur „Systemauseinandersetzung“

Die mächtigen reformerischen Bewegungen, wie sie sich seit geraumer Zeit in der Sowjetunion, in Polen und vor allem auch in Ungarn vollziehen, versetzen die internationale Öffentlichkeit in einen Zustand von Faszination und gespannter Erwartungen. Die große Wende in der Politik des 20. Jahrhunderts wird erahnt. Die historische Dimension der Ereignisse und Entwicklungen scheint auf. Man sieht Geschichte förmlich „um die Ecke biegen“.

Vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Umbrüche im östlichen Lager prägt sich die DDR in das öffentliche Bewußtsein um so deutlicher als Ort der Unbeweglichkeit, als das Nicht-Zeitgemäße ein. Man nimmt sie vornehmlich als in ihrer Verweigerungshaltung wahr und ergeht sich in Spekulationen, wann denn der draußen begonnene Wandel drinnen seine Wirkungen entfaltet. Die DDR erscheint als Republik im Wartestand. Dieses Bild von Immobilität deckt sich ganz und gar mit der Wirklichkeit, wenn Mobilität im Maß der Demokratisierung, Pluralisierung und wirtschaftlichen Orientierung am Markt sich ausdrückt. So gesehen,

ist in der Tat von erheblicher Ereignislosigkeit in der DDR zu sprechen.

Über die Sensation des tiefgreifenden Wandels in der Sowjetunion, in Polen und in Ungarn einerseits und über das anhaltende Ärgernis ausbleibender innenpolitischer Bewegung in der DDR (und in anderen Staaten des Warschauer Pakts wie z. B. der ČSSR) andererseits gerät — verständlicherweise — an den Rand des Interesses, daß es im östlichen Lager nach wie vor einen relevanten Politikbereich gibt, in dem weithin eine einheitliche Linie vorherrscht, in dem es zu wichtigen konzeptionellen Neuerungen gekommen ist und in dem die DDR keinesfalls als Bremsen auftritt: den Bereich des außenpolitischen, auf die intersystemaren Beziehungen gerichteten Denkens. Auf diesem Feld kann die DDR für sich beanspruchen, die marxistisch-leninistische Theorie in einem Maße bearbeitet und entwickelt zu haben, das im eigenen Lager seinesgleichen sucht. Und sie kann hier auch beanspruchen, in der praktischen Politik vorangekommen zu sein.

I. Brückenschlag zum Westen

Ende der siebziger/Anfang der achtziger Jahre, in einer Zeit außerordentlich gespannter Beziehungen zwischen den Großmächten, hatte es die Ost-Berliner Führung mehrfach gewagt, ihren westpolitischen Handlungsspielraum auszuloten, eine eigenständigere, von Rücksichten auf die Vormacht UdSSR freiere Westpolitik zu versuchen und die Entspannungspolitik zumindest für das Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander zu retten. Dies geschah überaus vorsichtig und war weitgehend noch als international arbeitsteiliges Vorgehen von UdSSR und DDR interpretierbar.

Spätestens 1983 sah sich die DDR jedoch veranlaßt, diese im Verhältnis zum Westen und vor allem im Verhältnis zur Bundesrepublik nur sehr vorsichtig eigene Akzente setzende Politik zu überdenken. Als die Entscheidung über die Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen in der Bundesrepublik immer näher rückte, wandte sich Erich Honecker im Oktober 1983 mit dem dringenden Appell an Bundeskanzler Helmut Kohl, seine Haltung zur Raketenstationierung zu revidieren. In dem Schreiben Honeckers hieß es: „Im vollen Einklang mit den Inter-

essen und Wünschen der Bürger der DDR ist es meine Auffassung, daß sich alle, die das Abgleiten der Menschheit in eine nukleare Katastrophe verhindern wollen, zu einer Koalition der Vernunft zusammenschließen sollten, um beruhigend auf die internationale Lage einzuwirken.“¹⁾ Mit dem Begriff „Koalition der Vernunft“ war auf eine griffige Formel gebracht, was bereits ein halbes Jahr zuvor, im April 1983, auf der Internationalen Karl-Marx-Konferenz in Ost-Berlin als außen- und friedenspolitisches Credo der SED angeklungen war. Vor Vertretern kommunistischer, sozialistischer und sozialdemokratischer Parteien hatte Erich Honecker dort eine erste Skizze seines systemübergreifenden Kooperationsmodells entworfen²⁾.

Das Honeckersche „Koalitionsangebot“ widersprach der Position der Vormacht UdSSR, die sich unverändert auf Konfrontationskurs befand, und tatsächlich kam es um die Westpolitik der DDR 1984 zu heftigen, zum Teil auch öffentlich geführten

¹⁾ Neues Deutschland vom 10. Oktober 1983, S. 1.

²⁾ Neues Deutschland vom 12. April 1983, S. 4.

Kontroversen zwischen Moskau und Ost-Berlin. Doch ließ sich die DDR-Führung von ihrem eigenständigen Kurs nicht abbringen, setzte ihre Politik des Brückenschlags fort — und behauptete so ihren neu gewonnenen Handlungsspielraum. Entschärft wurde dieser Konflikt mit der Amtsübernahme Gorbatschows. Vollends aus der Welt geschafft wurde er Ende 1985 mit dem Einschwenken der UdSSR auf einen westpolitischen Kurs, der grundsätzlich mit dem der DDR konform ging³). Der Schulteranschlag war wieder hergestellt, und er hatte auf die Entwicklung des neuen westpolitischen Handlungskonzeptes der DDR außerordentlich belebende Wirkung.

Die Motive der DDR, sich 1983/84 mit einer Politik der Gesprächs- und Kooperationsbereitschaft auf der internationalen Bühne nachdrücklich zu profilieren, waren vielfältiger Natur. Als unstrittig kann gelten, daß sie weit mehr als die große Sowjetunion Interessen gegenüber dem Westen, insbesondere der Bundesrepublik, durchzusetzen und zu wahren hatte. Als stark exportorientiertes Land, das über keine nennenswerten Rohstoffe verfügt, muß sich die DDR ihre Exportfähigkeit durch einen hohen technologischen Stand der Produktion sichern. Dazu braucht sie die Anbindung an die hochentwickelten Industriestaaten des Westens. Die Bundesrepublik nimmt dabei bekanntermaßen eine beson-

dere Rolle ein: als ein Land, das aus einem gesamtdeutschen Anspruch heraus der DDR Präferenzkonditionen im Handel gewährt, sie an Vorzügen der westeuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft teilhaben läßt und ihr über Geldtransfers als unverzichtbare Devisenquelle dient. Darüber hinaus — und das ist wieder auch ein ökonomisches Motiv — fürchtete die DDR ein sich weiter beschleunigendes Wetttrüben, zu dem sie in Bündnisdisziplin ihren Beitrag hätte leisten müssen. Damit sah sie Belastungen auf sich zukommen, die die Realisierung ihres wirtschafts- und sozialpolitischen Programms hätten ernsthaft gefährden und mithin die Stabilität ihres politischen Systems tangieren können.

Zudem ist festzuhalten, daß sich der neue Kurs der DDR gegenüber dem Westen bis heute zu einem guten Teil wirklich aus dem speist, was die DDR immer wieder als den zentralen Ausgangspunkt ihrer Außenpolitik herausstellt: aus der existentiellen Bedrohung Mitteleuropas durch die beiderseits der Systemgrenze überbordenden Waffenarsenale. Die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles sowie die sowjetischen Gegenmaßnahmen hatten noch einmal nachdrücklich die Rolle Mitteleuropas, insbesondere der beiden deutschen Staaten, als das eigentliche Schlachtfeld bei einer militärischen Auseinandersetzung der Blöcke verdeutlicht.

II. Die marxistisch-leninistische Ideologie in Bewegung

Die prinzipielle Entscheidung der DDR für eine neue Politik des Dialogs und der Kooperation zwischen den Systemen, wie sie vor dem Hintergrund des Ende der siebziger/Anfang der achtziger Jahre sich zunehmend verschärfenden Ost-West-Konflikts und insbesondere des allgemeinen Scheiterns von Rüstungskontroll- und Abrüstungsbemühungen getroffen wurde, ist in der DDR bis heute Gegenstand einer wahren Flut gesellschaftswissenschaftlicher, zum Teil unmittelbar politikberatender Arbeiten zu Problemen der „Systemauseinandersetzung“. Wohl in keinem Land des östlichen Blocks, außer vielleicht in Ungarn, hat man sich wissenschaftlich derart intensiv mit diesem Thema befaßt⁴). Den Auftrag zu diesem wissenschaftlich-politischen Großprojekt hatte die SED auf ihrer Gesellschaftswissenschaftlichen Konferenz im Dezember 1983 gegeben: Die marxistisch-leninistische Ideologie sollte auf die „Anforderungen des Kampfes für den Frieden und die Abrüstung“ eingestellt

werden⁵). Letztlich verbarg sich dahinter nichts weniger als die Order, das Theoriegebäude des Marxismus-Leninismus von jenen Bestandteilen zu befreien, die einer politischen Vertrauensbildung hinderlich sein könnten. Allen Zweifeln an der Friedensfähigkeit der kommunistischen Weltanschauung sollte der Boden entzogen werden.

1. Menschheitsinteressen und globale Probleme

Alle neueren, das Verhältnis der Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung betreffenden konzeptionellen Überlegungen in Politik und Wissenschaft der DDR gehen von der Annahme aus, daß das „Nuklearzeitalter“ Bedingungen setzt, unter denen das bisherige politische und militärische Denken wegen seiner „vornuklearen Logik“ teilweise an Gültigkeit verliert. Die Gefahr der Selbstvernichtung der menschlichen Zivilisation zwingt jede Politik zu einer Neubestimmung der Bedeutung von Partialinteressen im Verhältnis zum Überlebensinteresse der Menschheit. In der Logik dieser Sicht liegt es, daß man sich in der DDR nunmehr intensiver mit der Interessenproblematik in der in-

³) Johannes Kuppe, „Neues außenpolitisches Denken“ auch in der DDR?, in: DDR REPORT, 19 (1986) 12, S. 689–692.

⁴) Eberhard Schulz, Das „neue politische Denken“ und die Deutschen, in: Deutschland Archiv, 21 (1988) 9, S. 969.

⁵) Neues Deutschland vom 16. Dezember 1983, S. 3.

ternationalen Politik befaßt und für die eigene Ideologie die Kategorie des „Menschheitsinteresses“ entdeckt. Klassen- und sonstige Partialinteressen geraten dabei in ihrer Bedeutung nicht in den Hintergrund, werden in ihrer Legitimität aber stärker als zuvor auf Menschheitsinteressen bezogen. Die Ernsthaftigkeit ihres Aufbruchs zu neuen Ufern setzt die DDR allerdings immer wieder dadurch Zweifeln aus, daß sie von der Gleichsetzung der eigenen „Klasseninteressen“ mit dem Menschheitsinteresse nicht ablassen mag⁶⁾.

Zur Arbeit an einer neuen Sichtweise, wie sie in der DDR vor dem Hintergrund nicht nur der militärischen, sondern auch der ökologischen und ökonomischen Bedrohungen in der Welt von heute geleistet wird, gehört, daß die Ganzheitlichkeit der Welt, die in wechselseitigen Abhängigkeiten zusammengehörige Welt, in den Blick kommt. Die Erde wird als „gemeinsames Haus“ entdeckt, und zum „gemeinsamen Haus“ wird auch Europa⁷⁾. Dazu gehört auch eine unbefangene, vom lähmenden Ideologiebezug freiere Beschäftigung mit Begriff und Phänomen des „globalen Problems“. In Auseinandersetzung mit den in westlichen Industriestaaten aufkommenden globalistischen Denkansätzen wie die des Club of Rome hatte die DDR noch bis in die achtziger Jahre hinein allen Behauptungen, es gebe so etwas wie weltweite gemeinsame, die Systeme übergreifende Problemlagen, vehement widersprochen. In ihrer Wahrnehmung hatte nicht das Problem selbst, die Tatsache der Vergleichbarkeit der Problemsituation in West und Ost oder das Faktum der Interdependenz der Problemlösung im Vordergrund zu stehen, sondern die Gegensätzlichkeit der Systeme und ihre unvergleichlichen, jeweils spezifischen Fähigkeiten zur Vermeidung bzw. Lösung von Problemen.

Diese ideologiegeleitete Sicht, die die Realitäten adäquat zu erfassen nicht geeignet und die glaubwürdig nicht mehr zu vermitteln war, wurde in den letzten Jahren teilweise revidiert. Es wurde prinzipiell die Existenz systemübergreifender, globaler Probleme anerkannt, der Begriff „globales Problem“ wurde für die Diskussion freigegeben und als politikwissenschaftliche Kategorie im Rahmen des Marxismus-Leninismus systematisch bearbeitet. Damit tritt der Systemgegensatz tendenziell zurück – nicht weil er als obsolet betrachtet würde, sondern weil die Entwicklung eines intersystemaren Kooperationsmodells in den Vordergrund gestellt

⁶⁾ Erich Hahn, Menschheitsentwicklung und Klasseninteressen, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 36 (1988) 8, S. 677; Hermann Axen, Sozialistischer Klassenstandpunkt und Menschheitsinteressen – friedliche Koexistenz heute, in: Einheit, 44 (1989) 1, S. 45–50.

⁷⁾ Max Schmidt, Europa – Unser gemeinsames Haus, in: Horizont, 22 (1989) 1, S. 15–18; siehe auch Fred Oldenburg, Die DDR im „Haus Europa“, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 11/1989, Köln 1989.

wird, das zwar auf dem Antagonismus der Systeme aufbaut, ihn aber als potentiellen Störfaktor nicht ständig zum Kristallisationspunkt politischer und wissenschaftlicher Überlegungen machen kann. Einer der führenden Politikwissenschaftler der DDR, Max Schmidt, formulierte dies jüngst wie folgt: „Es besteht die unabweisbare Notwendigkeit, eine globale Denk- und Handlungsweise zu entwickeln, die die heutige Fixierung des politischen Denkens und Handelns auf die Zersplitterung der Welt und das Gegeneinander ihrer Bestandteile überwindet ...“⁸⁾

2. Von konfrontativer zu kooperativer Koexistenz

Das (mehr oder weniger) friedliche Nebeneinander, Gegeneinander und Miteinander von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung in der „Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus“ wird im sozialistisch-kommunistischen Lager, insbesondere seit dem XX. Parteitag der KPdSU im Jahre 1956, auf den Begriff „friedliche Koexistenz“ gebracht. Aufgrund einer Neueinschätzung der internationalen Lage, vor allem angesichts der manifest gewordenen atomaren Bedrohung, war damals die These der Unvermeidbarkeit einer militärischen Auseinandersetzung zwischen Imperialismus und Sozialismus aufgegeben und in der Militärdoktrin der Grundsatz der Kriegsverhütung neu bewertet worden. Gleichwohl herrschte bis in die achtziger Jahre hinein ein weitgehend konfrontatives Verständnis von friedlicher Koexistenz vor: Anders als es der Begriff eigentlich nahelegt, wurde sie nicht nur als friedliches Nebeneinander von Staaten unterschiedlicher Systemordnung, sondern auch als eine „wichtige Form des internationalen Klassenkampfes“ verstanden. Nachzulesen war dies nicht zuletzt in allen einschlägigen Wörterbüchern der DDR.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese kämpferische Auslegung zum Teil nicht mehr als ein verbales Zugeständnis an jene Falken im eigenen Lager war, die fürchteten, mit einer Politik der friedlichen Koexistenz sei der Verzicht auf weltweite Revolution verbunden. Als erklärte Grundlage für eine „Koalition der Vernunft“, wie sie die DDR-Führung unter Erich Honecker unentwegt propagiert, war eine derart verstandene friedliche Koexistenz allemal völlig ungeeignet. Tatsächlich hat die DDR, ausgehend von ihrer neuen Analyse der Bedrohungssituation in der Welt von heute und dem Eingeständnis der globalen Dimension bestimmter Problemlagen, die Notwendigkeit eines auch ideologisch adäquat verarbeiteten Übergangs von einer

⁸⁾ Max Schmidt, Globalität – Grundzug heutigen politischen Denkens und Handelns, in: Karl-Heinz Röder (Hrsg.), Der Frieden und die politische Theorie der Gegenwart, Berlin (Ost) 1988, S. 148.

stark konfrontativen zu einer mehr kooperativen Koexistenz erkannt und diese Erkenntnis in eine teilweise Entmilitarisierung ihres außenpolitischen begrifflichen Instrumentariums umgesetzt. In den jüngsten Definitionen der friedlichen Koexistenz wird denn auch ausnahmslos auf deren Charakterisierung als „wichtige Form des internationalen Klassenkampfes“ verzichtet⁹⁾.

3. Krieg, Frieden und sozialer Fortschritt

Im Zusammenhang mit den Bemühungen, die kämpferisch-expansionistische Auslegung der „friedlichen Koexistenz“ öffentlich zurückzunehmen und dieses Konzept intersystemar konsensfähig zu machen, wird in der DDR seit einigen Jahren an einer Neubestimmung des Verhältnisses zwischen Frieden und sozialem Fortschritt gearbeitet. Zum mittlerweile weithin akzeptierten Ausgangspunkt der DDR-internen Diskussion ist dabei eine neue Sicht auf das Zentralproblem Krieg geworden. In der Kriegstheorie, wie sie bis in die achtziger Jahre hinein in der DDR vertreten wurde, galten Kriege, mit dem preußischen Militärtheoretiker Clausewitz, als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Je nachdem welche Politik sie fortsetzen, sei von gerechten oder ungerechten Kriegen zu sprechen¹⁰⁾.

Mit dieser Kriegstheorie konnte die DDR in der internationalen Friedensdiskussion, aber auch republikintern immer weniger bestehen. Im Ergebnis eines internen Klärungsprozesses hat sich nunmehr als offizielle Linie durchgesetzt, dem „Krieg im Nuklearzeitalter“ jegliche politische Funktion abzuspüren. Krieg unter diesen Bedingungen sei das Ende jeder Politik. Überdies wird in jüngster Zeit, westliche friedenspolitische Diskussionen aufgreifend, die „Kriegsuntauglichkeit“ hochindustrialisierter Gesellschaften ins Feld geführt. Industriegesellschaften sozialistischen wie auch kapitalistischen Typs mit ihrer hochkomplexen, äußerst verletzlichen Technosphäre seien nur unter Friedensbedingungen funktionsfähig¹¹⁾. Gleichwohl gilt es festzuhalten, daß es insbesondere unter den Militärs und ihnen nahestehenden Ideologen immer wieder Bestrebungen gibt, zumindest Teile der alten Kriegstheorie auch in das neue Denken einfließen zu lassen. In der Öffentlichkeit sind solche Positionen, in denen es – weitab von den wirklichen Problemen – um die Rettung irrelevant gewordener ideologischer Dogmen geht, aber nicht mehr dominant.

⁹⁾ Siehe u. a. Kleines Politisches Wörterbuch (Neuausgabe 1988), Berlin (Ost) 1988, S. 295–298.

¹⁰⁾ Wolfgang Scheler/Gottfried Kießling, Gerechte und ungerechte Kriege in unserer Zeit, Berlin (Ost) 1981.

¹¹⁾ Neues Deutschland vom 26./27. November 1988, S. 3; Wolfgang Schwarz, Strukturelle Angriffsfähigkeit in Europa, in: IPW-Forschungshefte (1989) 2, S. 15–21

Die neue Sicht auf das Problem „Krieg“ hat Konsequenzen für die marxistisch-leninistische Revolutionstheorie, für die Bestimmung der Möglichkeiten und Wege, sozialen Fortschritt in der Auseinandersetzung der Systeme zu befördern. Die offizielle Linie der DDR ist es heute, immer wieder zu betonen, daß der Verhinderung der Selbstvernichtung der Menschheit nunmehr absolute Priorität zukomme. Der Kampf für den Frieden könne anderen sozialen und revolutionären Aufgaben nicht mehr untergeordnet werden: Frieden als unverzichtbare Bedingung für sozialen Fortschritt¹²⁾.

In der Logik dieser ideologischen Revision liegt es denn auch, den Kampf für soziale Veränderungen zur Sache ausschließlich der gesellschaftlichen Kräfte *innerhalb* der jeweiligen Länder zu erklären und den „Revolutionsexport“ öffentlich abzulehnen. Führende Ideologen der DDR wollen dabei heute gern glauben machen, daß die Ablehnung des Exports von Revolutionen, letztlich also die Ablehnung grenzüberschreitender Förderung sozialrevolutionärer Prozesse, von jeher zu den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus gehört habe¹³⁾. Derartige Versuche von Vergangenheitsbewältigung sind wohl im wesentlichen einem ausgeprägten Bedürfnis zuzuschreiben, zum Zweck der Immunisierung des eigenen Theoriegebäudes auch im Wandel der Ideologie noch ihre Kontinuität hervorzukehren. Jedenfalls zeigen sich hier handfeste Probleme, gewisse Neuerungen in der ideologischen Verarbeitung politischer Prozesse öffentlich kenntlich zu machen und überholte Positionen deutlich als solche zu bezeichnen.

4. Der Kapitalismus – friedens- und reformfähig?

Im Rahmen der ideologischen Bewältigung des Faktums, daß es zur Koexistenz der Systeme keine verantwortbare Alternative mehr gibt (es sei denn, ein System löste sich selbst auf), ist es in der DDR öffentlich – wenn auch sehr vorsichtig – auch zu einer Neubestimmung der Voraussetzungen für Frieden gekommen. Frieden war für Kommunisten letztlich immer eine postrevolutionäre Kategorie: Den wirklichen, den totalen Frieden konnte es erst nach dem weltweiten Sieg des Sozialismus/Kommunismus geben. Mit einem solchen Friedensverständnis, das den weltweiten Sturz der kapitalistischen Ordnung zur Voraussetzung für Frieden erklärt, lassen sich natürlich die gesuchten Partner aus dem nichtkommunistischen Lager für den Frieden bzw. für die „Koalition der Vernunft“ nicht gewinnen.

Wer die friedliche Koexistenz der Systeme glaubwürdig zu einem zentralen Strukturprinzip internationaler Politik erheben will, muß die andere Seite

¹²⁾ Wolfgang Richter, Kampf um Frieden und gesellschaftlichen Fortschritt heute, Humboldt-Journal zur Friedensforschung, Heft 4, Berlin (Ost) 1988, S. 37–46.

¹³⁾ (SED-interne) Informationen, Nr. 234, 8/1987, S. 7.

für fähig zum Frieden halten. Dies kann als stillschweigendes Anerkenntnis der Friedensfähigkeit des Kapitalismus bei gleichzeitiger öffentlicher, propagandistischer Hervorkehrung seiner Friedlosigkeit, also sozusagen unter der Hand geschehen. Dieser Weg, wie er spätestens seit dem XX. Parteitag der KPdSU im Jahre 1956 gegangen wurde, zeigte seine Widersprüchlichkeit immer deutlicher, als sich in den sechziger Jahren im Ost-West-Verhältnis Entspannungstendenzen und in den siebziger Jahren auch verstärkt Möglichkeiten zur Kooperation andeuteten. Zusehends wurde offenbar, daß die öffentliche Anprangerung des Kapitalismus als friedensunfähig nur zu Zeiten einer vornehmlich konfrontativen Auslegung friedlicher Koexistenz glaubwürdig durchzuhalten ist und mit dem Bekenntnis zu kooperativ verstandener friedlicher Koexistenz auch eine adäquate Revision des Kapitalismus-Bildes einhergehen muß.

Wenn sich auch in den siebziger Jahren in der DDR bereits einige neue Aspekte in der Analyse des Kapitalismus zeigten, brauchte es doch des geballten Interesses an Dialog und Kooperation mit dem Westen, ehe man sich unausweichlich veranlaßt sah, dem Kapitalismus auch öffentlich Friedensfähigkeit zu bescheinigen¹⁴).

Tatsächlich war es wohl der Druck der eigenen politischen Offensive, des vehementen Einsatzes für ein neues Verhältnis der Systeme zueinander, der die SED zu einer offenen Revision ihres Bildes vom Kapitalismus zwang. Dazu wurde ein großer Schritt mit der Veröffentlichung des gemeinsamen Papiers von SPD und SED „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ im Sommer 1987 getan. In diesem Papier hatte sich die SED zu der Erklärung bereit gefunden: „Beide Systeme müssen sich gegenseitig für friedensfähig halten . . . Vermieden werden muß alles, was die andere Seite als prinzipiell unfriedlich oder zum Frieden unfähig erscheinen läßt.“¹⁵)

Damit ist die Revision des Kapitalismus-Bildes aber keineswegs eindeutig und endgültig vollzogen. Vielmehr erweist sich dieser Schritt für die SED als einer der schwierigsten auf dem Weg des ideologischen Wandels. Parteiintern kam es zu heftigen Diskussionen. Trotz der offensichtlich erheblichen ideologischen Schwierigkeiten, die dieses Thema bereitet, kann dennoch festgehalten werden, daß in der Auseinandersetzung der Systeme die SED die Anerkennung der Friedensfähigkeit des jeweils anderen als unverzichtbare Voraussetzung für Dialog

und Kooperation *im Prinzip* nicht zur Disposition stellen will. Strittig ist aber nach wie vor, wie auf dieses politische Erfordernis in der Imperialismustheorie im einzelnen adäquat zu reagieren ist. Ein Ost-Berliner Wissenschaftler hat dieses Dilemma jüngst wie folgt umschrieben: „Wissenschaftliche Kategorien müssen die Entwicklung der Realität richtig widerspiegeln. Aber aus der Sicht der politischen Psychologie sollten wir auch beachten, wie sie in der internationalen Öffentlichkeit verstanden werden.“¹⁶)

Eine vergleichbar schwierige, in der Diskussion noch offene Situation zeigt sich im Hinblick auf die Anerkennung der Reformfähigkeit des Kapitalismus im allgemeinen. Im Ergebnis ihrer 1983/84 vehement einsetzenden politischen Offensive für Dialog und Kooperation in der internationalen Politik hat sich die SED 1987 in ihrem gemeinsam mit der SPD verfaßten Papier zu dem öffentlichen Bekenntnis durchgerungen, daß beide Gesellschaftssysteme einander „Entwicklungsfähigkeit und Reformfähigkeit“ zugestehen müssen. Dennoch: Daß dieses der SED abgerungene Eingeständnis DDR-Intern in allen seinen Aspekten bereits unumstritten gültiges Allgemeingut politischen Denkens sei, wird schwerlich zu behaupten sein. Wohl ist richtig, daß Zusammenbruchstheorien, denen zufolge sich der Kapitalismus nunmehr unwiderruflich in seiner letzten Krise befinde, der dann der Kollaps folge einer differenzierteren, die ökonomische Stärke westlicher Industriegesellschaften bedenkenden Betrachtungsweise weichen mußten. Aber zumindest in den Medien der DDR wird unverändert und uneingeschränkt das Bild eines durch und durch maroden kapitalistischen Systems gezeichnet. Und nach wie vor gilt in der DDR auch die allgemeine Definition der gegenwärtigen „Epoche“ als „Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus im Weltmaßstab“¹⁷).

Möglicherweise tut man aber gut daran, den offensichtlichen Widerspruch zwischen dem Anerkennen der Reformfähigkeit des Kapitalismus und dem Festhalten an der Unausweichlichkeit seines Zusammenbruchs nicht überzubewerten, sondern hier eine arbeitsteilige Argumentation in Rechnung zu stellen. Jedenfalls sollte bei aller Widersprüchlichkeit nicht übersehen werden, daß zumindest in der politikwissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus, mit den konkreten kapitalistischen Staaten und den in ihnen wirkenden politischen Kräften und Ideen die differenzierende Analyse und Bewertung in der DDR an Boden gewonnen haben.

¹⁴) Heinz Albert Huthmacher, „Friedensfähigkeit des Imperialismus“. Aspekte einer aktuellen Ideologiediskussion in der DDR. Studie des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1989.

¹⁵) Vorwärts vom 29. August 1987, S. 33–34; siehe auch Erhard Eppler, *Wie Feuer und Wasser. Sind Ost und West friedensfähig?*, Hamburg 1988.

¹⁶) Dieter Klein, *Friedensfähigkeit des Kapitalismus. Kontinuität und Wandel im marxistisch-leninistischen Denken*, in: *Horizont*, 22 (1989) 1, S. 10.

¹⁷) *Wissenschaftlicher Sozialismus. Lehrbuch für das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium*, Berlin (Ost) 1988, S. 121.

III. Die Partner der „Koalition der Vernunft“

Eine internationale systemübergreifende „Koalition der Vernunft“, wie sie der DDR-Führung vorschwebt, braucht zu ihrer Realisierung koalitionsfähige Partner. Koalitionsfähigkeit hat dabei einen doppelten Aspekt: Zum einen muß man sich selbst als Mitgestalter einer intersystemaren Friedenskoalition akzeptabel machen, zum anderen muß man bereit sein, auch gegnerische bzw. konkurrierende politische Kräfte als koalitionsfähig anzuerkennen. Wer – wie die DDR lange Zeit – ausschließlich fähig zu einem pauschalen, alle realen Unterschiede einblendenden Urteil über die andere Seite und ihre politischen Kräfte ist, für den deckt sich die Grenze zwischen „gut“ und „böse“ mit der zwischen den Gesellschaftssystemen. Eine andere Grenzziehung, etwa eine quer durch die Systeme, kann so gar nicht erst gedacht werden. Einem solchen Denken müssen systemübergreifende „Koalitions“-Überlegungen fremd sein.

In den letzten Jahren haben sich in der DDR aus der Wahrnehmung elementarer Bedrohungen und angesichts der praktischen Notwendigkeiten intersystemarer Kooperation im politischen und politikwissenschaftlichen Betrieb jedoch durchaus pragmatische Denk- und Handlungsweisen herausgebildet, die das sterile Blockdenken auflökern. Dazu gehört, neben der Trennung der Welt in das sozialistische und das kapitalistische Lager eine Trennung zwischen Kräften des Friedens und der Kooperation einerseits und Kräften des Krieges und der Konfrontation andererseits vorzunehmen. In dieser neuen Lagertheorie verläuft die Trennlinie nicht mehr entlang der Grenze zwischen den Gesellschaftssystemen, sondern quer durch das kapitalistische System, und zwar sowohl zwischen den verschiedenen kapitalistischen Ländern als auch zwischen den verschiedenen politischen und sozialen Kräften eines kapitalistischen Landes selbst¹⁸). Gezogen wird die Grenze dabei innerhalb des konservativen Lagers.

1. Konservatismus

Relevant für eine friedliche Auseinandersetzung der Systeme und die Entwicklung einer umfassenden intersystemaren Kooperation ist, daß die DDR Teile des konservativen politischen Lagers im Westen im Hinblick auf das eigene Konzept einer „weltweiten Koalition der Vernunft“ erklärtermaßen in „Koalitionsüberlegungen“ einschließt. „Vertreter der Monopolbourgeoisie“, die den Kurs der extremsten Kreise ihrer eigenen Klasse nicht mehr

mittragen können, seien mögliche Partner¹⁹). Einem solchen, oft wiederholten „Koalitionsangebot“ liegt eine stärker differenzierende Einschätzung der westlichen Rechten zugrunde, die sich in ihrer heutigen Ausformulierung erst in den letzten Jahren entwickelt hat.

Sicherlich ist es nicht ganz neu – und auch nicht sonderlich originell –, die Konservativen im Westen in ultra- und rechtskonservative Kräfte, die immer noch am Kalten Krieg festhielten, und in gemäßigt-konservative Kräfte, die sich eher durch Pragmatismus, durch ein Austarieren von Konfrontation und Entspannung auszeichneten, zu unterteilen. Neu sind vielmehr das Gewicht, das man in der DDR in Ideologie und Politik einer solchen Differenzierung beimißt, und die Aufmerksamkeit, die man solchen Entwicklungen im konservativen Lager vor allem auch auf seiten der Politikwissenschaften widmet. Zudem deutet sich in neueren politikwissenschaftlichen Arbeiten eine Verfeinerung der Analyse des Konservatismus an, die in ihren Differenzierungen die wirklichen Gegebenheiten schon etwas angemessener einfängt²⁰). Insgesamt läßt sich jedenfalls festhalten, daß das westliche konservative Lager nicht mehr so sehr als *einheitlicher* friedensgefährdender Block präsentiert wird, sondern man stärker auf eine Unterscheidung zwischen entspannungsfreundlichen und entspannungsfeindlichen Kräften achtet.

2. Sozialdemokratie

Eine zentrale Rolle in ihrem Konzept, eine neue Qualität der friedlichen Koexistenz zwischen den Gesellschaftssystemen durchzusetzen, weist die DDR-Führung heute der Sozialdemokratie in den westlichen Ländern zu. Dabei hat die SED viel an Geschichte aufzuarbeiten. Genannt sei hier der „Sozialfaschismus“-Vorwurf, den die KPD in der späten Weimarer Republik an die Adresse der Sozialdemokratie richtete, die im Gefolge des Zusammenschlusses von KPD und SPD zur SED in der SBZ einsetzende und in der DDR fortgesetzte Unterdrückung von Sozialdemokraten oder das Etikett „Sozialdemokratismus“, das in diffamierender Absicht bis Anfang der siebziger Jahre reformerischen politischen Ideen im Innern wie auch der Politik der SPD in der Bundesrepublik angehängt wurde.

Trotz mancher Ungereimtheiten in der historischen Aufarbeitung des Verhältnisses der Kommunisten zu den Sozialdemokraten ist unverkennbar, daß die

¹⁸) Dieter Klein, Politikökonomische Grundlagen für einen friedensfähigen Kapitalismus, in: IPW-Berichte, 17 (1988) 2, S. 1–9.

¹⁹) Max Schmidt, Die Erde – gemeinsames Haus der Menschheit, in: Einheit, 42 (1987) 2, S. 116–121.

²⁰) Siehe u. a. Konservatismusforschung, Wissenschaftliche Beiträge der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Heft 9, Jena 1988.

SED ihre Beziehungen zu den sozialdemokratischen Parteien, vor allem zur SPD, normalisieren und mit westlichen Sozialdemokraten einen von unnützer Polemik freien Dialog über gemeinsam interessierende Fragen führen will. Dazu gehört, daß sie ihre früher konsequent durchgehaltene Unterscheidung zwischen rechter, prokapitalistischer SPD-Parteiführung und linkem, gesellschaftsreformerischem Parteivolk öffentlich weitgehend zurückgestellt hat und allenfalls noch von gegensätzlichen Klassentendenzen in der SPD spricht, ohne diese konkret zu verorten. Vor dem Hintergrund dieses ideologischen „Störfreimachens“ der Beziehungen kam es im Laufe der achtziger Jahre zu einer zunehmenden Entkrampfung des Verhältnisses zwischen den DDR-Kommunisten und den westdeutschen Sozialdemokraten, die es erlaubte, bei unverändert bestehender ideologisch-politischer Gegnerschaft die Existenz gemeinsam interessierender Fragen festzustellen und ihre kooperative Lösung in Angriff zu nehmen. Als besonders markantes Beispiel sei auf das von der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED und der Grundwertekommission der SPD gemeinsam vorgelegte Papier „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ hingewiesen.

3. Pazifismus

Ende 1983 ließ die SED-Führung auf der Gesellschaftswissenschaftlichen Konferenz ihres Zentralkomitees die Öffentlichkeit wissen, daß sie zur Verteidigung des Friedens gegen die atomare Bedrohung eine Zusammenarbeit zwischen „Marxisten, Sozialdemokraten, Christen, Pazifisten und anderen Gruppen und Bewegungen“ trotz aller Meinungsverschiedenheiten für unentbehrlich halte²¹⁾. Damit war ganz sicherlich kein Friedensangebot an ein unabhängiges pazifistisches Denken in der DDR formuliert. In der Folge kam es gleichwohl in den Gesellschaftswissenschaften der DDR zu einer merklich intensiveren und in der Haltung aufgeschlosseneren Beschäftigung mit dem Pazifismus als politischer Strömung.

In der Geschichtswissenschaft z. B. wird, wie ein führender Historiker der DDR hervorhebt, nunmehr daran gearbeitet, „die pazifistischen Bestrebungen des 19. und 20. Jh. in ihrer Widersprüchlichkeit, mit ihren positiven Zügen wie mit ihren Grenzen zu erfassen und als ein wichtiges, bisher wenig beachtetes Element in das Traditionsbild der sozialistischen Gesellschaft neu einzufügen“²²⁾. Und Friedensforscher der DDR können heute auch schon öffentlich kritisieren, daß die Kommunisten in den zwanziger und dreißiger Jahren dieses Jahr-

hunderts den Pazifismus als Partner im Kampf gegen Faschismus und Krieg nicht ernst genug genommen haben²³⁾.

Die nunmehr offenere Befassung mit dem Pazifismus als *historischer* Erscheinung oder als politischem Phänomen in *kapitalistischen* Gesellschaften mag noch relativ problemlos in die traditionelle Haltung der SED zum Pazifismus integrierbar sein. Eine Anerkennung des pazifistischen Denkens der DDR würde hingegen eindeutig das Denk- und Handlungsmuster der Herrschenden sprengen. Sie ist bisher nicht ausgesprochen worden und steht unter den gegebenen Systembedingungen auch nicht zu erwarten. Daß ein Staat, der unabhängiges Friedensdenken unter seinen Bürgern rigoros ausgrenzt, als Dialogpartner für westliche Pazifisten ernsthaft nicht in Frage kommen kann, hat die DDR-Führung dabei wohl kaum erkannt.

4. Gläubige

Deutlich weitergekommen auf dem Wege der Beseitigung ideologischer Altlasten ist man in der DDR bei der Bestimmung des Verhältnisses zwischen Marxismus-Leninismus und Religion. Auch für das Verständnis der hier vollzogenen Revision ist das 1983 von der SED-Führung verkündete Credo, eine Zusammenarbeit zwischen „Marxisten, Sozialdemokraten, Christen, Pazifisten“ und anderen gegen die atomare Bedrohung sei heute existentiell notwendig geworden, mit heranzuziehen. Bereits im Vorfeld des VI. Philosophie-Kongresses der DDR im Oktober 1984 war das Problem „Religion“ in deutlich praktischer Absicht marginalisiert worden: „Bei allem kritischen Verhältnis zur Religion gehört die Auseinandersetzung mit der Religion nicht zur politischen Programmatik der kommunistischen Bewegung. Das Wichtigste im Marxismus-Leninismus ist auch nicht sein Atheismus, so unabdingbar der Atheismus auch zu ihm gehört . . .“²⁴⁾ Das war nicht nur eine Sachaussage, sondern gleichermaßen auch eine Kritik an Tendenzen im Marxismus, den Atheismus über die Maßen zu akzentuieren.

Heute geht man in der DDR insofern noch weiter, als man sich bereits kritisch oder doch zumindest differenzierend mit der zentralen Aussage Marxistischer Religionsverständnisses auseinandersetzt: Religion sei „Opium des Volkes“. Danach wird dieser Lehrsatz zwar nicht ad acta gelegt, aber doch sehr deutlich in den historischen Kontext seiner Entstehung eingebettet und Religion selbst als et-

²¹⁾ Neues Deutschland vom 16. Dezember 1983, S. 3.

²²⁾ Walter Schmidt, Krieg und Frieden und gesellschaftlicher Fortschritt in der Geschichte, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 36 (1988) 9, S. 771–783.

²³⁾ Vgl. Heinz Engelstädter/Manfred Flemming/Wolfgang Kleinig, Die heutige gesellschaftliche Funktion pazifistischen Friedensdenkens, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin (Reihe Gesellschaftswissenschaften), (1988) 9, S. 934–937, hier S. 937.

²⁴⁾ Wolfgang Kliem, Kommunisten und Christen gemeinsam im Kampf um den Frieden, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 32 (1984) 8–9, S. 767–775.

was mit den gesellschaftlichen Verhältnissen sich *Entwickelndes* vorgestellt. Zudem wird als Grundmerkmal von Religion ihr „Doppelcharakter“ herausgearbeitet, nämlich Ausdruck von Leid und Unterdrückung zu sein und zugleich auch Protest und Handlungsmotivation dagegen. Neben der Jenseits-Orientierung von Religion wird nunmehr stärker

ihre auf das Diesseits gerichtete sozial mobilisierende Kraft in den Blick genommen. Ganz offensichtlich erkennt die SED hier Interpretationsbedarf, den zu decken ihr im Interesse eines reibungsloseren Dialogs zwischen Kommunisten und Gläubigen international wie auch landesintern geboten scheint²⁵⁾.

IV. Folgen für den Wissenschaftsbetrieb

Der Auftrag der SED an die Wissenschaft, ihren Beitrag zur Fundierung einer friedensdienlichen internationalen Politik und zur Entwicklung eines intersystemaren Kooperationsmodells zu leisten, hat merkbare Spuren im Wissenschaftsbetrieb der DDR hinterlassen. Dafür seien im folgenden zwei Beispiele genannt.

1. Friedensforschung

Eine der bemerkenswerten Wirkungen des neuen außenpolitischen Denkens ist im Wissenschaftsbereich die Etablierung einer Friedensforschung. Im Vergleich zu westlichen Ländern hatte es Friedensforschung in den Staaten des Warschauer Vertrages ungleich schwerer als ein Wissenschaftszweig Anerkennung zu finden, der eigenständige Aufgaben zu lösen hat. Schwerer hatte sie es deshalb, weil der Marxismus-Leninismus per se als Friedenswissenschaft und Friedensforschung im Westen nur als Feigenblatt eines friedensfeindlichen Systems begriffen wurden. Abgesehen von sehr singulären, auf Positionswechsel hindeutenden Signalen in den Jahren 1980/81²⁶⁾, zeigte sich in der DDR erst ab 1983 allmählich ein Wandel in dieser Frage, der sich dann ab 1985 auch begrifflich niederschlug: Man begann von einer „Friedensforschung der DDR“ zu sprechen.

Nach Freigabe einer Friedensforschung für den Wissenschaftsbetrieb der DDR bildete sich relativ rasch ein institutionelles Netz von Aktivitäten auf diesem Gebiet heraus, dessen Knotenpunkte im wesentlichen in der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, im Institut für Internationale Politik und Wirtschaft, in der Akademie der Wissenschaften und in den Universitäten Berlin (Ost) und Leipzig zu finden sind. Dabei zeigt sich

als dominante Richtung, Friedensforschung weniger als verselbständigtes, klar abgegrenztes Fach, sondern als interdisziplinär angelegtes wissenschaftliches Großprojekt zu entwickeln. Die „interdisziplinäre sozialistische Friedensforschung“ (Max Schmidt) der DDR soll sich gemäß Auftrag der SED keinesfalls auf politikferne Wissenschaftlichkeit beschränken dürfen, sondern soll neben Grundlagenforschung vor allem auch unmittelbar politikberatende Aufgaben wahrnehmen. Friedensforscher in der DDR sollen helfen, den Dialog der Systeme voranzutreiben²⁷⁾. Von einem innergesellschaftlichen Dialog, in den die offizielle Friedensforschung mit der unabhängigen Friedensbewegung treten könnte, ist bisher nicht die Rede.

2. Geschichtswissenschaft

In den Dienst der Sicherung des Friedens, der Förderung des Dialogs und der Kooperation zwischen den Systemen soll nach dem Willen der SED auch die Geschichtswissenschaft gestellt werden. Historische Wissenschaft, so wurde erst jüngst wieder im Vorfeld des VIII. Historikerkongresses der DDR formuliert, soll mit ihren speziellen Mitteln die Menschen für die Verhinderung einer menscheitsvernichtenden Nuklearkatastrophe mobilisieren helfen und den „Dialog aller am Frieden interessierten Kräfte für die Schaffung einer Koalition der Vernunft und des Realismus“ unterstützen²⁸⁾.

Einen besonders deutlichen Niederschlag fand der neue Kurs in der Erforschung des Widerstands gegen den Nationalsozialismus. Antifaschistischer Widerstandskampf war in der DDR-Historiographie immer als „seinem Wesen nach“ *Klassenkampf* zwischen der Arbeiterklasse und dem Monopolkapital beschrieben worden. Nichtproletarische Kreise waren aus dem Widerstand wenn nicht ausgeschlossen, so doch in ihrer Rolle sehr stark abgewertet worden. Etwa seit 1984, dem 40. Jahr nach der

²⁵⁾ Vgl. Wolfgang Kleinig, Zum Marx'schen Religionsverständnis, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin (Reihe Gesellschaftswissenschaften), (1988) 9, S. 893–900; Hans Lutter, Evangelische Christen und Kirchen in der sozialistischen Gesellschaft der DDR, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 37 (1989) 5, S. 385–393; siehe auch Hasko Hüning, Religion – eine erbenswerte kulturelle Leistung? Zur Debatte um religiöses Bewußtsein in der DDR, in: Deutschland Archiv, 21 (1988) 12, S. 1292–1301.

²⁶⁾ Vgl. Wilhelm Bruns, Gibt es in der DDR eine Friedensforschung?, in: DDR REPORT, 14 (1981) 1, S. 5–8.

²⁷⁾ Vgl. Gretchen Binus, Wissenschaftlicher Rat für Friedensforschung gegründet, in: IPW-Berichte, 17 (1988) 1, S. 41–42.

²⁸⁾ Vgl. W. Schmidt (Anm. 22), S. 772; siehe auch Ulrich Neuhäuser-Wespy, Klassenkampf und Dialog. Zur neuen Doppelstrategie der DDR-Geschichtswissenschaft für die Systemauseinandersetzung, in: IGW-Report über Wissenschaft und Technologie, 2 (1988) 1, S. 49–56.

Verschwörung des 20. Juli, fand man zu einer neuen Sicht des politischen Gehalts und des sozialen Profils des Widerstands, die auch eine differenziertere und positivere Bewertung des bürgerlichen Widerstands ermöglichte. Typisch für diese neue Sicht ist folgende Definition: „Die deutsche Widerstandsbewegung war die den Bedingungen der faschistischen Diktatur entsprechende Form der politischen Auseinandersetzung zwischen den Kräften der extremen imperialistischen Reaktion auf der einen und denen der Demokratie, der Humanität und des Friedens auf der anderen Seite.“²⁹⁾ In dieser Definition spiegelt sich unübersehbar die politische Kräftekonstellation wider, wie sie die DDR in der Welt von heute gegeben sieht. Antifaschistischer Widerstand wird hier ganz deutlich als beispielgebender Erfahrungsschatz für eine heu-

tige systemübergreifende Friedenskoalition prä-

sentiert. Die Neubewertung historischer Ereignisse, Prozesse, Ideen und Akteure im Gefolge einer Neubewertung aktueller politischer Erfordernisse, dieser für die DDR typische Zusammenhang von Geschichtswissenschaft und Politik, ist in kritischer Sicht als politische Instrumentalisierung von Historiographie zu beschreiben. Zugleich ist mit Blick auf den neuen Auftrag der SED an die Historiker aber auch zu konzedieren, daß er diese zwar nicht auf die Wahrheit, aber doch auf ein zweifelsfrei ehrenwertes Ziel verpflichtet: Umschreibung von Geschichte als Vorleistung für eine friedliche Auseinandersetzung und Kooperation unterschiedlicher politischer Kräfte in der Gegenwart.

V. Modelle für Frieden

Die, wie skizziert, hauptsächlich 1983/84 einsetzende und in den Folgejahren sich ausbreitende Entwicklung neuer außenpolitischer Denkansätze hatte ihren Schwerpunkt zunächst in der Beseitigung jener ideologischen Altlasten, die einer friedlichen Austragung des Systemkonflikts entgegenstanden. Ab 1985 ließen sich in der DDR dann auch erste Anzeichen für eine konstruktive politisch-wissenschaftliche Arbeit am Entwurf eines systemübergreifenden Friedensmodells beobachten, die ihren entscheidenden Schub durch den XXVII. Parteitag der KPdSU (Februar 1986) mit seiner Idee der Schaffung eines allumfassenden Systems der internationalen Sicherheit erhielt.

1. Modell „Kooperation“

Dem Modell einer umfassenden internationalen Sicherheit, wie es in der DDR maßgeblich vom Ost-Berliner Institut für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW) erarbeitet wurde, liegt ein weitgreifender Sicherheitsbegriff zugrunde. Bestimmte Ansätze in der westlichen Friedensforschung aufgreifend, soll Sicherheit nicht auf die militärische Dimension beschränkt, sondern als Ergebnis und Prozeß einer *Kooperation* der Staaten auf den verschiedensten Feldern begriffen werden. Entsprechend wird ein Mehrsäulen-Modell internationaler Sicherheit entwickelt, das die politische, die militärische, die ökonomisch/wissenschaftlich-technische, die ökologische und die humanitäre Dimension zwischenstaatlicher bzw. intersystemarer Zu-

sammenarbeit umschließen soll³⁰⁾. Ein so ausgeprägtes Sicherheitsverständnis schlägt sich z. B. in neuen Begriffsbildungen wie „internationale ökonomische Sicherheit“, „internationale ökologische Sicherheit“ oder „internationale humanitäre Sicherheit“ nieder, die Subsysteme eines umfassenden Sicherheitssystems umschreiben sollen.

In der Logik der unbedingten Anbindung von „Sicherheit“ an „Kooperation“ liegt es, daß man sich in der DDR im Laufe der letzten Jahre weitgehend dem Konzept der „gemeinsamen Sicherheit“, wie es zu Beginn der achtziger Jahre innerhalb der westlichen Sozialdemokratie entwickelt worden war, angeschlossen hat. Nach anfänglich skeptischer bis ablehnender Haltung wurde „gemeinsame Sicherheit“ seit 1985 vorsichtig und allmählich in das begriffliche Instrumentarium der DDR aufgenommen. „Gemeinsame Sicherheit“ wird dabei als zentraler Bestandteil der Konzeption der „friedlichen Koexistenz“ definiert³¹⁾.

2. Modell „Wettbewerb“

Im Modell friedlicher Systembeziehungen, wie es der DDR vorschwebt, wird neben dem Prinzip der „Kooperation“ dem des „Wettstreits“ bzw. „Wettbewerbs“ eine tragende Rolle zugewiesen. Nicht mehr der Wettkampf um die größte militärische Stärke soll die Beziehungen zwischen den Systemen

²⁹⁾ Deutsche Geschichte in 10 Kapiteln, Berlin (Ost) 1988, S. 359, zit. nach Werner Bramke, Der antifaschistische Widerstand in der Geschichtsschreibung der DDR in den achtziger Jahren, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 28/88, S. 23–33, hier S. 26.

³⁰⁾ Siehe u. a. Max Schmidt/Wolfgang Schwarz, Neue Anforderungen an Sicherheitsdenken und Sicherheitspolitik – Umfassende internationale Sicherheit als Erfordernis unserer Zeit (I), in: IPW-Berichte, 16 (1987) 9, S. 1–11; dies., Umfassende internationale Sicherheit – Verwirklichung aktiver friedlicher Koexistenz unter heutigen Bedingungen (II), in: ebd., 16 (1987) 10, S. 6–16.

³¹⁾ Siehe dazu Wilhelm Bruns, Was ist neu am „neuen Denken“ in der DDR?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 13/87, S. 5–14.

bestimmen. Vielmehr sollen Ost und West in einen Wettbewerb darüber treten, wer die besseren Lösungen für wirtschaftliche, wissenschaftlich-technische, soziale bzw. humanitäre, ökologische und weitere Probleme zu bieten hat³²⁾.

Dabei fällt auf, daß die versöhnlichen, sozusagen fairen Sportsgeist atmenden Begriffe „Wettbewerb“ bzw. „Wettstreit“ auf bestem Wege sind, den Begriff des Klassenkampfes zu ersetzen. Tatsache ist zumindest, daß trotz mancher Halbheiten und Widersprüche die klassenkämpferische Pose deutlich zurückgenommen wird. Ausgeprägt gilt dies für neuere politikwissenschaftliche Arbeiten, die in Sprache, methodischem Ansatz und politischem Ergebnis ganz in den Dienst der Transformation des Ost-West-Konflikts in ein friedlich-kompetitives und kooperatives Verhältnis der Systeme gestellt werden. Weniger ausgeprägt gilt dies für die politische Führung selbst, die im Konflikt zwischen außenpolitischen Erfordernissen und internen Zwängen noch häufig genug der Faszination ihres alten Theoriegebäudes erliegt und zur Absicherung ihrer Machtposition wie zur Erhaltung ihrer eigenen Identität auf propagandistisches Säbelraseln in der internationalen Politik nicht ganz verzichten mag.

3. Modell „Ideologische Auseinandersetzung“

„Kooperation“ und „Wettbewerb“ sind zwei Kernbegriffe des neuen Modells intersystemarer Beziehungen, wie es die DDR in Politik und Wissenschaft propagiert, ein dritter ist die „ideologische Auseinandersetzung“³³⁾. Die Integration so gegensätzlicher Formen internationaler Beziehungen in einem Politikmodell — immerhin werden hier ja kooperative, kompetitive und konfrontative Ele-

mente miteinander verbunden — spiegelt in der Sicht der DDR die widersprüchliche reale Situation wider: Einerseits wachse die Zahl der Probleme, die von Staaten unterschiedlicher gesellschaftlicher Ordnung nur noch gemeinsam gelöst werden können, andererseits beständen die Gegensätze der Systeme unverändert fort.

Ein Bekenntnis der DDR zum ideologischen Streit ist zunächst einmal nichts Neues. Bereits seit Anfang der siebziger Jahre hat die DDR die Entwicklung ihrer Westbeziehungen und eines geregelten Verhältnisses zur Bundesrepublik im besonderen mit einer intensiven Politik ideologischer Abgrenzung begleitet. Neuere Datums ist indessen, daß die DDR-Führung die intersystemare Verständigung über die Form der ideologischen Auseinandersetzung sucht. Prominentestes Beispiel dafür ist das von SED und SPD gemeinsam erarbeitete Papier „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“, in dem für beide Seiten akzeptable Eckpunkte für eine friedensdienliche „Kultur des politischen Streits“ formuliert werden³⁴⁾. Danach wird als notwendig erkannt, daß beide Systeme einander Reform- und Friedensfähigkeit zuerkennen müssen, daß keine pauschalen Feindbilder propagiert und keine Bedrohungsängste geweckt werden dürfen, daß Kritik des anderen auf nachprüfbaren Tatsachen beruhen muß, daß keine Seite ein Recht auf Kritik in Anspruch nehmen kann, das sie der anderen Seite nicht zubilligt, daß Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten unterbleiben muß, daß Kritik — auch in scharfer Form — nicht als Einmischung zurückgewiesen werden darf und daß schließlich die offene Diskussion über den Wettbewerb der Systeme, ihre Erfolge und Mißerfolge, Vorzüge und Nachteile innerhalb jedes Systems möglich sein muß.

VI. Widersprüche

Das Modell friedlicher Beziehungen zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, wie es in der DDR heute propagiert wird, ist in sich weitgehend stimmig. Es besitzt eine innere Logik, die auch vom externen Beobachter nachvollziehbar ist. In seiner Intention und Ausformulierung scheint es — respektiert man das Interesse an der Erhaltung des eigenen Systems — eine in der Sache weiterführende Antwort auf neue Herausforderungen in der internationalen Politik zu bieten. Allerdings ist auf

eklatante Widersprüche zwischen dem theoretischen Modell und der praktischen Politik wie auch auf eine Kluft zwischen Außen- und Innenpolitik hinzuweisen.

Die DDR-Führung propagiert den Dialog der Systeme und fordert auch die kontroverse Auseinandersetzung, die Kritik am jeweils anderen. Wer dies wirklich will, muß seine Haltung zu den völkerrechtlichen Prinzipien der Souveränität der Staaten, des Rechts auf Selbstbestimmung sowie der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer überdenken. Er darf sein Recht auf eigene Politik nicht derart strapazieren, daß für Kritik von außen, die ja Teil des gewollten Dialogs ist, kein Raum mehr bleibt. Daß die DDR-Führung in dieser Hinsicht die notwendige Balance gefunden

³²⁾ Rolf Reißig, Sozialismus und Systemauseinandersetzung, in: Geschichtsunterricht und Staatsbürgerkunde, 31 (1989) 6, S. 431—438.

³³⁾ Burkhard Koch, Streit der Ideologien im nuklear-kosmischen Zeitalter, in: IPW-Berichte, 17 (1988) 3, S. 22—27.

³⁴⁾ Siehe u. a. Rüdiger Thomas, Koexistenz und Streitkultur, in: DDR REPORT, 21 (1988) 1, S. 1—4.

hätte, läßt sich noch nicht sehen. Es verstärkt sich vielmehr der Eindruck, daß das Modell des Dialogs und die praktische Politik hier zuweilen doch recht unverbunden nebeneinanderstehen. Ganz besonders gilt dies für das Thema der Menschenrechte, bei dem man sich ganz ungeniert das Recht auf Kritik des anderen, vornehmlich der Bundesrepublik, nimmt, im umgekehrten Fall aber sehr schnell zum Vorwurf der „Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR“ greift und den (kontroversen) Dialog gar nicht erst entstehen läßt.

Ein ganz zentrales Problem des neuen außenpolitischen Denkens in der DDR liegt ferner darin, daß die Führung sehr säuberlich zwischen äußerem und innerem Dialog unterscheidet. Die Entwicklung einer „Kultur des politischen Streits“, um einen Kernbegriff aus dem gemeinsamen Papier von SED und SPD aufzugreifen, hat sie bislang immer nur als Auftrag zur Kultivierung ihrer politischen Außenbeziehungen, nicht aber als Verpflichtung zu Toleranz gegenüber einer Pluralisierung der inneren politischen Landschaft verstanden. Vor allem die späte Ära Honecker hat zweifellos Zeichen für Dialogfähigkeit in der intersystemaren Politik gesetzt, sie steht aber gleichermaßen für Dialogunfähigkeit im Innern.

Ein Widerspruch, der freilich seine innere Logik hat, ist auch der folgende: Zum einen bemüht sich die DDR, wie skizziert, in auffallend intensiver

Weise konzeptionell und zum Teil auch faktisch um eine Überführung des Ost-West-Konflikts in die friedlichen Bahnen des Wettbewerbs und der Kooperation. Zum anderen unterhält sie für ihre jungen Bürger ein umfängliches System der Wehrmotivierung und Wehrbefähigung, das sie „sozialistische Wehrerziehung“ nennt. Zwar ist die Wehrerziehung nicht eigens als Reaktion auf ein nunmehr zunehmend verblässendes Feindbild und seine wehrkraftersetzenden Wirkungen ausgebaut worden. Es ist die Wehrerziehung aber auch keinesfalls zurückgenommen und inhaltlich so verändert worden, daß sie in Übereinstimmung mit neueren internationalen Entwicklungen und insbesondere auch mit der von der DDR intensiv propagierten Friedenpolitik stünde.

Noch ein Letztes sei erwähnt: Die DDR hat ihr neues außenpolitisches Denken zu einer Zeit begonnen, in der trotz gewisser Differenzen in der Frage der Westpolitik an der politisch-ideologischen Einheit im östlichen Block ganz und gar nicht zu zweifeln war. Diese Situation wandelt sich grundlegend. Dieser Wandel ist in den Konzepten zur „Systemauseinandersetzung“, wie sie in der DDR heute vertreten werden, aber bisher kaum zur Kenntnis genommen worden. Alle Entwürfe bauen letztlich auf der Vorstellung einer bipolaren Welt mit einer beiderseits relativen Geschlossenheit und Einheitlichkeit der Systeme auf.

Clemens Burrichter: Wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen beiden deutschen Staaten

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 34/89, S. 3—9

Nachdem die beiden deutschen Staaten durch das Kultur- und Wissenschaftsabkommen Möglichkeiten zur Wissenschaftskooperation eröffnet haben, ist die „Startphase“ der Kontakte zunächst als Einübung in eine neue Variante intersystemarer Kooperation zu betrachten. Zwei Jahre nach Vertragsunterzeichnung wird eine Bilanz vorgenommen, die zu einem eingeschränkt positiven Ergebnis kommt und zugleich auf einige Probleme verweist. Im abschließenden Ausblick wird auf den neuen Charakter des Systemwettstreits verwiesen, der unter den Rahmenbedingungen einer ideologischen Koevolution normativ und diskursiv zu führen ist und an dem sich insbesondere die Wissenschaften zu beteiligen haben.

Dietrich Staritz: DDR-Geschichte im deutsch-deutschen Wissenschaftsdialog

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 34/89, S. 10—17

Die Gesellschaftswissenschaftler der DDR haben Mitte der achtziger Jahre eine Neubewertung der bundesdeutschen DDR-Forschung vorgenommen. Seither wird differenzierter als früher zwischen den verschiedenen Ansätzen in der DDR-Analyse und den unterschiedlichen politischen Orientierungen der Analytiker unterschieden. Neben einer „liberal-reformistischen“ wird eine „konservative Grundrichtung“ konstatiert. Beide seien in sich uneinheitlich, und in beiden gebe es Anknüpfungspunkte für einen Sächdialog.

Diese neue Sicht entspricht dem Wunsch der SED nach einer „Koalition der Vernunft“ im Interesse der Friedenssicherung und orientiert sich an den (mit der SPD verabredeten) Prinzipien für die Formen eines „Streits der Ideologien“. Dieser Zusammenhang zwischen Bündnis- und Dialogpolitik läßt Zweifel an der Dauerhaftigkeit der neuen Sicht zu. Offenbar ist die Dialogbereitschaft der DDR-Wissenschaftler aber ebenfalls durch die wohl auch dort positiv bewerteten bisherigen Begegnungen mit westdeutschen Fachkollegen bei internationalen oder bilateralen Tagungen gefördert worden.

Erschwerlich ist, daß DDR-Interpreten noch immer mit abgrenzenden Kategorien arbeiten, die bundesdeutsche DDR-Forschung pauschal als „bürgerlich“ bezeichnen, für sich selbst das Label „marxistisch“ beanspruchen und so insgesamt eher das Trennende betonen als die Möglichkeit des Auffindens gemeinsamer Forschungs- und Erkenntnisinteressen.

Diese Chance ist hinsichtlich der DDR-Geschichte allerdings auch deshalb gering, weil dort trotz verschiedener Ansätze, zu differenzierteren Bewertungen zu gelangen, die These dominiert, daß die Geschichte des Landes aus der Perspektive der Sieger zu schreiben sei. Das führte bisher dazu, daß etliche Probleme (etwa die Bedeutung des Stalinismus für die DDR) unterbelichtet blieben. Anders als die Belletristik, die Erinnerungsliteratur, aber auch die Kultur- und Literaturwissenschaften sah sich daher die Geschichtsschreibung der DDR (wie andere Gesellschaftswissenschaften) in der DDR selbst dem Vorwurf ausgesetzt, sie neige zur „Schönfärberei“ (Jürgen Kuczynski). Dennoch gibt es Anlaß zur Hoffnung auf eine Kooperation, wie die bisherigen Erfahrungen des gerade erst begonnenen Wissenschaftsdialogs zeigen.

Heinz Heitzer/Gerhard Lozek: Kritische Bemerkungen zur bundesdeutschen DDR-Forschung

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 34/89, S. 18—27

Für die Beurteilung der bundesdeutschen DDR-Forschung ist aus Sicht marxistisch-leninistischer Gesellschaftswissenschaftler der DDR vor allem der Realitäts- und Wahrheitsgehalt der Ergebnisse und Aussagen entscheidend. Auch ist zu berücksichtigen, daß westliche DDR-Forscher dem realen Sozialismus in der Regel ablehnend gegenüberstehen. Die geistige und politische Auseinandersetzung bleibt deshalb unvermeidlich, muß aber nicht zwangsläufig zur Feindschaft führen. Wesentlich ist zudem, daß die Existenz zweier voneinander unabhängiger und souveräner deutscher Staaten anerkannt wird.

Gemessen an diesen Kriterien verlief die Entwicklung der bundesdeutschen DDR-Forschung von ihren Anfängen an sehr widersprüchlich. Das Meinungsspektrum reicht von antiquierten Vorstellungen einer „Wiedervereinigungsforschung“ über eine recht unterschiedlich begriffene „Deutschlandforschung“ bis hin zur Kennzeichnung der DDR-Forschung als Teil einer „vergleichenden Systemforschung“. Insbesondere Versuche, die DDR systemimmanent „aus ihren eigenen Bedingungen und Wirkungsweisen“ zu begreifen und ihre Geschichte aus „verstehender Distanz“ zu beschreiben, haben — trotz verschiedener Fehlinterpretationen im einzelnen — bemerkenswerte und diskussionsfähige Ergebnisse erbracht. Daneben aber stehen Arbeiten, in denen die Wirklichkeit der DDR, und insbesondere ihr politisches System, inadäquat beschrieben, an westlichen Maßstäben gemessen und oft als bloße „Negativfolie“ zur Bundesrepublik abgebildet werden. Der wissenschaftliche Dialog zwischen der Bundesrepublik und der DDR ist indessen nötig und möglich.

Uwe Ziegler: Die neue Sicht der DDR zur „Systemauseinandersetzung“

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 34/89, S. 28—38

Vor dem Hintergrund der Reformbewegungen in Ungarn, Polen und der Sowjetunion erscheint die DDR als stagnierende Gesellschaft. Allerdings ist es in der DDR in den letzten Jahren zu relevanten Neuerungen im außenpolitischen Denken gekommen. Den Anstoß dazu hatten die sich Anfang der achtziger Jahre drastisch verschlechternden Ost-West-Beziehungen gegeben. In der Politik bloßer Konfrontation sah die DDR ihre Interessen nicht mehr ausreichend gewahrt. Etwa seit 1983/84 begann sie, sich mit einem entschiedenen Bekenntnis zu Dialog und Kooperation zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung auf internationaler Bühne zu profilieren.

Der öffentlichen Verpflichtung ihrer Politik auf die Transformation des Ost-West-Konflikts in ein Verhältnis friedlichen Wettbewerbs und gegenseitig vorteilhafter Kooperation ließ die DDR eine intensive Überarbeitung der marxistisch-leninistischen Theorie der internationalen Beziehungen folgen, die im eigenen Lager ihresgleichen sucht. Im Auftrag der SED bzw. teilweise zumindest mit ihrer Duldung wurde mit ideologischen Dogmen aufgeräumt, die einer kooperativen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung entgegenstehen. In konstruktiver politikwissenschaftlicher Arbeit an Modellen für eine internationale bzw. intersystemare Friedens- und Kooperationsordnung sind Vorstellungen über einen „friedlichen Wettbewerb der Systeme“ entwickelt worden, denen die klassenkämpferische Pose weitgehend fehlt.

Vorgeführt wird in der DDR jedoch eine politisch-ideologische Gratwanderung: Revisionen im ideologischen Bereich werden vielfach nur halbherzig vorgenommen, der intensiv propagierten Friedenspolitik steht immer noch eine umfängliche Wehrerziehung der Jugend gegenüber, und die reale Westpolitik der DDR bewegt sich ständig zwischen Kooperation und Abgrenzung. Ein ganz zentrales Problem des neuen außenpolitischen Denkens in der DDR liegt darin, daß die politische Führung streng zwischen äußerem und innerem Dialog trennt. Die Ära Honecker hat Zeichen für Dialogfähigkeit in der internationalen Politik gesetzt, sie steht aber gleichermaßen für Dialogunfähigkeit im Innern.